

50

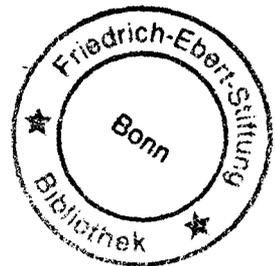
Jahre  
Obergau



# Festschrift

zum 50jährigen Bestehen  
des Odergaues im Verbands  
der Deutschen Buchdrucker

1876-1926



C 97 - 01990

Verfasser: Kollege Max Poupar, Stettin  
hergestellt in der Volksdruckerei G. m. b. H., Schillerstr. 10



## Zum Geleit!

Aus Anlaß der 50jährigen Wiederkehr des Gründungstages des Odergauer im Verbande der Deutschen Buchdrucker ist sich der Vorstand desselben schlüssig geworden, den Mitgliedern der zugehörigen Bezirksvereine eine Festschrift zu überreichen. Die Schrift soll in übersichtlicher klarer Weise eine Rückschau bieten auf die Geschehnisse vergangener Tage, auf die Leiden und freuden des pommerischen Buchdrucker-völkchens in dem dahingegangenen halben Jahrhundert. Die Schnelligkeit der Gegenwart läßt vergangene Erlebnisse sehr bald verblassen; ihre Kenntnis ist aber notwendig, da die fortschreitende Entwicklung nur dann in erprießliche Bahnen geleitet werden kann, wenn die Erfahrung aus entschwundener Zeit die sichere Wegstrecke darstellt, auf der die Unrast des Lebens in die Zukunft gleitet.

Die dem Verfasser gestellte Aufgabe erwies sich bei näherem Zusehen nicht ohne Schwierigkeiten; die Geschichte eines Gaues schreiben, bedeutet mehr oder weniger die Geschichte des Verbandes selbst schreiben. Hierzu fühlte ich mich aber nicht berechtigt, weil eine wirkliche Verbandsgeschichte von berufenerer Feder im Werden ist, deren erster Band heute wohl schon in allen Buchdruckerhänden ist und deren zweiter Band sicher noch in diesem Jahre seinen Weg in die Buchdruckeröffentlichkeit nehmen wird. Meine Arbeit wäre mir selbst in diesem Falle als unlauterer Wettbewerb erschienen und das zu vermeiden mußte ich mir selbst und dem freundlichen Gedenken an den Kollegen K r a h l schuldig sein. Die Vorgänge der allgemeinen Entwicklung des Verbandes sind aus diesen Gründen nur flüchtig gestreift, soweit sie für das Verständnis der Beziehungen der Bezirksvereine zum Odergau und zum Gesamtverband notwendig erschienen. Ebenso ist es unterlassen, diese Schrift mit größerem Ziffernwerk zu belasten; auch hier sei auf das entstehende Gesamtwerk verwiesen, das so umfangreiche statistische Einzelheiten aufweisen wird, daß jeder Gau unseres Verbandes somit zu seinem Rechte kommen wird. Des weiteren ist davon abgesehen, eine Fülle von Personennamen hier aufmarschieren zu lassen, deren Träger jeweils in einer Vertrauensstellung sich befanden, oder als Vertreter auf Tagungen die Interessen der Kollegenschaften wahrzunehmen bestimmt waren. Abgewichen ist davon nur insoweit, als es sich um Leiter des Odergauer handelt, oder um Kollegen, deren jahrzehntelange, treue Arbeitsbereitschaft noch in unsere heutigen Tage hinüberreicht, oder deren Taten den Lebensgang des Gaues in gutem oder bösem Sinne wesentlich beeinflussten.

Noch eins wäre zu bemerken – um den Kritikern dieser Zeilen von vornherein ein wenig Wind aus den Segeln zu nehmen –: Dieses Büchelchen bringt rückschauend nur die Geschehnisse vergangener Zeiten. Ganz selbstverständlich ist es daher, daß ein Teil der Empfänger hier „olle Kamellen“ finden wird, wo er auf modern gezüchtete Orchideen oder Chrysanthemen gerechnet hat. Der Verbreitungsdurchmesser umfaßt einen Kreis von rund 3000 Kollegen, von denen dem weitaus größten Teile das Gegebene fremd sein wird und unter dem Rest werden sich noch viele finden, denen die Erinnerung an selbst erlebte Zeiten, die in dem sinnverwirrenden Taumel des letzten Jahrzehnts meist sehr stark verblaßt sein werden, eine frohe Stunde bereiten wird.

Als Unterlage für die folgenden Ausführungen diente in der Hauptsache außer den Verwaltungsprotokollen des Bauvorstandes und der Gantage zwei Schriften: Die Gedenschrift zur 500jährigen Jubelfeier der Buchdruckerkunst von Ludwig Reßhäuser von 1900 und die Festschrift zum 40jährigen Jubiläum des Ortsvereins Stettiner Buchdrucker von Gustav Reinke-Stettin. Beides Kollegen, deren Persönlichkeit mit der Geschichte des Verbandes untrennbar verbunden bleiben wird, Reßhäuser als Redakteur des Korrespondent, Reinke als Begründer des pommerischen Buchdruckervereins und letzten Endes dann des Bauers Oder. Beiden wackeren Kämpen hat der Sensenmann die Klagen aus der Hand geschlagen, sie ruhen längst im Schoß der Mutter Erde. Diese Schriften seien dem Studium der Buchdruckerjugend eindringlichst empfohlen, auch denen aus den älteren Jahrgängen, die ihre dickleibigeren Bücher lieber als Schmuck ihres Bücherbretts, wie zur Erweiterung des Wissens benutzen. Diese Hilfsmittel allein würden aber nicht ausgereicht haben mich zur Uebernahme der Aufgabe zu ermutigen, wenn nicht eine 47jährige Mitgliedschaft im Verbands, und 30jähriges Miterleben der Ereignisse im Odergau mich dazu als befähigt erscheinen ließen. Was in der Erscheinungen flucht im Laufe der Jahrzehnte auf die flimmerwand des Daseins geworfen, ist an meinem Leben nicht vorbeigezogen, sondern hindurchgegangen. Derwachsen mit den Ueberlieferungen des Buchdruckerberufs, dauernd betätigt auf dem Kampffelde der gewerkschaftlichen Organisation wie der Arbeiterbewegung überhaupt, habe ich eine Summe von Erlebnissen und Erfahrungen im Innern aufgespeichert, die jede einzeln wieder klingen zu lassen, ich heute glücklicher Weise immer noch in der Lage bin.

Aus diesen Umständen heraus ist es sehr wohl möglich, daß die vorliegende Geschichte des Oderganges eine persönliche Note erhalten mußte, und das, hoffe ich, wird ihr nicht zum Schaden gereichen.

Der Verfasser

## Aus Urväter Tagen

**F**ünzig Jahre! Welch' winzige, kaum bemerkbare Spanne im Weltgeschehen – und doch welch bedeutungsvoller Ausschnitt aus der Zeitenwende eines Erdendaseins. Fast die äußersten Grenzen eines Menschenlebens, zwischen dessen Polen – Werden und Vergehen – in unabänderlichem Gleichmaß der Zeitenstrom flutet und seine Runen gräbt, deren verschlungene Linien späteren Zeitläufen Kunde geben sollen von Leiden und freuden, von tatensfrohem Kämpfen und hoffnungslosem Darniederliegen, von allem auf und ab, das als Schicksal durch die Tage und Jahre wuchet und als Geschichte wie eine Perlenkette durch die Jahrtausende gleitet. Die Geschichte des Buchdrucks ist Völkergeschichte, ist Weltgeschichte, soweit man die Vorgänge auf dem Erdball als Weltgeschehen ansprechen darf. Buchdruckergeschichte ist aber auch Kulturgeschichte! Die Großtat Gutenbergs brachte dem Menschengenosse Freiheit, löste ihn aus dem staubigen Wust pergamentener Fesselung, schuf ihm die Schwingen zum Sonnenfluge über den ganzen Erdball. Was Jahrtausende zuvor je von Menschenhirnen erdacht und ergrübelt worden, Gutenbergs Erfindung machte es zum erreichbaren Gemeingut aller Menschheit.

Nur eines ist ihr bis auf den heutigen Tag verjagt geblieben, die Befreiung des Menschentums aus den Banden niederen Eigennutzes und roher Gewalttätigkeit. Das fünfzehnte Jahrhundert unserer Zeitrechnung, das uns die Buchdruckerkunst bescherte, kannte auch schon Jahrhunderte die Klassenteilung der Erdgeborenen in herrschende und Unterdrückte, in mühelos Genießende und um notdürftige Existenz frönende. Der einzige Machthaber, der sich fürsten, Könige und Kaiser und wer sonst noch sich Herrschergelüste anmaßte, untertan machte, war schon in jenen Zeiten das Gold. Aus der Ueberlieferung wissen wir, daß auch Gutenberg in den Klauen dieses Teufels gefangen saß und um den klingenden Ertrag seiner Arbeit geprellt worden ist. Keineswegs wurde sein Werk mit allseitigem Jubel aufgenommen. Mit seiner Fühlung witterten die Herrschenden die Gefahr, die ihnen aus der Wissensbereicherung der dienenden Klasse drohte. Bald genug aber erkannte man auch, daß hier eine zweischneidige Waffe geschaffen, gleich gut zur Förderung und Erleuchtung hervorragender Geister, wie zur Niederhaltung und Verdummung der breiten Massen des gemeinen Volkes. Und mit tiefer Beschämung muß zugestanden werden, daß es gerade die Gegenwart ist, die auf letz-

terem Gebiete die größten Triumphe feiert. Bezeichnend für diese Einstellung wirkt ja auch die Tatsache, daß die Verbreitung der Buchdruckkunst zunächst ungemein schwerfällig vor sich ging und die ersten Druckwerke religiöse Schriften betrafen. Die Ausübung des Buchdrucks war eben nicht nur eine Kunst, auf persönliche Geschicklichkeit gestellt, sie erforderte neben einem sehr umfangreichen ausgedehnten Wissen auch den Besitz erheblicher materieller Güter, da neben dem kostspieligen Gewerke auch eine Anzahl dienstwilliger Hände für die grobe Arbeit unterhalten werden mußte. Sie war auch noch abhängig von der Gunst jeweiliger Landesfürsten, die das Recht zur Ausübung derselben an besonders hervorragende oder gefügte Untertanen verliehen, um sich daraus fließende Geldquellen zu verschaffen.

In den Landen, die unseren jetzigen Odergau darstellen, taucht die Erfindung des Altmeisters Gutenberg erst ein ganzes Jahrhundert nach ihrer Erfindung auf. Am frühesten – 1502 – finden wir einen Buchdrucker in Frankfurt a. Oder, das in jenen Zeiten ja eben Universitätsstadt geworden war. Alte Akten nennen einen Buchdrucker Martin Treter, der aber nicht lange dort gewesen sein mag, denn er verlegte seine Tätigkeit nach Danzig, wo ein Konrad Baumgarten bereits seit 1499 die schwarze Kunst betrieben hatte, der nun an Stelle Treters nach Frankfurt übersiedelte. – Außerhalb des Odergaubietes, aber doch in räumlich näherer Nachbarschaft zu demselben, wurde in Lübeck die Buchdruckerkunst bereits im Jahre 1464 heimisch. In Segebergs Konvent errichteten die Michaelisschwester vom gemeinsamen Leben eine Druckerei von J. Coelhoff, die heute noch besteht und von der Geschichtsforschung als die älteste Druckerei überhaupt angesprochen wird. Zwölf Jahre später (1476) waren es die Brüder vom gemeinsamen Leben, die in Rostock eine Buchdruckerei errichteten und wiederum zwölf Jahre später – 1488 – taucht eine Buchdruckereigründung in Stendal auf, als deren Inhaber Joachim Westfal genannt wird. 1492 entsteht in der Nähe von Jüterbog in dem Kloster Zinna eine Buchdruckerei, in welcher die Klosterbrüder der schwarzen Kunst obliegen. Zur selben Zeit wird in Marienburg in Westpreußen eine Druckerei begründet von dem Goldschmied Jakob Karweyße. Von seinen Druckwerken sind bekannt geworden eine Lebensbeschreibung und eine Leidensgeschichte der frommen Klausnerin Dorothea von Marienwerder, die in deutschen Versen verfaßt war. 1503 wurde dann Wittenberg, der Wirkungskreis Martin Luthers, Druckort, und es ist wohl nicht unwahrscheinlich anzunehmen, daß diese Wittenberger Druckerei die Hauptschuld daran trug, daß im Pommernlande keine Buchdruckerei aufkam. Die

pommerschen gelehrten Herren pflegten mit den Wittenberger Reformatoren einen lebhaften geistigen Verkehr und ließen dann auch ihre Werke bei den Wittenbergischen Freunden drucken. Mehr denn zwanzig Jahre später findet sich dann wieder eine Druckereigründung im deutschen Osten und zwar 1524 in Königsberg i. Pr., nach weiteren 16 Jahren, 1540 hielt die schwarze Kunst in Berlin ihren Einzug und nach weiteren achtzehn Jahren – 1550 – wird Elbing als Druckort genannt.

Das Herzogtum Pommernland war unter drei Herrscher aufgeteilt, die in Stettin, Wolgast und Barth residierten, von denen es aber keiner dem andern an geistiger Ueberlegenheit zuvortun wollte. Lezten Endes war es dann doch der Stettiner Herzog Barnim IX., der am 19. April 1569 gemeinsam mit seinen fünf Nessen die erste Buchdruckerbestallung zur Errichtung einer Buchdruckerei in Stettin erteilte. Bemerkenswert war dabei die lange Dauer der Bestallung, die auf 12 Jahre bemessen war und die Tatsache, daß sie keinem Pommer zugute kam. Der Auserwählte war der Buchdrucker Johann Eichhorn in Frankfurt a. O., der seit langen Jahren dort ansässig war und bereits ein Privilegium für die ganze Mark Brandenburg hatte. Eichhorn kam aber nicht selbst nach Stettin; an seiner Statt kam sein Schwiegerjohn Andreas Kellner nach hier, in dessen familie die Druckerei bis Ende des 17. Jahrhunderts verblieb.

Eichhorn blieb aber nicht lange der alleinige Drucker in Stettin. Etwa acht Jahre später wurde ein weiteres Privilegium erteilt an den Prediger Georg Rhete an der Marienkirche, späteren Pastor an der St. Peter- und Paulskirche. Sein erstes Druckwerk erschien 1577: „Vom Cometen / welcher im Jahre nach der Geburt Christi / unseres Heilandes 1577 entbrennt / was etliche Wochen erschienen ist / Einfältige Unterrichtung / gestellet durch Georgium Rheten von Greiffenberg“. Rhete hatte in Frankfurt a. O. studiert, war ein guter Astronom und beschäftigte sich mit der Anfertigung von Kalendern. Da die Drucklegung derselben, die damals in Wittenberg erfolgte, meist fehlerhaft war, entschloß er sich zur Begründung einer eigenen Druckerei, die nach seinem 1586 erfolgten Tode noch bis 1611 in Händen seines Sohnes Joachim blieb. Auch diese Druckerei besteht heute noch, es ist die Hessenlandische Buchdruckerei, die seiner Zeit als die bedeutendste Druckerei in Pommern galt.

Die Universität Greifswald erteilte gemeinsam mit dem Magistrat der Stadt an den Rostocker Buchdrucker Augustin ferber ein Privilegium zur Errichtung einer Buchdruckerei im Jahre 1581. ferber erhielt freie Wohnung, Steuerfreiheit, ein jährliches Gehalt von zwanzig Thalern und außerdem zwanzig Thaler für Umzugskosten, ferner Anstellung

einer ordentlichen Zensur zur Revision dessen, was gedruckt werden sollte. Diese Druckerei besteht gleichfalls heute noch – es ist die Kunicke'sche Buchdruckerei. Dann sei noch der Druckerei in Barth Erwähnung getan, die Herzog Bogislav von Barth 1582 errichtete und in der in den zwei- und zwanzig Jahren ihrer Betätigung so manches bedeutende Druckwerk die Presse verließ. 1603 nahm dann der Herzog, der die Nachfolge in Stettin antrat, die Druckerei mit nach Stettin. Nach seinem 1606 erfolgten Tode verfiel dieser Tempel der schwarzen Kunst und wurde 1632 von Gustav Adolf, dem Schwedenkönig, angekauft, der sie der von ihm begründeten Universität Dorpat in Estland schenkte.

Hiermit soll das geschichtliche Gebiet der Buchdruckerkunst nun verlassen werden, da seine Erschließung ja nicht im Bereiche der gestellten Aufgabe liegt. Der kurze Aufriss erschien aber notwendig als Anregung zum weiteren Studium der Geschichte der Buchdruckerkunst, in der sich berufenerer Federn umfassend und erschöpfend vielfach betätigt haben und deren Werke in allen von den Kollegen unterhaltenen Büchereien und auch sonst in jeder gut geleiteten städtischen Bücherei eingesehen werden können.

## Buchdruckerkunst und Buchdruckgewerbe

Wie schon zuvor flüchtig erwähnt, bedurfte es bei der Gründung eines Buchdruckereibetriebes neben dem geistigen und materiellen Besitztum des Unternehmers einer Anzahl Hände, welche die vorkommenden groben handwerksbräuchlichen Derrichtungen des Sehens und Druckens und was sonst noch dazu gehörte, übernehmen mußten. Wenn die Zahl der in jenen frühen Tagen in der Buchdruckerei beschäftigten Gesellen und Helfern auch nicht die Höhe der in den übrigen Handwerksbetrieben gehaltenen Gesellen erreichte, so waren die ersteren doch insofern übler daran, wie diese, weil für sie die Möglichkeit der Meisterwerdung in den allermeisten Fällen ausgeschlossen blieb. Während im Handwerksbetrieb durch die spätere Selbständigmachung eines größeren Teiles der Gesellen ein gewisser Ausgleich des Zu- und Abgangs sich von selbst ergab, wuchs im Buchdruckereibetriebe mit seiner weiteren Ausbreitung durch immer neues Lehrlingsgut nach und nach eine Armee von Gesellen heran, für die schließlich eine Beschäftigung im Berufe nicht mehr zu beschaffen war. Das Handwerkertum des Mittelalters hatte mit seinem Junftwesen für jene Zeit immerhin erträgliche Verhältnisse unter gewisser gesellschaftlicher Ordnung geschaffen. Wir wissen aus der Geschichte, daß die

Gesellenverbände des städtischen Handwerks häufig genug in ausschlaggebender Weise in die damaligen fehdenden Stände und damit in die Entwicklung selbst eingreifen mußten, und sie schlugen nicht die schlechtesten Klagen! Es war darum ganz natürlich, wenn auch die des Buchdrucks Beflissenen in die zunftgemäße Gegenwart hineingepaßt wurden und für ihr Verhalten unter sich und zum Unternehmer feste Regeln und Gebräuche geschaffen wurden, von denen einzelne Ueberbleibsel noch bis in unsere Tage hinübertagen – so die Auslernfestlichkeiten und vereinzelt noch die Bitte oder Unsitte des Sautschens.

Die Buchdruckerordnung, die die Verhältnisse zwischen Prinzipalen und Gesellen regelte und zugleich alle Gesellschaftssatzungen und Gebräuche, wie sie die Zeit hervorgebracht, mit den Rechten und Freiheiten, die verschiedene Fürsten den Buchdruckern nach und nach verliehen hatten, umfaßte, nannte man das „Postulat“. (Nebenher bezeichnete man mit diesem Wort auch die eigentliche Art des Gesellenmachens, die mit umständlichen förmlichkeiten verbunden war.) Das Postulat hatte auch eine bestimmte Lehrlingsordnung. Demnach durfte kein Buchdrucker einen Lehrling halten, der nicht mindestens jahraus, jahrein einen Gesellen beschäftigte. Auch das Einstellen von zwei bis drei Lehrlingen nach und nach war nicht gestattet, namentlich, wenn der Ausgelernte gleich in die Fremde geschickt wurde. Es regelte auch die Pflicht der Prinzipale, in Gemeinschaft mit ihren Gesellen für die Unterstützung derselben während ihres Alters, bei Krankheiten und auf der Wanderschaft einzutreten. Das Postulat versah die Stelle unseres heutigen Lohntarifs, indem es die Verpflichtungen der Herren gegen die Gesellen in Bezug auf Arbeitslohn und Arbeitszeit festlegte, und war nebenbei zugleich auch der Preistarif für die Unternehmer, der bezweckte, daß die Herren unter sich auf einträgliche Preise hielten und nicht gegenseitig sich die Kundschaft abjagten. Für Streitigkeiten zwischen Herren und Gesellen gab es ein Schiedsgericht, das aus beiden Parteien gebildet wurde; so waren also die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im allgemeinen befriedigend für beide Teile. So wurde aber auch die Gesellenbruderschaft, die Organisation der Gehilfen nach und nach eine nicht zu unterschätzende Macht, die bei Streitigkeiten mit den Herren letzten Endes auch durch Arbeitseinstellungen ihre Wünsche durchzudrücken mußten. Das war aber damals schon nichts besonders aufregendes, ebensowenig, wie es etwas ausschließlich buchdruckerliches gewesen wäre. Trotz aller Zunftsatzungen und stände- und stadtrechtlichen Verordnungen und Bestimmungen waren Streitigkeiten zwischen Gesellen und Meistern in Bezug auf Entlohnung

und Lebenshaltung nicht allzulasten. Die Geschichte des deutschen Handwerks bietet dafür zahlreiche Beispiele; konnte es daher im Buchdruckgewerbe anders sein, an dessen Angehörige doch immer noch wesentlich höhere Anforderungen bei Antritt des Lehrverhältnisses gestellt wurden wie in den übrigen Handwerken? Ihm waren dieselben gewissermaßen als Patengeschenk schon bei der Erfindung in die Wiege gelegt. Wenige Jahrzehnte nach Erfindung der Buchdruckerkunst (1471) brach schon in Basel, wo bereits mehrere Druckereien sich niedergelassen hatten, ein Streik aus, der dann durch Urteilspruch des Rates der Stadt beigelegt wurde. Es wurde den Knechten auferlegt, wieder an ihr Werk zu gehen und in ihrem Dienst sich gebührllich zu verhalten und kein Bündnis unter sich zu machen. Die Meister aber sollten ihre Knechte billig — so wie es gute Art und Sitte erfordert — in Essen und Trinken und anderem halten, wenn die Knechte sich dagegen dann unbillig benehmen, sollten die Meister ihnen Urlaub geben und ihren Lohn auszahlen, das heißt, sie aus der Arbeit entlassen. Den Knechten wurde gleichfalls zugestanden, wenn die Meister unbilliges ihnen zumuteten, Urlaub zu nehmen und sich ihren Lohn auszahlen zu lassen. Die Jahresarbeitsverträge, die sich heute noch teilweise im Betriebe der Landwirtschaft erhalten haben, waren damals eben im gesamten Handwerk üblich; sie wurden aber mit der fortschreitenden Entwicklung eine Quelle steten Haders und verschwanden nach und nach ganz von selbst. Die Halbjahreskondition der Buchdrucker hat sich aber doch noch bis in das 19. Jahrhundert erhalten. Ein zweiter Buchdruckerstreik ist aus dem Jahre 1539 in Paris bekannt, Streitigkeiten zwischen Meister und Gesellen fanden ihre Beilegung erst, als sie durch Arbeitsverweigerung der Gesellen erzwungen wurde.



Nun stand die Entwicklung des Buchdruckergewerbes bereits im vierten Jahrhundert, in deren Verlauf die alten Postulatsgesetze sich nicht wesentlich geändert hatten. Sie wurden aber jetzt den Herren unbequem, und da die Gesellenschaften mit ihren Postulatsorganisationen nicht ohne weiteres zu überwinden waren, steckten sich die Druckherren hinter die Obrigkeiten, die den Besitzenden ja allerwege ein getreuer Eckardt gewesen und erzwangen anfangs des neunzehnten Jahrhunderts die Aufhebung des Postulats. Eine Zeit völliger Rechtlosigkeit brach damit über die Gehilfenschaft herein, ihre Organisationen wurden zer schlagen, ihre Unterstützungskassen beschlagnahmt und unter die Botmäßigkeit der Prinzipale — Innungsmeister — gestellt, die Löhne wurden abgebaut,

und die Arbeitszeit verlängert. Das einzige, was von dem Postulat noch übrig geblieben, war die Wanderunterstützung, welche die arbeitslosen Gehilfen vor völliger Verelendung schützen mußte und zu welcher auch die Prinzipale noch beisteuern mußten.



Aber auch das Unternehmertum des Buchdruckgewerbes konnte dieser Entwicklung nicht froh werden. Mit der Rechtlosmachung der Gehilfenschaft waren zugleich auch die Schranken niedergedrückt, die den bedenkenlosen Eigennutz auf der Unternehmenseite bisher Grenzen gezogen hatten. Die großen technischen Errungenschaften des neunzehnten Jahrhunderts, die Erfindung der Schnellpresse, die Verkehrserleichterungen durch Eisenbahn und Dampfschiff schufen im Gewerbe einen Konkurrenzkampf, der selbst für die Herren, obwohl sie den Kampf meist auf dem Rücken ihrer Arbeiter bestanden, schier unerträglich wurde. Man empfand neben dem unbehaglichen sehr wohl auch das unwürdige eines solchen gewerblichen Verhältnisses, kein erlösender Gedanke indes wies den rechten Weg aus diesem Hexenkessel. Ein beredtes Beispiel hierfür bieten die „Satzungen des Vereins der Buchdrucker von München und der Au“ nebst feststellung der gegenseitigen Leistungen vom 2. November 1848, wo es in der Einleitung unter Hinweis auf das preisgegebene Postulat heißt:

„Eine ins unglaubliche gehende Konkurrenz, hervorgerufen und genährt durch engherzigen Egoismus, durch Unverstand und blinde Schleuderei zwang zuletzt selbst besser denkende Prinzipale, auf ein Preisminimum gegen das Publikum sowohl als auch gegen die Gehilfen herabzusteigen, bis der Geschäftsbetrieb des kostspieligsten aller Gewerbe selbst unter jenen der geringsten gesunken war. Der Gehilfe, unter dem Schutz des Postulats vor Nahrungsorgen bewahrt, war nach und nach soweit zurückgestoßen in seinem Verdienste, daß er oft nicht seinen Hunger stillen und seine Blößen bedecken konnte. Und um das Maß voll und der Unglücklichen recht viele zu machen, trieb man förmlich Menschenhandel; denn nur so kann das gewissenlose Annehmen einer Masse von Lehrlingen bezeichnet werden, wie es jetzt in vielen Orten Deutschlands der fall ist. Von der Lehre entlassen, waren diese Unglücklichen dann oft weniger als Tagelöhner, und doch machten sie nur wieder neuen Unglücklichen Platz.“

Aus den „freiheitskriegen“ von 1813 und 14 hatte sich alles andere entwickelt als Freiheit! Schrankenlose Polizeiwilkkür neben rabiaten

fendalherrschaft hielten das Volk unter Druck. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse aber war stärker. Wenn sie auch das Elend der arbeitenden Schichten auf das äußerste trieb, so legte sie doch die Saat, aus der im März 1848 die politische Revolution aufflammte und schuf nach deren Niederzwingung den Boden, auf dem die wirtschaftliche Revolution, der Ausbruch der arbeitenden Klasse unabwendbar emporblühen mußte.

## Der erste Buchdruckerverband 1848—1866

Saat und Ernte. — Die schwarze Kunst in Pommern. — Der Tarif und die Kämpfe um Tarifgemeinschaft. — Der pommerische Bau.

Die ersten Zusammenschlüsse von Prinzipalen und Gehilfen zu gegenseitigen oder Bildungsvereinen finden sich schon einige Jahre vor 1848. Gehilfenvereine allein wurden nicht geduldet. 1846 erschien in Mittweida das erste deutsche Buchdruckerfachblatt, die „Typographia“, wöchentliches Organ für Buchdrucker, Schriftgießer und Lyographen; es wurde am 20. Mai 1848 durch den „Gutenberg“ abgelöst, der nach vielen Fährlichkeiten zu Ende 1852 gleichfalls das Zeitliche segnete. Ein Völkerfrühling bricht herein. Die Buchdrucker voran, bringen eine Nationale Buchdruckerversammlung in Mainz zustande, die am Pfingstsonntag, den 11. Juni 1848 tagte und auf der mehr als zehntausend Buchdrucker Deutschlands aus 90 Städten durch 44 Abgeordnete vertreten sind. Die Schaffung eines Nationalen Buchdruckervereins war das wichtigste Produkt der Beratungen. Derselbe sollte aus Haupt- und Zweigvereinen bestehen. Jeder Gehilfe, der in einer Vereinsdruckerei ausgelernt, ebenso Prinzipale und Faktoren sollten die Mitgliedschaft dieses Vereins erwerben, dessen Hauptzweck im § 1 des Handstatuts ausgedrückt war: „Hebung und Sicherstellung des materiellen und geistigen Wohles“. Außerdem wurde beschlossen, eine Widerstands- oder Streikkasse, ferner Diakums-, Kranken-, Invaliden-, Sterbe- und Witwenkassen ins Leben zu rufen. Schiedsgerichte und schließlich das Zentralkomitee sollten Streitigkeiten zwischen Prinzipalen und Gehilfen schlichten. Die Zahl der Setzer- und Druckerlehrlinge wurde genau fixiert, ein Setzer- und Druckertarif aufgestellt sowie zur Durchführung all' dieser Beschlüsse bestimmte Repressalien präzisiert. Als Sitz des gewählten Zentralkomitees wurde Frankfurt a. Main, als Vereinsorgan der „Gutenberg“ bestimmt. Wenn die Buchdrucker von heute mit berechtigtem Stolz auf ihre organisatorischen Schöpfungen blicken, sollen sie nicht vergessen, daß es Kollegen

waren, die schon vor 75 Jahren die Grundrisse unverwischbar einmeißelten, auf denen spätere Zukunft dann erst das stolze Gebäude aufzurichten vermochte. Unsere Älten hatten damals auch schon den weiten Blick für praktische Arbeiterpolitik. An die Nationalversammlung, das politische Parlament des Revolutionsjahres, wurde eine Petition abgesandt, in der es neben der Schilderung des Hauptgebrechens der Wirtschaft, des Lehrlingsunwesens hieß:

„Ganz übereinstimmend machte sich die Ueberzeugung geltend, daß nicht der Staat, nicht die Behörden unsere Verhältnisse ordnen, nein, daß der Arbeiter selbst, daß von unten hinauf die Heilung unserer krankhaften Zustände vorgenommen werden müsse, daß es unsere Pflicht sei, die wunden Stellen bloßzulegen. Wir sind weit entfernt von allen Beglückungstheorien, wir sehen in einer den Verhältnissen angemessenen Verwertung unseres Kapitals, nämlich unserer Arbeitskraft und in der Abschaffung aller den Arbeiter allein treffenden Ausnahmegeetze die kürzeste und einfachste Heilung aller Arbeiterzustände.“

Daneben wurden der Nationalversammlung noch folgende Forderungen unterbreitet:

Gründung eines deutschen Arbeiter-Ministeriums, gewählt durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber,

Abschaffung der Ausnahmegeetze, die den Arbeiter alleine treffen, Ueberwachung des Lehrlingswesens,

Aufforderung an die verschiedenen geschäftsverwandten Arbeiter Deutschlands zur Vereinigung behufs feststellung ihrer Arbeitspreise und zur Gründung von Kranken- und Invaliden-, Sterbe- und Witwenkassen nach dem Muster der Buchdrucker und Gewährung von Staatsmitteln zur Gründung derselben,

Anerkennung der Kompetenz des Arbeiters, seine Verhältnisse zu regulieren.

Protest der Nationalversammlung an die betreffenden Regierungen gegen Ausweisung und Versehung solcher Arbeiter, die sich der Lösung der Arbeiterfrage widmeten.

Die Mainzer Beschlüsse wurden von den deutschen Buchdruckern mit ungeheurer Begeisterung aufgenommen. In 142 Städten bildeten sich Hilfsvereine, welche dem Nationalen Buchdruckerverein beitraten, ja die Bewegung flutete sogar über die Landesgrenzen, österreichische und schweizerische Städte erklärten ihren Anschluß. Zahlreiche Prinzipale traten dem Verein bei und erkannten die Mainzer Beschlüsse für sich

bindend an. Andererseits erwuchsen der Mainzer Bewegung aber auch viele Gegner und schon am 24. Juli 1848 erklärten 90 Firmen, daß sie die Mainzer Beschlüsse nicht respektieren könnten. Eine in Leipzig tagende Versammlung verpflichtete ihre Anhänger bei einer Strafe von 50 Thalern keinen Gehilfen zu beschäftigen, der die Mainzer Beschlüsse für sich oder andere aufrecht halten wollte. Hierdurch kam Uneinigkeit in die Gehilfenschaft und als das gewählte Zentralkomitee die im Kampf stehenden Gehilfen im Stich ließ, dagegen eine Versammlung von Prinzipalen und Gehilfen nach Frankfurt a. Main berief, um die Mainzer Beschlüsse zu revidieren, trat eine Spaltung unter den Gehilfen ein. Die Frankfurter Versammlung, die nur von 70 Delegierten, die 5000 Gehilfen vertraten, besucht war, hob den nationalen Buchdruckerverein auf und setzte an seine Stelle den Allgemeinen Buchdruckerverein, gab ihm auch ein Organ, die „Buchdruckerzeitung“, die aber am 25. Juni 1849 auch wieder von der Bildfläche verschwand. Für die Gehilfenschaft kam dabei aber nichts heraus; die Prinzipale fühlten sich als die Sieger und sorgten schnellstens dafür, daß der kurze Traum der Gehilfen von Freiheit und Menschenwürde wieder in die alte Niedergeschlagenheit von ehemals sich ummünzte. Die politischen Drahtzieher des Vormärz hatten in Berlin längst wieder die Macht an sich gerissen und so verfielen alle weiteren Versuche der Gehilfenschaft, durch Gründung des Gutenbergbundes an Stelle des überhaupt nicht in Wirksamkeit getretenen Allgemeinen Buchdruckervereins ihrer Sache ein festes Rückgrat zu geben, erlagen dem Wüten des preußischen Polizeigeistes und nach vierjährigem und erbittertem Kämpfen um ihr Recht brach die Gehilfenschaft restlos nieder.

Die Gewalthaber aller Zeiten haben es wohl vermocht, die Träger von Ideen zu unterdrücken und zu vernichten, der Idee selbst konnten sie niemals beikommen und so glimmten die heiligen Funken unter der Asche heimlich fort, bis günstigere Zeiten den Sturmwind heranzführten, der die Funken wieder zur lodernenden Flamme anblies. Die den Buchdruckern besonders eigene Kollegialität hatte im Geheimen im folgenden Jahrzehnt den Organisationsgedanken weiter gehegt, und bereits Ausgangs der fünfziger Jahre erheben sich schon wieder Lokalvereinsgründungen und selbst Lohnforderungen wagten sich hervor. Diesmal kam der Anstoß zur neuen Belebung von Leipzig. Hier brachte die am 1. Oktober 1861 erlassene sächsische Gewerbebefreiheit den Gehilfen die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, und, da hiermit auch die Innungsherrlichkeit in die Brüche ging, die Gleichberechtigung der Gehilfen mit den Prinzipalen beim Arbeitsabschluß. Der damalige Vorsitzende der Ge-

hilfsdeputation der Leipziger Buchdruckerinnung, Richard Härtel, berief zum 17. Januar 1862 eine Generalversammlung der Gehilfen ein, aus welcher die Gründung des Leipziger Fortbildungsvereins hervorging, dem die Leipziger Prinzipale die Genossenschaft der Buchdrucker zu Leipzig als ihre Organisation entgegensezten.

Die Flutwelle der Arbeiterbewegung der sechziger Jahre war eine tiefgründigere als die Sturmflut von 1848, die so schnell wieder versackte, wie sie gekommen. Der Gründung des Fortbildungsvereins folgte am 1. Januar 1863 die Gründung des „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“, der trotz seines nur einmaligen wöchentlichen Erscheinens in rücksichtsloser Weise alle die Mißstände im Gewerbe an die Öffentlichkeit brachte und bald genug das Sprachrohr der gesamten Gehilfenschaft wurde. Auf politischem Gebiet war Lassalle die Leuchte, der die Köpfe der allgemeinen Arbeitermasse erhellte und ihnen Willen und Weg gab, ihre Sache zu vertreten. Es wurde aber keine Sturmflut mehr, die in kürzester Frist alles vor sich niederriß, es wurde ein Lawastrom, der bedächtig und eben aus dem kochenden Vulkan emporstieg und unwiderstehlich vordringend alles in seinen Bann zog. So dauerte es dann noch über drei Jahre, ehe Richard Härtel am Pfingstsonntag, den 20. Mai 1866 im Kristallpalast zu Leipzig den Grundstein legen konnte, auf dem das stolze Gebäude des Verbandes der deutschen Buchdrucker aufgebaut werden sollte und aufgebaut worden ist.

Die weitere Entwicklung des DdDB und seine engeren Schicksale wollen die freundlichen Leser in der W. Krahl'schen Geschichte des Verbandes nachlesen, deren Besitz und Studium jedem Buchdrucker, zumindest aber jedem Verbandskollegen zwingende Pflicht sein sollte.



Wir wollen uns nunmehr unsern heimischen Penaten zuwenden. Aus dem vorher Geschilderten haben wir gesehen, daß die Einführung der schwarzen Kunst in Pommern erst viele Jahrzehnte nach ihrer Erfindung möglich wurde, und dementsprechend ist auch ihre Verbreitung in dem Junkerdorado noch jahrhundertlang eine dürftige geblieben. 1780 gab es in ganz Pommern nur fünf Buchdruckereien, davon in Stettin zwei, in Stargard, Stralsund und Greifswald je einen! Zur Zeit des 400jährigen Jubiläums der Erfindung – 1840 – zifferte die Stettiner Gehilfenschaft insgesamt 30 Köpfe: Drei faktore, fünfzehn Beher und zwölf Drucker. Danach ergab sich dann ein größeres Wachstum des Gewerbes und allmählich finden wir auch, daß die Vorgänge im Reich bis

in das pommerische Hinterland ihre Wellen schlugen. So machten sich die Stettiner Kollegen die 48 er Stimmung zu nütze und erreichten durch ihr Vorgehen die Abschaffung der regelmäßigen Sonntagsarbeit und die Verkürzung der Arbeitszeit von zwölf auf zehn Stunden täglich, daneben eine Erhöhung des gewissen Geldes auf fünf Thaler wöchentlich und im Berechnen die Erhöhung des Buchstabenpreises auf zwei und einen halben Silbergroßchen für 1000 n. Durch die Begründung mehrerer neuer Druckereien kamen in diesem Jahre auch die ersten Druckmaschinen nach Stettin. Im folgenden Jahre schlossen sich die Stettiner Gehilfen dem Gutenbergbunde an, dem auch Prinzipale als Mitglieder beitraten und zeitweilig auch im Vorstande desselben amtierten. Der Bund hatte auch in der Provinz Boden gefaßt, von den damaligen 170 Buchdruckergehilfen, die Pommern zählte, gehörten 101 Gehilfen in vierzehn Orten demselben an. Stralsund hatte einen Zweigverein mit Zahlstelle, desgleichen befanden sich einzelne Mitglieder in Landsberg, Königsberg Nm., Soldin und Dt.-Krone. Die Pommern wurden eben nicht so drangsalirt wie die ewig unruhigen Berliner, immerhin wurde auch ihnen 1853 von der Polizei ihr Wirkungskreis auf den Regierungsbezirk Stettin beschränkt; infolgedessen erfolgte die Auflösung des Bundes am 10. Dezember 1853. Da außerhalb Stettins überhaupt nur noch wenige Mitglieder verblieben, befielten erstere ihre Kranken- und Sterbekasse in örtlicher Verwaltung bei und fügten ihrem Krankenkassenstatut einen Invalidenunterstützungsparagraphen an, laut dessen bei Vorhandensein eines Invaliden die Mitglieder pro Woche 10 Pfg. zahlten, wofür zwei Thaler Unterstützung gewährt wurde. Dieses Kassengebilde wurde 1861 abgelöst durch eine neue Krankenkasse, die auf Ministerialverfügung durch die Polizeidirektion errichtet wurde, und da die Gehilfen zunächst ihre Mitwirkung bei der Verwaltung versagten, von städtischen Beamten verwaltet wurde. Diese Verwaltung wurde aber doch zu kostspielig und so übernahmen die Gehilfen nach Jahresfrist wieder die eigene Bewirtschaftung, bis aus ihr im Jahre 1885 die Ortskrankenkasse 24 für das Buchgewerbe wurde, die dann bei Gründung der Allgemeinen Ortskrankenkasse im Jahre 1907 in diese aufging.

Das gewerkschaftliche Vereinsleben war mit dem Aufhören des Gutenbergbundes auch in Pommern in die Brüche gegangen. In Stettin bestand ja der 1848 begründete Buchdrucker-Schützenverein, der aber als Geselligkeitsverein die Kollegialität nur durch ein jährliches Schützenfest belebte, dem 1869 noch ein Wintervergnügen angegliedert wurde. Als 1865 in Leipzig ein Streik entbrannte, ließ er es an Unterstützung der

kämpfenden Kollegen nicht fehlen, zu eigenem Lohnkampfe fehlte es in der Hauptsache an dem Rückgrat der Lohnkämpfe, an der Unterstützungs-möglichkeit der Kämpfer. Eingereichte Lohnforderungen wurden, nachdem sie von der Prinzipalität abgelehnt worden waren, einfach wieder fallen gelassen, man beschied sich bis auf bessere Zeiten.



Die Gründung des Buchdruckerverbandes in Leipzig 1866 strahlte ihre Lichtwellen aber doch bis in die pommerischen Druckwinkel. Einzelmitglieder tauchen auf 1867 in Stralsund, Greifswald, in Greifenhagen, später in Stolp und Köslin und über den „Correspondent“ ergeht der Ruf aus der Provinz an Stettin, für Gründung eines pommerischen Bauverbandes Sorge zu tragen. Die Stettiner Kollegen saßen in der Mehrheit aber in ihrem Schützenverein und als am 14. Juli 1867 auf Anregung des derzeitigen Vorstandes der Beitritt zum Verbands beschlossen wurde unter Leistung des damals nur 5 Pfg. pro Monat betragenden Verbandsbeitrages durch die Schützenvereinskasse, brach die Sache auseinander. Der fehlende Bekennermut der Schützenvereiner hatte für die Stettiner Kollegen die unangenehme Folge, daß der Leipziger Zentralvorstand sie bei der Beteiligung zum zweiten Buchdruckertage – 11.–14. April in Berlin – links liegen ließ, während man die Dorppommern dem Gau Mecklenburg zuteilte.

Die Mitglieder der Provinz mehrten sich und begannen die Stettiner Schützenvereiner zu narren. Die abgeplitterten Verbandskollegen hatten sich zwar zusammengeschlossen und einen Ortsverein begründet, vorwärts ging es aber nicht und zur Einigung kam es auch nicht. Ende 1868 hatte Härtel im „Correspondent“ noch einmal ganz energisch darauf hingewiesen, daß unter den 41 Gauen mit 350 Orten und 6300 Mitgliedern nur noch Pommern mit Stettin fehle. Das wurde ausschlaggebend. Am 8. November 1868 ging dann die Gründung des Ortsvereins Stettin mit 60 Mitgliedern vor sich und der erste Gautag des pommerischen Gaus wurde zum zweiten Weihnachtsfeiertage nach Stettin als Vorort einberufen. Als Beginn der Tätigkeit war der 1. Januar 1869 vorgesehen. Dem gewählten Vorstande wurde aber gleich von vornherein das Leben sehr schwer gemacht, so daß bereits im April der Gauvorsitzende sein Amt wieder niederlegte, was zur Folge hatte, daß zum 16. Mai 1869 schon wieder ein Gautag nach Stettin zusammenberufen werden mußte. Hier wurde freie Bahn geschaffen zur erspriesslichen Betätigung und der Gau in vier Bezirke geteilt: Stettin, Stralsund, Stargard, Stolp. Mit frischem

Mute ging man dann an die Bearbeitung der Tarifffrage und reichte forderungen ein. Da die Prinzipale sich sträubten, kam es am 6. September zur Kündigung; erstere hatten aber für Streikbrecher vorgesorgt und so kam es zu Entlassungen. Eingeleitete Verhandlungen brachten dann aber doch noch ein leidliches Ergebnis, es wurde eine Lohnerhöhung von 10% für Gewißgeld und Berechner erzielt, die Ende September in Wirksamkeit trat. Am 1. Oktober hatte der pommerische Gau nunmehr 105 Mitglieder: Bezirk Stettin (Naugard, Treptow a. Rega, Grimmen) 73, Bezirk Stralsund (Greifswald, Demmin) 24, Bezirk Stargard und Stolp je 4 Mitglieder. Den Stralsunder Kollegen wurde im November auf Vorstelligwerden der Stettiner Tarif ohne Schwierigkeiten bewilligt.

In den folgenden Jahren 1870 und 71 beherrschten die Gautagungen hauptsächlich die Gründungsfragen der Unterstützungskassen, die durch die damaligen Kriegsereignisse stark beeinträchtigt wurden, aber 1871 doch zur Gründung einer Gaukranken- und Sterbekasse führten. Inzwischen hatten sich auch die Stargarder Kollegen eine bescheidene Aufbesserung ihrer Löhne geholt. Anfang 1872 beschäftigte sich eine Allgemeine Buchdruckerversammlung in Stettin mit neuen Lohnforderungen. Eine Erhöhung um  $16\frac{2}{3}\%$  wurde beschlossen und bei Vorstelligwerden auch glatt erreicht. Anderwärts war die Alphabeterrechnung bereits zum Durchbruch gekommen, so in Berlin, und die Stralsunder Kollegen konnten diesen Vorteil für sich heimbringen, da ihnen der Berliner Tarif bewilligt wurde.



Werfen wir aber noch einen kurzen Rückblick auf die Gestaltung der Tarifentwicklung im allgemeinen seit der Gründung des Verbandes. Auch die Unternehmer hatten gelernt, daß die Vereinigung besser sei wie das Einzeltum. Aus der 1862 begründeten Genossenschaft der Buchdrucker Leipzigs wurde im Jahre 1869 der Deutsche Buchdruckerverein, der wie der Verband der Gehilfen auf zentraler Grundlage aufgebaut wurde. Die Bestrebungen der Gehilfen nach einem allgemein gültigen Tarif wurden von den Prinzipalen wohl geteilt, nur waren die beiderseitigen Triebkräfte ungleichen Ursprungs. Die Gehilfen hatten gemeinsames Verhandeln mit den Prinzipalen als gleichberechtigte Partner im Sinn, die Prinzipale dagegen wollten einfach bestimmen. In Leipzig kam aber doch Mitte 1870 eine Tarifkommission beider Teile zustande, die den 1000 n-Preis auf 30 Pfg. erhöhte, womit die Prinzipale glaubten, einen Normaltarif geschaffen zu haben, während die Gehilfen den Erfolg nur als eine Abschlagzahlung betrachteten. Der ausbrechende Krieg brachte

aber hier völligen Stillstand der Verhandlungen; erst die dem siegreichen Kriege folgende Gründerzeit belebte die Bewegung in der Tariffache aufs neue und nun waren es die Berliner, die im Jahre 1871 im September den Alphabettarif mit 35 Pfg., 10stündige Arbeitszeit und 22.50 M. Gehilfsgeld durchdrückten. Die Berliner Erfolge färbten dann auch entsprechend auf die größeren Provinzstädte ab. Der Hauptwiderstand der Prinzipale richtete sich gegen die Alphabetberechnung, die für die Gehilfen einen Vorteil von  $16\frac{2}{3}\%$  bedeutete; die Mäzchen, mit denen manche Prinzipale die Gehilfen mit der 1000 n-Berechnung zu betrügen suchten, bilden kein Ruhmesblatt in der Geschichte der Buchdruckerprinzipale. So glaubten die Leipziger Druckherren um die Alphabetberechnung herumzukommen, daß sie die Löhne ihrer Gehilfen um  $16\frac{2}{3}\%$  erhöhten. Die Stuttgarter Herren, die es den Leipziguern gleich tun wollten, fanden bei ihren Gehilfen aber Widerstand und setzten nun ihrerseits einen Tarif fest mit 11 stündiger Arbeitszeit und nur 10% Lohnerhöhung, der am 1. Januar 1872 in Kraft gesetzt wurde. Das war der Kampf, der auf beiden Seiten mit großer Erbitterung geführt wurde. Die Prinzipale hatten doch die redliche Absicht, mit der Niederringung der Gehilfenschaft zugleich auch den verhassten Verband der Gehilfen zu zertrümmern. Die letzteren wußten aber diesen Ausgang zu vereiteln, indem sie nach drei Monaten den aussichtslos gewordenen Kampf aufgaben. Die Stuttgarter Herren wollten ihren errungenen Sieg nun aber auch richtig ausmünzen. Sie beabsichtigten die Aussperrung aller Verbandsmitglieder, sobald von diesen an irgend einem Orte eine Lohnforderung mit Streik erkämpft werden sollte. Zu diesem Zwecke beriefen sie einen Allgemeinen Buchdruckertag nach Eisenach. Dieser fand am 10. Mai 1872 statt und beschloß seinen Eintritt in den Prinzipalsverein (Deutscher Buchdruckerverein), falls dieser die Aussperrungsmaßnahmen und noch einiges andere, Normaltarif für ganz Deutschland, Schiedsämter und gleichlautende Druckereiordnung, in sein Statut übernehmen würde. Der Deutsche Buchdruckerverein vermochte diesem Liebeswerben nicht zu widerstehen, er nahm bereitwilligst die Eisenacher Punkte in sein Statut auf – nach dem 1873er Streik verschwanden sie aber wieder aus demselben. Die Eisenacher Tagung beschloß die Einführung eines deutschen Buchdruckertarifs als Normaltarif für ganz Deutschland, bearbeitet von einer Tariffkommission, die aus Prinzipalen und Gehilfen zusammengesetzt sein sollte. An der ausgeschriebenen Wahl der Gehilfenvertreter beteiligten sich die Verbandsmitglieder aber nicht und so mußten die Gehilfenwahlen unterbleiben. Das Verhältnis zwischen beiden Organisationen wurde dadurch kein

besseres; in zahlreichen Städten gab es für die Gehilfen erfolgreiche Lohnkämpfe, denen der Sieg der hannoverschen Kollegen im Oktober die Krone aufsetzte. Die Prinzipalschaft sah sich zu einem Vorgehen ihrerseits nunmehr gedrängt und glaubte die Feindseligkeiten auf der ganzen Linie am besten mit folgendem Ukas eröffnen zu müssen:

„Wenn in irgend einer Stadt von seiten unter sich geeinigter Gehilfen eine Arbeitseinstellung mit oder ohne Kündigung erfolgt und fortbesteht, trotzdem die Kommission der Vertrauensmänner den Standpunkt der Prinzipale gerechtfertigt findet, so tritt der Gesamtverein zum Schutze der gefährdeten Vereinsmitglieder ein, indem an einem und demselben Tage im ganzen Gebiete des Deutschen Buchdruckervereins die Vereinsoffizinen allen Gehilfen kündigen, die einer Verbindung angehören, welche den betreffenden Streik veranlaßt oder unterstützt. Kein Gehilfe, der während des Streiks ausgetreten oder entlassen ist, darf während der Dauer desselben in einer Vereinsoffizin angestellt werden. Als Konventionalstrafe wird die Buße von so viel mal 10 Thalern festgesetzt, als z. B. der Entlassungsordre Gehilfen in der betreffenden Offizin beschäftigt waren.“

Es wiederholt sich eben alles auf der Welt! Was nach 50 Jahren duzenden von studierten Syndici, Wirtschaftsdirektoren und anderen Toren die hochmögenden Köpfe zerbrechen machte, schüttelten sich hier schon ein fählein kriegerischer Buchdruckerlinge mit unnachahmlicher Geste aus dem Färmel. Der Erfolg war aber auch danach. Helle Begeisterung erfüllte die Gehilfen und trieb ihre verantwortliche Leitung zum Handeln. Der Verbandsvorstand arbeitete nunmehr mit einer aus sämtlichen Gauen zusammengesetzten Tariskommission in Leipzig in den Tagen vom 13.–17. Januar 1873 einen Normaltarif auf Grundlage der Alphaberberechnung mit 30 *S* pro tausend Buchstaben aus. Dieser wurde den Leipziger Druckereien zur Bewilligung innerhalb drei Tagen vorgelegt. Darauf erfolgte der Ausstand am 25. Januar 1873 mit anfänglich 350 Gehilfen, die sich in kurzer frist auf 800 vermehrten. Seine wesentliche Schärfe erhielt der Kampf dann durch die Verhaftung und Bestrafung Härtels mit sechs Wochen Gefängnis wegen Derrufserklärung. Er hatte zu Beginn des Kampfes im „Correspondent“ geschrieben:

„Wir erwarten, daß kein ehrenhafter Kollege in Leipzig Kondition annimmt!“

Die Lage der Leipziger Prinzipale wurde immer ungünstiger, sodaß sie die Hilfe des Buchdruckervereins erbaten, der dann auch seine Mitglieder aufforderte, sämtliche Verbandsmitglieder auszusperrern. Auch

diese Maßregel brachte den Erfolg nicht, sie wurde nur in 70 Orten von 300 Druckereien mit 2000 Mitgliedern befolgt, während der Verband an 342 Orten 6900 Mitglieder in Arbeit stehen hatte. Zudem wurde sie in den meisten Städten nach kurzer Dauer wieder rückgängig gemacht. Nach langwierigen, von den Prinzipalen nachgesuchten Verhandlungen kam es am 1. Mai 1873 dann zum Abschluß eines aus 30 Paragraphen bestehenden Allgemeinen Deutschen Buchdruckertarifs auf Grund der Alphabettberechnung und Einführung von Lokalzuschlägen. Das Geltungsgebiet desselben wurde in 12 Tariskreise geteilt, in deren Vororten je ein Schiedsamt bestellt, über deren Gesamtheit das Einigungsamt als Berufungsstelle gesetzt war. Letzteres sollte gleichzeitig befugt sein, Anträge auf Abänderung des Tarifs zu verhandeln.



Kehren wir wieder zum pommerischen Gau zurück. Weit vom Schuß waren die Schatten der großen Tarifereignisse in Leipzig usw. nur nebelhafte Gebilde, die bei der stark durchschossenen Verbreitung der Druckstädte Pommerns nicht mehr gefährlich zu werden vermochten. Aus der erwähnten Aussperrung, der auch die pommerischen Druckherren möglichststen Nachdruck zu geben gedachten, wurde im gegebenen Augenblick nichts, weil die Einigkeit der Herren auseinanderfiel und einer nochmaligen zweiten Aufforderung wurde die Heeresfolge einfach ver sagt. So konnte die Mitgliedschaft des Gauvororts Stettin die Einführung des Tarifs mit  $16\frac{2}{3}\%$  Lokalzuschlag ab 1. Oktober 1873 glatt für sich verbuchen.

Die Gültigkeit des Tarifs war auf drei Jahre bis zum 1. Juli 1876 abgeschlossen, es verblieb nunmehr Zeit und Muße für den Auf- und Ausbau der Organisation. In Stettin wurden als Vorort des 12. Tariskreises (Pommern, Posen, West- und Ostpreußen) die durch den Tarif vorgesehenen Einrichtungen geschaffen, Einigungsamt und Schiedsgericht. Der fällige Gautag 1874 sah außer den Stettiner Vertretern noch Delegierte aus Stralsund, Stolp und Stargard. Beschlossen wurde die allgemeine Einführung des Tarifs in der Provinz ab 1. Oktober und die Beschiekung des vierten Buchdruckertages in Dresden. Der Erlaß eines neuen Pressegesetzes, das am 1. Juli 1874 in Kraft trat, brachte die Aufhebung der Stempelsteuer für die Zeitungen, was eine ganze Anzahl von Zeitungsneugründungen in der Provinz zur Folge hatte. Infolgedessen vermehrte sich auch die Anzahl der Gehilfen in den betreffenden Druckstädten, ohne daß die Verhältnisse im allgemeinen sich sonderlich festigen

konnten. Der Wiener Börsenkrach vom 9. Mai 1873, der dem ungehenden Sebaren der Gründerzeit mit ihrer vorgetäuschten Blüte ein plöthliches Ende bereitete, hatte die Wirtschaftslage von halb Europa erschütterert. Die Wellen des Niederganges verebhten bis weit in die Provinz hinein und beeinflussten die allgemeine Geschüftslage im ungünstigsten Sinne. Natürlich wurde auch das Buchdruckgewerbe dadurch in Mitleidenschaft gezogen und wie das so üblich, endeten alle die unliebsamen Rückschläge auf dem Rücken der Gehilfenschaft. Am nachtheiligsten wirkten sich natürlich diese Verhältnisse auf die neugeschaffene Tariflage aus, der die Hauptgruppe der Druckherren als einer von den Gehilfen erkämpften Sache sowieso nur mit einem nassen und einem trockenen Auge gegenüberstanden.

Wenn die Gehilfenschaft in dem Zuertrauen lebte, der 1873 neugeschaffene allgemeine Buchdruckertarif würde nun auch von der Prinzipalschaft hochgehalten und seine Einführung durch sie unterstützt werden, so sah sie sich darin schmählich getäuscht. Die vorgesehenen Einrichtungen wurden, angeblich als praktisch nicht durchführbar, nicht getroffen, die Wahlen von Prinzipalsvertretern wurden bloß in sechs Tariskreisen vorgenommen, man entließ die Verbandsgehilfen, verweigerte die Zahlung nach dem Tarif, sodaß es vielfach zu Lohnkämpfen kam, kurz man bereitete sich regelrecht auf einen allgemeinen Abbau des Tarifs vor. Die Druckherren hatten es arg eilig, obwohl die Gültigkeit bis zum 1. Juli 1876 verbrieft war, reichten sie bereits gegen Ende 1875 die Kündigung des Tarifes ein unter Vorlegung eines wesentlich verschlechterten Entwurfs, namentlich in den bisherigen Lokalzuschlägen. Da der Verband als Grundsatz aufgestellt hatte, daß seine Mitglieder nur in tariftreuen Druckereien Kondition nehmen durften, bekam auch die Provinz ihren Anteil an dem Ansturm gegen den Tarif. Der pommerische Sautag von 1875 mußte Stargard als Bezirk aufgeben, da dort keine Mitglieder mehr vorhanden waren und in Stettin wurde die Druckerei Herrcke & Lebeling wegen untariflicher Bezahlung und Ausbildung von Beherinnen für Verbandsmitglieder geschlossen. Eine gegen Ende des Jahres vorgenommene Zählung der Belegschaften pommerischer Druckereien ergab für Stettin in 10 Druckereien 64 Gehilfen, 56 Lehrlinge, 3 Beherinnen, in Stargard in 3 Druckereien 4 Gehilfen und 15 Lehrlinge, in Kolberg in 2 Druckereien 4 Gehilfen und 10 Lehrlinge, in Greifswald 10 Gehilfen. Ganz Pommern wies 140 Gehilfen neben 160 Lehrlingen auf, davon waren Verbandsmitglieder 100 Gehilfen in 14 Orten.

# Die Gründung des Odergaves 1876

Unser Brandenburger Kampfgefährte - Verwaltung und  
Aufbau - Der UDB - Das erste Jahrzehnt

Der pommerische Gau war also trotz seiner großen räumlichen Ausdehnung nur sehr unbedeutend, so daß man sich die Frage nach einer Verbesserung dieser Lage schon des öfteren hatte angelegen sein lassen. Als nächster Nachbar kam die Mark Brandenburg in Frage, die sich in ähnlichen Wehen befand wie Pommern, und zwar dadurch, weil Berlin als selbständiger Gau sich nicht um sein Hinterland sorgte. Die von Pommern eingeleiteten Verhandlungen zwecks Vereinigung der beiden Gaue hatten denn auch schließlich den Erfolg, daß am 1. Ostertage 1876 in Charlottenburg der „Odergau“ aus der Taufe gehoben wurde. Vergewärtigen wir uns darum zunächst in kurzen Rissen den Werdegang unseres nunmehrigen Kampfgenossen.

Der Berliner Verbandsvorstand war sich nach der Verbandsgründung sehr bald darüber klar geworden, daß, wenn Berlin gedeihen sollte, es für sein Hinterland etwas tun müsse, damit ihm von dort aus nicht allzuviel Spreu in seinen Weizen geschüttet wurde. Es gelang, am 23. Juni 1867 einen von den größeren Städten der Umgebung beschickten Sautag nach Berlin einzuberufen, auf dem vertreten waren Neuruppin (15 Kollegen), Sorau (5 Kollegen), Brandenburg (5 Kollegen), Charlottenburg (8 Kollegen), Kottbus (4 Kollegen), Frankfurt a. Oder hatte keinen Vertreter geschickt, da die dortigen Kollegen sich in einer Lohnbewegung befanden. Von den zur Verhandlung stehenden Vorschlägen: Anschluß an den Berliner Verein, oder Gründung eines selbständigen Gaves mit eigener Verwaltung wurde der letztere zum Beschluß erhoben und Neuruppin zum Dorort gewählt. Einer im August an die Provinzkollegen gerichteten Aufforderung zum Beitritt zum Verbandsverbande leisteten 56 Kollegen Folge und zwar aus Neuruppin 14, Frankfurt a. Oder 12, Sorau 7, Charlottenburg 6, Brandenburg 4, Kottbus und Prenzlau je 3, Rathenow 2, Arnswalde, Eberswalde, Kalau, Luckenwalde, Nauen je 1 Mitglied.

Auf dem 2. Sautage des Märkischen Buchdruckerhilfsvereins am 21. Juni 1868 in Berlin waren von den 50 Druckorten der Mark nur 13 mit 60 Mitgliedern vertreten. Potsdam, Küstrin, Landsberg hatten trotz wiederholter Aufmunterung kein Lebenszeichen von sich gegeben. Als Dorort wurde nun Frankfurt gewählt. Die Herrlichkeit dauerte aber nicht lange. Bei einem Vorgehen der Frankfurter Kollegen zwecks Abschaffung der regelmäßigen Sonntagsarbeit bei Trowitsch & Sohn wur-

den die Verbandsmitglieder entlassen. Der Dorort und seine Geschäfte gingen an Sorau über. Vom 1869er Sautage in Sorau sind Aufzeichnungen nicht vorhanden. Im nächsten Jahre 1870 waren in Sorau außer dem Vorsteher noch 6 Delegierte anwesend, die den Beschluß faßten, den nächsten Sautag erst in drei Jahren abzuhalten. Trotz der inzwischen gelungenen Tarifeinführung konnte der Sautag am 27. Juli 1873 auch nur 6 Delegierte aufweisen, nach deren Berichten Lohnaufbesserungen in Neuruppin, Frankfurt, Charlottenburg, Brandenburg, Guben und Sorau erfolgt waren. Die Mitgliederzahl betrug an zahlenden 96 bei einem festen Stamm von 40. Brandenburg beantragte eine Verschmelzung mit einem der nächstliegenden Saue in Erwägung zu ziehen, eventuell den Anschluß an Berlin zu erstreben. Die Berliner dankten aber bestens, sodaß der Antrag auf Verschmelzung überhaupt abgelehnt wurde. Der Dorort wurde wieder nach Neuruppin verlegt. Erst drei Jahre später wurde dann der Gedanke der Verschmelzung des Märkischen mit dem pommerischen Gau zu einem einheitlichen Gebilde seiner Verwirklichung zugeführt.

Der erste Ostertag des Jahres 1876 – 16. April – vereinigte in Charlottenburg die Vertreter des Märkischen Buchdruckervereins und des pommerischen Saues zu gemeinsamer Tagung. Anwesend waren von Stettin 7 Kollegen, davon einer als Vertreter für Stolp und ein Kollege aus Stralsund, von Neuruppin, Brandenburg, Charlottenburg, Prenzlau, Frankfurt a. Oder, Guben und Sorau je ein Kollege. Der von Stettin vorgearbeitete Entwurf eines Gaustatuts für den Odergau wurde nach kurzer Beratung angenommen. Zum Gauvorort und Sitz des Gauvorstandes wurde Stettin bestimmt. Der Rest der Tagung wurde mit Beratung eines Krankenkassenstatuts und Bewilligung eines Darlehns an die Produktivgenossenschaft Berliner Schriftgießer in Höhe von 600 Mark aus der vereinigten Krankenkasse ausgefüllt. Von einer Erörterung der tariflichen Verhältnisse in dem nun zusammengeschweißten Odergau meldet das Protokoll nichts. Die immerhin nicht unbeachtliche Verschmelzung zweier Verbandsgebilde zu einer Bettgemeinschaft scheint weder die Ruhe der märkischen noch der pommerischen Kollegen aus dem Gleis gebracht zu haben. Der Geschäftsbeginn des Odergaves war auf den 1. Juli 1876 festgesetzt, – die erste Vorstandssitzung des neuen Gauvorstandes trägt aber erst das Datum 13. August! Sie beschäftigte sich mit der Sperrung der Prenzlauer Druckerei Mück für Verbandsmitglieder wegen Lohnreduktion und der Unterstützung der beiden ausgesperrten Kollegen. Vier Wochen später gingen aus gleichem Grunde die Zahlstellen Sorau und Neuruppin ein. Das Novemberprotokoll bringt

dann die Erklärung der auffälligen Untätigkeit: Neuruppin schickte erst nach wiederholten, eindringlichen Mahnungen Kasse und Verwaltungsbücher am 16. November nach Stettin ein, und zwar in einer Verfassung, welche die Annahme unter Vorbehalt durchaus rechtfertigte.

Schwerwiegender als das war aber jedenfalls die Tatsache, daß die beiden Gaue, die vor dem 1. Juli 1876 etwa 200 Mitglieder umfaßten, in der letzten Septemberwoche nur noch 105 Köpfe zählten! Der Grund dafür war leicht erklärlich: Die Tariskämpfe des letzten Jahres, die in Berlin allein 70 000 Mark des Vereinsvermögens verschlungen hatten, veranlaßten den Vorstand zur Erhöhung des Beitrages auf 2 Mark monatlich. Darauf verschwanden in der ersten Juliwoche allein schon 72 Kollegen aus dem Verbande, eine Zahl, die sich bis Viertelfahreschluß auf 95 erhöhte. Das alte Pommern hatte sich noch 71, die Mark Brandenburg noch 34 Mitglieder erhalten. Damit war der Tiefstand aber noch nicht erreicht; zum Jahreschluß wurden auch die Mitglieder in der durch ihre Kriegsbilderbogen in aller Welt bekannten Druckerei Gustav Kühn in Neuruppin gemäßregelt, was die Verlegung des Bezirksvorortes nach Prenzlau zur Folge hatte. Das war das erste Lebensjahr des Odergaues.



Aber die Buchdrucker – und nicht zuletzt die pommerschen – waren von je zühe Kämpen. Je höher der Uebermut der jetzt Oberwasser habenden Druckherren stieg, je fester verbissen sie sich in die Verbandsidee und letzten Endes hatten erstere an ihrem Erfolge sicherlich keine reine Freude. Der wirtschaftliche Kampf hatte durch ungehemmte Lehrlingszucht eine Schmutz- und Schleuderkonkurrenz erzeugt, die sie an ihrer empfindlichsten Stelle traf. Dazu kam, daß der Massennachwuchs nichts taugte! Was half's, wenn man auch äußerlich den Verbandsberseker herauskehrte, innerlich war man froh wieder ein paar Verbändler in der Bude zu haben, die letzteren waren eben infolge der weisen Taktik ihrer Führer die Buchdrucker.



Der zweite Gautag, der am ersten Osterfeiertage 1877 in Stettin abgehalten wurde, beschäftigte sich mit der Entgegennahme der Berichte aus den einzelnen Bezirken, die durchweg nur sehr traurige Verhältnisse ans Licht brachten. Neben einigen Fänderungen des Gaustatuts bzw. der Beitragszahlung wurde die Hauptzeit mit Fänderungen des Krankenkassenstatuts verthan. Die tariflichen Verhältnisse im Gau standen in buntem Wechsel; bald wurden hier die Verbandsmitglieder entlassen,

bald dort, was zur Folge hatte, daß eine häufigere Verlegung von Bezirksvororten vorgenommen werden mußte; so rückte Suben an die Stelle von Sorau. Leider wurden dadurch auch die Verwaltungsgeschäfte schwieriger und es bedurfte manches Mal entschiedener Mahnungen, bzw. Verwarnungen, um die Säumigen zur Ordnung zu erziehen. Anfangs 1878 wurde vom Gau eine Agitation durch Verbreitung eines Flugblattes zur Gewinnung neuer Mitglieder eingeleitet, die auch einigen Erfolg hatte. Der dritte Sautag vereinigte am 21. April 1878 in Stettin schon 14 Delegierte, die 200 Mitglieder vertraten; es ging also wieder vorwärts. Es wurde ein neuer Bezirk Landsberg eingerichtet, im übrigen aber sonst nur Verwaltungsarbeiten erledigt. Das Jahr 1878 wurde aber doch verhängnisvoll für den Verband. Erstmals trat am 2. August die Tarifrevisionskommission wieder zusammen, deren Tätigkeit den Tarif nochmals verschlechterte durch Herabsetzung der Lokalzuschläge und Abschläge vom Minimum in der Provinz. Zum andern brachte das Jahr infolge der Attentate Hödels und Nobilings das Sozialistengesetz, das sämtliche Arbeiterorganisationen bis in den Grund hinein zertrümmern sollte. Der eiserne Kanzler erreichte sein Ziel doch nicht; er mußte erleben, daß auch die gepanzerte Faust der Intelligenz und dem Lebenswillen eines Volkes dauernd keinen Abbruch zu tun vermag.



Der Verband der deutschen Buchdrucker wurde zwar nicht verboten, aber da er unter sächsischem Vereinsgesetze stand, nach dessen § 24 er korporativer Rechte bedurfte, wurde seine Umwandlung in den Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker vorgenommen. Die Verwaltungsbehörde erteilte hierzu die erforderliche Genehmigung nicht, löste vielmehr den Verband am 5. März 1879 auf. Unsere Verbandsleitung war dem Amtschimmeltrott der sächsischen Regierung aber doch um einige Pferdelängen voraus. Sie hatte bereits Ende November 1878 den Verband aufgelöst und die Kasse nach der Schweiz in Sicherheit gebracht. Am 8. März 1879 wurde dann in Stuttgart der Unterstützungsverein der Buchdrucker Deutschlands gegründet. Damals aber sausten die Ereignisse noch nicht mit der unfaßbaren Geschwindigkeit der Rundfunkwellen durch den Äther. Die gefährlich brandenden Wogen der Vorgänge verebhten in die Provinz hinein schon als abgeklärte Tatsachen. So nahm z. B. der Stettiner Ortsverein die Mitteilung von der ingeniosen Umwandlung des Verbandes in den Unterstützungsverein unter Erhaltung aller bestehenden Pflichten und Rechte für die Mitglieder einfach zur

Kenntnis. Man blieb ja Buchdrucker – man blieb auch Unterstützungsvereinsmitglied.

Daß Druck Segendruck erzeugt, ist ein unabdingbares physikalisches Gesetz, das weiß alle Welt – nur die Regierenden und ihre Kreaturen nicht. So erreichte auch das Bismarcksche Schandgesetz das Gegenteil von dem Beabsichtigten, trotzdem es ein Meer von Tränen erzeugte und Jahrtausende von Gefängnisstrafen über die kampfmütigen Kündler ihrer Idee verhängte. Neben den Buchdruckern waren auch viele andere Gewerbe zu Verbänden zusammengetreten, sie versielen alle der Auflösung durch die Obrigkeit! Das schuf aber Licht in die Köpfe der Drangsalirten und wer sonst sich nie um Organisation gekümmert, der wurde hellhörig und folgte leichter dem Rufe seiner Kameraden – es war ja verboten! Wenn man in Betracht zieht, daß der Obergau einen Landstrich von rund 1300 Quadratmeilen umfaßte und nur 111 Druckorte enthielt, so ist es ohne weiteres klar, daß sich aus dem durch die im allgemeinen jämmerlichen Verhältnisse des Wirtschaftslebens sich ergebenden Reiseverkehr eine immerwährende Werbetätigkeit entwickeln mußte. Gestützt wurde dieselbe durch die günstigen Diatikusverhältnisse des Verbandes, sie mußte sich dieserhalb auch zu seinen Gunsten neigen. Im weiteren werden diese Erfolge noch ziffernmäßig in Erscheinung treten.

Die nächsten Gantage hatten sich immer noch mit der Gaukrankenunterstützungskasse zu beschäftigen, die in ihrer Leistungsfähigkeit immer mehr und mehr zurückging. Der frankfurter Gantag sah schon 17 Vertreter am Werke, die Gaukasse wies einen Bestand von 2187,12 Mark, der Unterstützungsfonds 1585,67 Mark auf. Die Zentralisierung der Krankenkasse wird aber noch immer abgelehnt. Im Verwaltungswege wurde später dann die redaktionelle Umänderung des Gaustatuts vorgenommen, eine Sicherungsmaßnahme gegen den Polizeizugriff. Ein schöner Akt buchdruckerlicher Solidarität sei hier noch erwähnt. Für einen 70 Jahre alten invaliden Kollegen wurde eine Sammlung veranstaltet, deren Ergebnis ihm noch zwei Jahre eine laufende Unterstützung sicherte und nach seinem Tode noch viele Jahre als Hessefonds zur Unterstützung notleidender Kollegen und Angehöriger Verwendung fand. Die Zahl der Mitglieder bewegte sich langsam zwar, aber stetig in aufsteigender Linie, der fünfte Gantag in Greifswald wurde schon von 19 Vertretern beschickt. Seine Hauptarbeit lag auf dem Gebiete der Statutenänderung für den Gau sowohl wie für die Krankenkasse. Der Reiseverkehr belief sich im Gau auf 696 Reisende, die 3453 Mark an Unterstützung aus der Gaukasse bezogen. Diese erfreuliche Erscheinung wurde natürlich gelegentlich auch

immer wieder einmal getrübt durch Tarifunterdrückungen; so mußte Januar 1881 die Druckerei von Schneider & Bohn in Landsberg für Verbandsmitglieder gesperrt werden, da Schneider erheblich unter Tarif zahlte. Hier setzte dann eben die statutenmäßige Unterstützung für die Kollegen ein, die das Böse immer wieder zum Guten kehrte!

Der sechste Sautag versammelte am 17. April 1881 in Stettin 24 Vertreter; zwei Gewählte – Stettin und Stargard – übten ihr Mandat nicht aus. Die Krankenkassenangelegenheit wird soweit gefördert, daß der Anschluß an die Zentralkrankenkasse des Unterstützungsvereins der Buchdrucker im Prinzip beschlossen wurde. Der Wunsch des Oderganges auf Beibehaltung des Zweiklassensystems stand dem praktischen Anschluß aber noch immer im Wege. Erst dem nächsten Sautage am 9. April 1882 in Stettin blieb es vorbehalten, den endgültigen bedingungslosen Anschluß zu vollziehen. Die Mitgliederbewegung verlief indes in stetig aufsteigender Linie. Der Stand war Ende 1881 392 Mitglieder in 73 Orten. Da mit der wachsenden Mitgliederzahl die Sautage immer mehr Kosten verursachten, die Teilnehmer auch selbst der Ansicht sind, daß die geleistete Arbeit nicht den Aufwendungen entspricht, tritt schon der Gedanke auf, die Sautage nur alle drei Jahre stattfinden zu lassen bzw. den nächstjährigen ausfallen zu lassen. Dahinzielende Anträge erreichen aber nicht die für Statutänderung benötigte Zweidrittelmajorität. Es bleibt zunächst also beim alten Brauch. Im Laufe des Jahres ereignen sich indes keine weltbewegenden Geschehnisse. Die Sitzungen des Sautvorstandes füllen meist Neuaufnahmen und deren Begleitumstände aus. Gelegentlich tritt in diesem oder jenem Bezirk Maßregelung von Mitgliedern ein, deren Drang nach Verbesserung ihrer Tarifbezüge oder entschiedener Widerstand gegen beabsichtigte Verschlechterungen bisher meist immer zur Aufgabe der Kondition und Unterstützung durch den Verband führt. Das gehört aber in den Rahmen einer Kampforganisation und erweist sich als ein Stück unbeabsichtigter Werbung für dieselbe von seiten der mißgünstigen Prinzipalschaft. Bemerkenswert ist jedenfalls, daß sich bestimmte Firmen hierbei herausstellen, deren tariffeindliches Verhalten sich viele Jahrzehnte hindurch gleichbleibt; so vorzugsweise die Druckerei Mieck in Prenzlau und Crowsch & Bohn in Frankfurt a. Oder, die seit Bestehen des Tarifs schon dessen unversöhnliche Gegner sind.

Der achte Sautag am 25. März 1883 fand in Charlottenburg statt. Die anwesenden 29 Vertreter stimmen für 463 Mitglieder in 80 Orten, der Jahreszuwachs betrug also 71 Kollegen. Man muß bedenken: unter dem Sozialistengesetz und in Pommern, dem reaktionärsten Winkel ganz

Deutschlands! Seine Hauptaufgabe betraf die Umänderung des Bau-  
statuts. Die flüssigkeit der Verwaltung machte eine Neueinteilung der  
Bezirke notwendig, deren nunmehr zwölf festgesetzt wurden mit den  
Dororten Stettin Stadt und Land, Stralsund, Stolp, Spandau, Neu-  
ruppin, Brandenburg, Charlottenburg, Frankfurt a. Oder, Landsberg a. W.,  
Suben und Kottbus. Die anschließende Besprechung der Tariflage im  
Odergau gewann durch das Eingreifen mehrerer Berliner Kollegen an  
Ausdehnung und Lebhaftigkeit, die Großstädter hatten aber auch kein  
Universalmittel für restlose Einführung des Tarifes in der Provinz bei  
der Hand. Die praktische Durchführung dieses Teils der Obliegenheiten  
der Bauverwaltung mußte also schon dem Bauvorstande vorbehalten  
bleiben. Im Verlaufe des Jahres ergaben sich wieder allerhand Plänke-  
leien auf tariflichem Gebiete und Anfang Dezember slog der gesamte  
Bezirksvorstand Spandau auf, dessen Mitglieder zufällig in einer Druk-  
kerei standen, wegen Verbreitung des vom Zentralvorstande heraus-  
gegebenen Lehrlingsflugblattes! Da keine anderweite Wahl zustande  
kam, mußte der Dorort nach Rathenow verlegt werden. Die Mitglieder-  
bewegung in 1883 weist einen Zugang von 112 neu- bzw. wiederein-  
getretenen Kollegen auf, da aber der Zureise von 261 als abgereist 324  
gegenüberstehen, ist das Wachstum der Endziffer nur sehr gering: 9.

Die achtziger Jahre waren für den Unterstützungsverein in seiner  
Gesamtheit bedeutungsvolle und sehr bewegte Zeiten! In Leipzig ent-  
wickelte sich aus einem an sich belanglosen Kassenstreit ein schwerer Kon-  
flikt, der am 5. Juli 1882 zum Ausschluß des Leipziger Vereins führte.  
Es bedurfte dreier Jahre, ehe die Leipziger sich wieder zurückfanden;  
das sei ihnen aber hochgehalten: gegen den Tarifgedanken haben sie  
sich in der Zeit nicht versündigt. Dann leistete sich Bismarck die sozialen  
februarerlasse, aus denen 1883 das Krankenversicherungsgesetz, 1884 das  
Unfallversicherungsgesetz und endlich 1889 das Invaliden- und Alters-  
versicherungsgesetz entsprangen. Trotz aller schönen Worte war es Bis-  
marck ja gar nicht um die soziale fürsorge für das arbeitende Volk zu  
tun, er strebte ja danach, durch seine staatlichen Einrichtungen die be-  
stehenden Unterstützungskassen der Arbeiter zu vernichten, die sich zur-  
zeit als das Rückgrat der Arbeiterbewegung darstellten. Aber der klu-  
gen Leitung unserer führung gelang es trotz aller fährlichkeiten, un-  
seren UvDB durch seine Ueberführung von Stuttgart nach Berlin am  
1. April 1888 wieder sicher zu verankern. Trotz aller Widerwärtigkeiten  
und Schmähungen ist der „Königlich preussische Gewerkverein“ doch rich-  
tunggebend geworden und geblieben für die gewerkschaftliche Organi-

sierung der gesamten Arbeiterschaft in den kommenden Jahrzehnten. Alle diese Vorgänge, die am Hauptsitz des Verbandes die Wogen häufig genug mächtig emporbranden ließen, lösten in den Gauen dank der ausgezeichneten Organisation keine schweren Krisen mehr aus. Man hatte gelernt, der selbstgewählten Leitung unbedenklich zu vertrauen und fuhr nicht schlecht dabei. Die Kurve der Entwicklung blieb stetig eine steigende.

Der neunte Sahtag fand erst am 5. April 1885 in Stettin statt. Anwesend waren 32 Delegierte, die 534 Mitglieder vertraten. Änderungen des Saureglements auf dem Gebiete der Verwaltung wie der Unterstützungszweige machten sich notwendig, daneben nahm aber jetzt die Behandlung der tariflichen Verhältnisse zu, die sich mit der Mehrung der Mitglieder und der Druckorte immer mannigfaltiger gestalteten und zu ihrer Meisterung zielbewußter Behandlung bedurften. Die nunmehr in Druck vorliegenden Jahresberichte geben ein prächtiges Bild von dem Gedeihen des Gaus, namentlich durch ihre übersichtlichen Rechnungsabschlüsse der Bezirke sowohl wie der Gaukasse.

Die im Jahre 1886 stattgefundene Revision des Tarifs brachte für die Gesamtheit der Gehilfenschaft eine Verbesserung der tariflichen Bestimmungen. Leider wirkte sich die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker zurzeit immer noch so aus, daß den Gehilfen allein die Kosten der Durchführung des Tarifs verblieben, während die Prinzipale sich in erheblichem Maße teils gleichgültig, teils ablehnend dazu verhielten. Das ganze rheinisch-westfälische Gebiet, das schon 1878 Sondertänze der Prinzipalität aufwies, löste sich von der Tarifgemeinschaft los und setzte für sich einen Sondertarif mit erheblich geringeren Lohnsätzen fest. Das hatte natürlich zur Folge, daß schwere Tariffreitigkeiten entstanden, bei denen die Gehilfenschaft der leidende Teil war. Eine große Schar von Arbeitslosen ergoß sich ostwärts und bevölkerte die tarifstreuen Druckorte und nebenbei versuchte auch ein großer Teil der Marke ND. durch Abwanderung der aufgehenden Sonne entgegen zu ernten, wo sie nicht geackert und gesät hatten. — Die Inanspruchnahme der Allgemeinen Kasse des UvDB war dadurch eine recht erhebliche und konnte nur durch die nie versagende Buchdrucker-Solidarität ausgeglichen werden. Der Kampf im Rheinland, bei dem rund 1000 Verbandsgehilfen ins Gefecht gingen, kostete der Allgemeinen Kasse rund 25000 Mark!

Im Odergau war der Erfolg der Tarifkommission kein schlechter; der Bericht des Gauvorstandes und der Bezirksvorstände spricht sich nicht unbefriedigt über das Ergebnis aus. Bis auf die eingefleischten Tarifgegner fand der Tarifgedanke doch schon viel Verständnis und offene Geldbeutel.

Andererseits waren es aber doch 62 Mitglieder, denen die Unterstützung nach § 2 gezahlt werden mußte, abgesehen von denen, die im weiteren Verlaufe auf dem kalten Wege ihrer Plätze verlustig gingen oder ihrer Tariffache untreu wurden, bzw. abreißen. Der Mitgliederstand belief sich am 1. Januar 1887 auf 415 in 67 Orten – in zwei Jahren also wieder einmal ein Verlust von über 100 Seelen.

## Don 1887 bis 1896

Der Polizeifinger. – Don Stuttgart nach Berlin. – Der Neunstundenkampf. – Geschlagen. – UvDB als Vogel Phönix. – Neue Tarifverhandlungen.

Die vorher kurz berührten Drangsalierungen unserer Kassen machten eine außerordentliche Generalversammlung notwendig, die schließlich vom 13.–15. März 1888 in Hamburg den Weg zur Sicherung der Kassenverhältnisse fand und damit unsere gewerkschaftliche Organisation und noch einiges andere mehr vor dem Untergange bewahrte. Hierdurch wurde die Abhaltung eines Sautages erforderlich, der am 18. September 1887 in Stettin stattfand und 23 Vertreter vereinte. Die bezüglich der Kassenmaßnahmen gepflogenen Beratungen mußten aber nur akademische Erörterungen bleiben, da ja den Hamburger Beschlüssen nicht vorgegriffen werden durfte. Ziemlich einhellig wurde aber wieder die jährliche Abhaltung von Sautagen beschlossen; die Ueberzeugung hatte sich doch durchgerungen, daß jährlichen Sautagungen ein größerer agitatorischer Wert innewohnt, da die Beratung der vorliegenden Anträge, Delegiertenwahlen und Berichterstattung der Bezirke immer einiges erhöhteres Leben in die Bude brachten. Der 1887er Sautag brachte auch einen Wechsel im Amt des Sautagvorstehers. Kollege Gustav Reinke, der dieses wichtige Amt seit 1874 stets nur in selbstloser Weise und kollegialem Sinne bisher verwaltet, lehnte aus Gesundheitsrücksichten eine Wiederwahl bestimmt ab. Der Sautag ehrte den scheidenden Kollegen durch ehrenvolle Anerkennung seiner bisherigen Tätigkeit. Zu seinem Nachfolger wurde Gustav Malkewitz gewählt. – Das Jahr 1888 wurde dann auch für den Odergau von weittragender Bedeutung. Ohne irgend einen erkennbaren Einfluß wurde plötzlich unterm 23. Februar vom Polizeipräsidium dem Sautagvorstande jede weitere Betätigung des Odergauvereins untersagt und unter Strafansdrohung gestellt. Als Grund wurde die Ablehnung des Geschäftsbetriebes des UvDB in Preußen seitens des Regierungspräsidenten von Hannover angegeben. Sofort eingeleitete Schritte zur Aufhebung dieser Verfügung blieben zunächst erfolglos. Erst

durch die Vermittelung des Berliner Gauvorstandes über das Polizeipräsidentium in Berlin gelang die Aufhebung, der Geschäftsbetrieb wurde dem Odergau am 29. Mai wieder freigegeben. Inzwischen war, um allen Weiterungen aus dem Wege zu gehen, die Tätigkeit des Odergaues eingestellt und die Bezirksvorsteher mit der Sachlage bekannt gemacht. Die erzwungene Ruhepause erstreckte sich über 6 Wochen – die Krise war behoben, der Patient befand sich wieder in form. – Die Uebersiedelung des Uddb brachte eine Neubesehung des Zentralvorstandes mit sich, da die Stuttgarter Kollegen eine Uebersiedelung nach Berlin ablehnten. Vorsitzender wurde Emil Döblin, dessen große Verdienste um die Gewerkschaftsbewegung der Buchdrucker in aller Welt bekannt sind, und dem nach dreißigjähriger segensreicher Amtstätigkeit erst der große Bezwinger Tod das Steuer unseres Verbandsschiffes aus der Hand gewunden. Die Zentralinvalidenkasse verblieb zunächst in Stuttgart, da nach Rücksprache mit den Behörden bei einer Ueberführung der Kasse nach Berlin die Wirksamkeit der preussischen Geseze auf sie geltend gemacht werden müßte, d. h. es würde der Nachweis der versicherungstechnischen Lebensfähigkeit verlangt werden, was zweifellos mit einer erheblichen Beitragserhöhung für die Mitglieder verknüpft gewesen wäre.

Eine Tarifrevision brachte wohl die festsetzung von Lokalzuschlägen für eine Anzahl bisher nicht berücksichtigter Druckorte neben sonstigen geringfügigen Verbesserungen einzelner Tarifbestimmungen, besserte aber die Tarifverhältnisse im Gau keineswegs, da eine maßlose Lehrlingszucht und damit hand in hand gehende Schleuderkonkurrenz eine Erhöhung der Löhne fast aussichtslos machte. Von Tariskämpfen wurde deshalb auch Abstand genommen, es wäre eine zwecklose Benachteiligung unserer Unterstützungsfonds geworden.

Der elfte Gautag fand erst wieder am 21. April 1889 in Spandau statt und war von 23 Delegierten beschickt. In ausgiebiger Aussprache beschäftigte sich derselbe mit der Möglichkeit, der Organisation neue Mitglieder zuzuführen und unter den vorhandenen manche inzwischen eingerissenen Mißstände, namentlich das Ueberstundenwesen, abzuschaffen. Die frage der Tarifverbesserung nimmt gleichfalls einen breiten Raum ein und vor allem ist es Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden, der hier erstmalig das Wort geredet wird. Die Mitgliederzahl befindet sich jetzt leider andauernd auf rückläufiger Linie, am 1. Januar 1888 waren es 368, Ende des Jahres nur noch 346 in 57 Orten. Ein neues Moment – nicht vom Gautage – wurde in das Vereinsleben der Mitgliedschaften hineingetragen und hat verschiedentlich viel Aufregung verursacht: Der

Streit um die Korrespondentredaktion. Ein größerer Teil der Mitgliedschaften war mit der Schriftleitung Hürtels nicht mehr einverstanden. Die politische Entwicklung der achtziger Jahre hatte auch die Buchdrucker erfaßt, die Sturmgeister in der schwarzen Kunst fanden sich durch die altväterische Schriftleitung Hürtels nicht genügend berücksichtigt und so forderte man dessen Entfernung. Der Ausgleich brachte den Eintritt Gaschs, der zur Zeit Beisitzer im Hauptvorstande in Berlin war, in die Redaktion als Gleichberechtigten neben Hürtel. In der Verbandsgeschichte wird die Episode Gasch wohl einen größeren Raum einnehmen, die Leser seien darauf verwiesen.

Vom 11.–14. September 1889 tagte die Tariskommission im Odergau – in Stettin. Ihre Tagung war beachtenswert. Zwar wurden die Gehilsenanträge auf Verkürzung der Arbeitszeit und Abschaffung des Berechnens abgelehnt, aber neben der Erhöhung der Ueberstundenbezahlung und des Lokalzuschlages für 32 Orte um 5% und fünf Orte um 2½% wurde die Dauer der Geltung des Tarifs auf zwei Jahre festgelegt. ferner wurde beschlossen, daß die tariftreuen Prinzipale nur Gehilsen einstellen sollten, die nachweislich in tariftreuen Druckereien gearbeitet und ausgelernt hatten, mit Geltung vom 1. Oktober ab. Leider galt dieser Beschluß nur einer „Resolution“, die man zur Einführung des Tarifs für notwendig hielt. Der Deutsche Buchdruckerverein versagte ihr auch rundweg die Gefolgschaft. Die beiden Jahre des Tariffriedens sollten nun zur nachdrücklichsten Werbung neuer Mitglieder genützt werden; man war sich darüber keinen Augenblick im Zweifel, daß die nächste Tarifverhandlung der Verkürzung der Arbeitszeit gewidmet sein und daß die Ablehnung derselben den Kampf bringen würde.

Am 1. Oktober fand wiederum ein Wechsel im Gauvorsteheramt statt. Kollege Malkewitz, der Redakteur der Pommerischen Reichspost – Organ des pommerischen Funkertums – war, lehnte eine Wiederwahl aus Arbeitshäufung ab. Er hatte wohl empfunden, daß seine politische Einstellung sich nicht mehr mit einem führenden Posten in der modernen Arbeiterbewegung vertrug. Er wurde durch den Kollegen Both ersetzt. Zu gleicher Zeit trat Emil Duchateau sein Amt als Schriftführer des Odergaus an; seine Erwählung geschieht deshalb, weil seine Persönlichkeit ein ruhender Pol in der Erscheinungen flucht im Gauvorstande wurde. Er ist noch heute der Schriftführer des Odergaus. Die Mitgliederziffer zeigte am Ende des Jahres wieder einmal eine kleine Steigerung – um fünf Mitglieder, es waren im Gau jetzt 351 Kollegen Mitglieder des UDB.

Die Tätigkeit der Prinzipale wurde aber auch eine lebhaftere. Die Zusammenfassung in den Sektionen der Buchdrucker-genossenschaft brachte ganz von selbst eine organisatorische Tätigkeit und nähere Berührungspunkte mit sich. Es kann nicht bestritten werden, daß ein großer Teil der Prinzipalität auf dem Gebiete der Tariftgemeinschaft durchaus den gesunden Gedanken der gemeinsamen Betätigung vertrat. Der Umstand war nur der, daß die Herren nichts von einer Verbesserung der Löhne oder gar von einer Verkürzung der Arbeitszeit wissen wollten. Unter der stetig bohrenden Treiberei der Rheinisch-Westfälischen Prinzipalität – Sektion und Tariftkreis II – die schon seit 1886 ihren eigenen niedrigen Tarif hatte, glaubten sich auch die übrigen Sektionen des Buchdruckervereins für befugt, auf diese Plattform herabzusteigen und auf ihr eine Tariftgemeinschaft mit der Gehilfenschaft zu verankern. So war also Stoff in Fülle und Fülle für organisatorische Arbeit im Gau gegeben. Das Jahr 1890 brachte eine lebhaftere Tätigkeit. Eine Reihe von Maßregelungen setzte ein und vor allem eine mehr oder weniger geschickt bemäntelte Abschiebung von Verbandsmitgliedern. Dieses Vorgehen der Druckherren hat noch immer seinen Erfolg gezeitigt, er blieb auch hier nicht aus, der Jahres-schluß verzeichnete eine Mitgliederzunahme um 73 Kollegen! Der Gesamtbestand der Mitglieder des UvDB im Odergau war 424. Mitbestimmend war hierbei aber auch die allgemeine politische Lage. 1888 war mit dem Tode Wilhelms I. zugleich ein System ins Grab gesunken, das wie ein beängstigender Alp alles öffentliche Leben unter Druck gehalten und vergiftet hatte. Das Jahr 1890 brachte mit seinen fälschlingswahlen der Sozialdemokratie 44 Mandate zum Reichstag, das Sozialistengesetz fiel und der Pariser Sozialistenkongreß hatte die feier des 1. Mai als Demonstration für die Erringung des achtstündigen Arbeitstages beschlossen – so war es kein Wunder, daß sich der Arbeiterschaft im allgemeinen und der Buchdrucker im besonderen eine kampffrohe Hoffnungsstrebendigkeit bemächtigte, die wieder ein reges Vereinsleben zeitigte. Die in Aussicht stehende Generalversammlung des UvDB nötigte zur Abhaltung des Gautages, zudem war sich die Gehilfenschaft darüber klar geworden, den Tarif zu kündigen. Es lag also eine Stimmung vor, die sich am besten in die Worte kleiden läßt: große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus! (450 Jahrfeier der Buchdruckerkunst.)

Der zwölfte Gautag fand am 29. März 1891 in Frankfurt a. Oder statt; neben der Berichterstattung und den notwendig gewordenen Verwaltungsnützlichen Änderungen des Saureglements nahm die Aussprache über die Tarifverhältnisse den breitesten Raum ein. Einstimmig

wird zum Beschluß erhoben: Der Gauvorstand beauftragt das Gehilfenmitglied der Tariffkommission für die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit zu stimmen und werden die Mitglieder des Oderganes mit allen gesetzlichen Mitteln dieselbe einzuführen streben. Noch zwei andere bemerkenswerte Anträge beschäftigten den Sautag ausgiebig: die Einführung des Korrespondentobligatoriums und die Teilung des Oderganes in einen pommerischen und einen märkischen Gau. Sie wurden beide abgelehnt, blieben aber von da an auf den Tagesordnungen der folgenden Sautage ständig zu Gast.

Die im Reiche stattgefundenen Landsmannschaftstagungen der Sachsen in Chemnitz, der Brandenburger in Berlin, der Thüringer in Halle, der Bayern in Regensburg, der Rheinländer in Düsseldorf wurden großzügige Kundgebungen von ungeahntem Schwung und schürten das Feuer der Begeisterung zur lodernnden Flamme an! Das fünfundzwanzigjährige Bestehen des Verbandes gab gleichfalls Veranlassung, den Geist der Gehilfenschaft emporzuheben durch entsprechende nachhaltig wirkende feiern und die dazu bereitgestellten Festschriften, in Korrespondentartikeln und Sonderdrucken. Die am 23.—26. Juni in Berlin tagende Generalversammlung war vom gleichen Geiste beseelt und beschloß zur Stärkung der Kriegskasse einen Extrabeitrag von 50 Pfg. pro Woche. Aber auch die Prinzipale rüsteten. Mit engstirniger Zielsicherheit bauten sie ihre Verteidigungswerke und warben sich ihre Bundesgenossen Marke ND. für sie galt wieder als Haupttrumpf die Zertrümmerung des Verbandes, damit sie die Gehilfenschaft wieder unter ihre Botmäßigkeit zwingen konnten und ihnen ein Tarifgebilde aufnötigen durften, in dem sie der bestimmende Teil blieben. Ein weiterer Bundesgenosse erwuchs ihnen in der Vereinigung der Deutschen Verlagsbuchhändler, die sich den Großdruckereien gegenüber verpflichteten, alle nicht dringend notwendigen Druckaufträge zurückzuhalten; erhofften doch auch sie von einem Niederringen der Gehilfenschaft billige Druckpreise! Eins war klar, der Sieg der Buchdrucker in dem Neunstundenkampfe wurde zum Siege der gesamten Arbeiterschaft. Die Rückendeckung der Prinzipale war das gesamte Unternehmertum mit dem ihm zur Verfügung stehenden Kapital, während auf der Gehilfenseite neben den eigenen mageren Kassen nur der unverflegbare Idealismus und die mit gleicher Begeisterung gereichten Unterstützungen der übrigen Arbeiterschaft die letzten Reserven darstellten. Die Prinzipalität konnte in ihrem Machtkittel die entscheidenden Verhandlungen gar nicht erwarten, sie begann den Kampf schon vorher als Guerillakrieg, indem sie ihre Personale von Verbandsmitgliedern freimachte

und an deren Stelle ND verpflichtete unter der vertraglichen Bedingung, an keiner Lohnbewegung teilzunehmen. Die Vertrauensleute des Verbandes waren natürlich die ersten, die auf der Straße saßen.

Am 6. Oktober trat in Leipzig die Deutsche Tariskommission zusammen, nachdem am Abend vorher eine von 2000 Leipziger Buchdruckergehilfen besuchte Allgemeine Buchdruckerversammlung einstimmig den Beschluß gefaßt hatte: „für den fall der Ablehnung der Gehilfenanträge fordern die Leipziger Buchdrucker die Leitung der organisierten Gehilfenschaft auf, unverzüglich alle zur Verwirklichung der Gehilfenforderungen notwendigen Maßnahmen zu treffen!“ Das bedeutete: Krieg! Die Prinzipale boten gegenüber der Lohnforderung der Gehilfen von  $12\frac{1}{2}\%$  Erhöhung des gewissen Geldes und Erhöhung der Lokalzuschläge für Berlin, Leipzig und Dresden auf  $33\frac{1}{8}\%$  eine Lohnerhöhung von  $7\frac{1}{2}\%$  auf drei Jahre; die Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden einschließlich einer halben Stunde Pause, lehnten sie glatt ab. Die weiteren Verhandlungen blieben ergebnislos, auch der Rückzug der Gehilfen auf  $9\frac{1}{2}$  Stunden und  $5\%$  Erhöhung der Löhne fand keine Gegenliebe, die Prinzipale brannten eben auf den Kampf. Die seitens des Prinzipalsvorsitzenden abgegebene Erklärung, daß nach Zerschlagung der Verhandlungen der bisher bestehende Tarif auch weiter die Grundlage für die Entlohnung der Gehilfen bleiben sollte, hatte nur den Zweck, die Einstellung von ND und deren Bezahlung als tarifmäßigen Zustand zu legalisieren. Die Erklärung des Gehilfenvorsitzenden dagegen sollte verhindern, daß die von den Prinzipalen angeworbenen Hilfsgruppen sofort zum Einsatz gebracht werden konnten. Ein sofortiger Streik sollte unter allen Umständen verhütet werden, weil damit den Wünschen der Prinzipalität entgegengekommen wäre. Die Gehilfenerklärung hatte auch noch den Zweck, daß das Bestehende erhalten bleiben sollte als die Grundmauern, auf denen man sich später vielleicht wieder häuslich und verträglich einrichten konnte, wenn der Kampf alle oberirdische Kultur in Scherben geschlagen haben würde.

Das einsetzende Vorgehen der Prinzipale mit Maßregelungen der Verbandsmitglieder machte indes ein weiteres Zuwarten der Gehilfenschaft unmöglich, und so wurde seitens der letzteren dann am 24. Oktober die Kündigung eingereicht. Zwei Tage vorher hatte der Vorsitzende der Gehilfenvertreter, Kollege Riedel, sein Amt niedergelegt, die übrigen Gehilfenvertreter in der Tariskommission folgten seinem Beispiel – damit war also gehilfenseitig die Aufhebung der Tarifgemeinschaft ausgesprochen. Am 7. November standen 10000 Buchdrucker im Streik, während

3000 Kollegen die Forderungen bewilligt waren. Während der Kampf seitens der Gehilfen mit einer bewundernswerten Einmütigkeit und Solidarität geführt wurde, bediente sich die Prinzipalität aller Mittel, die unter der Sammelmarke „unvornehm“ nur denkbar waren. Die Gerechtigkeit ihres Standpunktes gegenüber den Gehilfenforderungen war ihnen doch wohl eine zu unzuverlässige Waffe, als daß sie ihr allein vertraut hätte, man griff zum Dolchstoß von hinten und hezte die Obrigkeit auf die Unterstützungskassen der Gehilfen. Mit Hilfe eines Rechtsbeistandes mußten die abtrünnig gewordenen „Kollegen“ die Sicherung ihrer Ansprüche an die Kassen des UvDB geltend machen und bereitwilligst wurde dieser Anregung Folge gegeben. Zunächst wurde die Zentral-Invalidenkasse gesperrt und dem Zugriff des Vorstandes entzogen, dann wurde die Erhebung von Extrasteuern und Auszahlung von Streikunterstützung verboten! Als ob man Buchdrucker mit derartigen Wortspielereien schrecken könnte! Nach zehnwöchigem Streik mußte wegen Verfassens der Unterstützungsmöglichkeiten der Kampf abgebrochen werden, nachdem eine Konferenz der Gehilfenleitung die Unmöglichkeit der Weiterführung festgestellt hatte. Zwischen den Vertretern der Ausstandsleitungen wurde die Wiederaufnahme der Arbeit durch die Unterzeichnung nachstehenden Abkommens herbeigeführt:

1. Der Streik ist in ganz Deutschland beendet; 2. die Arbeit wird zu den alten Bedingungen, d. h. zu dem Tarif vom 1. Januar 1890 in ganz Deutschland aufgenommen; 3. der Tarif vom 1. Januar gilt weiter und wird solange als gültig anerkannt, bis eine andere Vereinbarung zwischen Prinzipalität und Gehilfenschaft geschaffen ist.“

Außerdem war in dieser Sitzung das Festhalten an der Tarifgemeinschaft, deren Form einer besonderen Besprechung vorbehalten bleiben sollte, beschlossen worden. Das war sicher kein endgültiger Zusammenbruch der Gehilfenschaft und wenn auch das zusammengeballte Kapital hellaufjubelte über die Niederlage, es gab auch auf der Siegerseite hervorragende Köpfe, die über den Kampf anders dachten, als die große Masse der Geldspießer. So schrieb wenige Jahre danach der Sozialpolitiker Fritz Tiedemann:

„Die große Menge des unbeteiligten Bürgertums war gegen die Arbeitszeitverkürzung deshalb eingenommen, weil diese Forderung gerade damals das Haupt Schlagwort der Sozialdemokratischen Partei war, sie galt als unbedingt sozialdemokratisch – also als verwerflich. So kam alles zusammen, um den großen Kampf unglücklich enden zu lassen. Die Partei der Gehilfen trug größtenteils selbst die Schuld an ihrer Niederlage und hat deshalb keine Veranlassung, andere anzuklagen, vor allem nicht die Prinzipale, welche im Siege nur die Frucht ihrer größeren Klugheit ernteten. Aber diese Einsicht darf nicht die Beurteilung der

Gehilfenforderung selbst beeinflussen und Deutschland tat Unrecht daran, wenn es verständnislos aufjubelte, als eine Sache unterlag, wie sie gerechter wohl selten verfochten worden ist."

Solche Worte dürfen nicht der Vergessenheit anheimfallen, sie bleiben um so beachtenswerter, als das Unternehmertum sich alle erdenkliche Mühe gibt, alle Lehren aus den bisherigen Kämpfen mit der Arbeiterschaft gründlichst zu vergessen. — Die dem UDB zufallenden Kosten dieses Kampfes beliefen sich auf zweieinhalb Millionen Mark, zu denen das Ausland hunderttausend Mark beigesteuert hatte, die englischen Maschinenbauer allein vierzigtausend Mark. Schwerer aber als dieser geldliche Verlust wog die Tatsache, daß sich weiter Schichten der Gehilfenschaft ein Kleinmut und eine Gleichgültigkeit bemächtigte, die jede Hoffnung auf Besserung in unabsehbare ferne rückte. So „vornehm“ die Prinzipalität den Kampf geführt, nützten sie auch ihren Sieg. Reduzierung bisher bezahlter Ubertarifslohne, schwarze Listen, Austritt aus dem Verbandsverbande und sonstige Liebenswürdigkeiten, die dem Brotgeber seinem Arbeiter gegenüber immer zu Gebote stehen, machten den unterlegenen Tariskämpfern das Leben schwer. Aber die Grundpfeiler der Gehilfenorganisation, Kollegialität und Solidarität, konnten die Prinzipale nicht erschüttern, und mit ihrer Hilfe vernarbten die Wunden aus diesem heldenmütigen Kampfe, der bis heute noch keine Neuauflage erlebt hat. Der tapfere Bundesgenosse der Prinzipalität, die Obrigkeit, erhielt auch den ungemessenen Anteil an der Siegesbeute: Bei jeder folgenden Reichstagswahl flogen in immer dichteren Schwärmen die roten Wahlzettel in die Urnen, und die Partei des Volkes, die Sozialdemokratie, schwang sich zur Partei der größten Stimmenzahl im Parlament empor!

Wie aller Orten, war die Bewegung auch im Odergau, namentlich in Stettin, mit größter Begeisterung unternommen. Einzelne wenige Druckereien hatten vorweg die Forderungen der Gehilfen bewilligt — nach Beendigung des Kampfes wurden diese Bewilligungen teilweise wieder zurückgezogen. Die als Gegner des Tarifs bekannten Druckereien, in welche immer wieder von neuem Mitglieder zur Eroberung der hart bewehrten Festen eingetreten waren, säuberten restlos ihre Kunstempel von den Tariskämpfern, so Crowsch in Frankfurt, Struck in Stralsund, Neumann in Neudamm, teilweise blieben die Mitglieder stehen oder kehrten bald wieder an ihre alten Fleischtöpfe zurück und mußten deshalb ausgeschlossen werden. Einen bitteren Beigeschmack erhielt der Kampf in Stettin, wo sieben Firmen bewilligt hatten und weitere Bewilligungen zu erkämpfen gewesen wären, wenn nicht größere

Belegschaften fahnenflüchtig geworden und an ihre verlassenen Plätze wieder zurückgekehrt wären. Leider war ein erheblicher Teil dieser Kollegen bisher in der Gewerkschaft an führender Stelle tätig gewesen: Derartige moralische Schläge werden meist schwerer verwunden als materielle Verluste und sind auch schwerer auszugleichen, weil sich das alte Vertrauen nicht so leicht wieder einstellen kann. Der größte Teil davon hat sich bei den nachmaligen Amnestien wieder in den Verband zurückgefunden, sie mögen ungenannt bleiben!

Die Mitgliederzahl verringerte sich erheblich. Das Jahr 1891 hatte mit 424 Kollegen begonnen, es schloß mit 367, trotzdem 44 Austritte und 59 Ausschließungen zu verzeichnen waren. Die Prinzipale sorgten bald wieder dafür, daß das Interesse an der Hilfsorganisation nicht erstarb. Anfang April 1892 bereits beabsichtigten sie ihrerseits die Einführung einer neuen Tarifgemeinschaft, wie sie sie verstanden. Die Hilfsorganisation des UDB verhielt sich zunächst jeder Mitwirkung gegenüber ablehnend. Als sie dann aber aus taktischen Rücksichten sich an der Wahl der Hilfsvertreter beteiligte und nur Verbandsmitglieder gewählt wurden, verloren die Druckherren mit einem Male wieder den Geschmack an einer Tarifgemeinschaft. Sie beteiligten sich aber in anderer Weise verbandsschädigend, indem sie neue Unterstützungskassen für ihre Personale begründeten und der UDB-Organisation „Gutenbergbund“ zum Leben verhalfen. Auch damit konnten sie ihr Ziel: Zertrümmerung der Hilfsorganisation nicht erreichen, aber diese gelben Werksgebilde haben doch viele Jahre wie ein Bremskloß vor der freigewerkschaftlichen Organisation gelegen und ihr Vorwärtsdringen erschwert. Wenn auch die Gegenwart sie zu völliger Bedeutungslosigkeit verurteilt hat, sie sind eben leider noch vorhanden und werden auch bei der Schwerfälligkeit des Begriffsvermögens der Masse Mensch so bald nicht verschwinden.

In der Verwaltung des Oderganges brachte das Jahr 1892 einen großen Wandel. Kollege Both legte sein Amt als Gewerkschaftsvorsteher nieder, weil er in der sich auswachsenden Lage glaubte, nicht mehr der rechte Mann für den Posten zu sein. An seine Stelle trat Kurt Nathusius, der sich von vornherein als auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehend bekannte. Die beiden Beamten des Kasserverwalters und Hilfskassierers wurden durch Emil Buchholz und Wilhelm Billa neu besetzt. Letzterer ist wohl der Mehrzahl aller Gewerkschaften im Laufe der Zeit persönlich bekannt geworden. Der wackere Kämpfer waltet heute noch seines Amtes an erster Stelle. Der abzuhaltende Gewerkschaftstag wurde trotz der abzuhaltenden Generalversammlung nicht einberufen, weil die Ausgaben

dafür der durch den Kampf geschwächten Baukasse nicht auferlegt werden konnten. Die Berichterstattung über die durchgeführte Lohnbewegung wurde den Mitgliedern durch einen umfangreichen gedruckten Bericht übermittelt, der ersten Amtstätigkeit des neuen Bauvorstehers, in der er für die Personen und Verhältnisse der Vorzeit recht herzhafte Töne anschlug. — Der Spätsommer brachte dann am 31. August in Stettin doch noch die Abhaltung eines außerordentlichen Sautages — des dreizehnten — der sich mit dem Ergebnis der Generalversammlung des UvöB zu beschäftigen hatte. Leider entsagten sich bei den notwendigen Rückblicken auf die verlorene Bewegung recht unerquickliche persönliche Reibereien die dem kollegialen Frieden nicht förderlich sein konnten, der doch so bitter not tat. Die Brandenburger Kollegen hatten den Antrag auf Teilung des Saues wiederum eingebracht, ihre Begründung hatte aber an Durchschlagskraft nicht gewonnen, das Ergebnis war darum auch die Ablehnung der Teilung. Der Sautag erklärte sein Einverständnis mit den Beschlüssen der Generalversammlung betr. Auflösung der Kranken- und Invalidenunterstützungskasse und übernahm die dadurch erforderlichen verwaltungstechnischen Arbeiten. Im Einvernehmen mit dem Hauptvorstande und dem Bauvorstande in Berlin wurde der Bezirk Pankow (Charlottenburg, Rixdorf, Schöneberg, Steglitz) und alle 10 Kilometer im Umkreise Berlins gelegenen Orte zum Bau Berlin geschlagen. Das hatte für die betreffenden Kollegen eine recht erfreuliche Seite, dem Obergau erwuchs aber dadurch ein Verlust von 60 Mitgliedern, die aus dem Hinterlande wieder zugeworben werden mußten. Die Zahl der Bezirke wurde auf sieben herabgesetzt, da die Mitglieder in vielen Orten sich verflüchtigt hatten. Im übrigen trat die nie versagende unermüdliche Kleinarbeit wieder in ihre Rechte, die uns aus tiefster Not immer wieder emporgeführt und unsere gewerkschaftliche wie politische Arbeiterbewegung groß und stark gemacht und jederzeit schlagkräftig erhalten hat.

Inzwischen war der Vorstand in Berlin nicht untätig geblieben. Vor allem mußte dafür gesorgt werden, daß unser Unterstützungswesen dem Eingriff des Polizeifingers ein für allemal entzogen wurde. Wohl hatte der Einspruch des Vorstandes gegen diese polizeilichen Maßnahmen den Erfolg gehabt, daß die letzteren als ungesetzlich erklärt und aufgehoben wurden, aber im gegebenen richtigen Augenblick stand doch das Recht hinter der Gewalt! Die Generalversammlung des UvöB, die vom 28. Juni bis 2. Juli 1892 in Stuttgart tagte, machte reinen Tisch; sie beschloß, kurzerhand den UvöB und mit ihm alle zugehörigen Kassen aufzulösen und setzte an seine Stelle wieder den Verband der Deutschen

Buchdrucker, der aus seiner Allgemeinen Kasse alle die bisher gezahlten Unterstützungen weiter leisten sollte, ohne indes den Mitgliedern einen Rechtsanspruch darauf zuzugestehen. Die notwendigerweise zu erhaltende Stubenreinlichkeit machte diese Maßnahme unabwendbar und die Mitgliedschaft brachte ihr auch das erforderliche Verständnis entgegen, sie legte dieser grundlegenden Umgestaltung der Buchdruckerorganisation ihrerseits keine Schwierigkeiten in den Weg. Die Regierung dokterte auch wieder einmal an ihrer Sozialgesetzgebung herum, ihr neues Krankenkassen (Hilfskassen-) gesetz hätte sowieso auch eine Fenderung unseres Krankenunterstützungswesens nötig gemacht. Etwas anders gestaltete sich der Invalidenunterstützungszweig; hier hatten wir's ja aber schon mit einem gesonderten Kassenzweig zu tun, dessen Abbau auf völlig legalem Wege vor sich gehen konnte und auch ohne weitere Schwierigkeiten vor sich gegangen ist. Der vorhandene Kassenbestand verhiess nach Abwicklung der vorhandenen Erfordernisse noch einen erklecklichen Ueberschuß, der dem Verband zufallen mußte.

So waren also wieder die Grundlagen geschaffen, auf denen eine gesunde gewerkschaftliche Entwicklung unseres Berufes fußte und auf denen der künftige Aufbau vollzogen werden konnte. Die Freiheit der Organisationsmöglichkeit löste auf beiden Gebieten der Arbeiterbewegung ein kräftiges Emporblühen aus. Wenn die Buchdrucker auch von der damals aufsteigenden Form des Syndikalismus und der Lokalorganisation verschont geblieben sind, so brach doch durch das Schlagwort: „Hie Partei, hie Gewerkschaft“ auch im graphischen Gewerbe eine unselige Spaltung herein, die uns lange Jahre in unerquicklichen Auseinandersetzungen gegenseitig verbitterte und manchen Erfolg schmälerte. Der Hezenkessel dieser Bewegung war in der Hauptsache Leipzig, wo Gasch seine Stellung als Korrespondent-Redakteur derart mißbrauchte, daß er den Verbandsvorstand und seine Maßnahmen in der unerträglichsten Weise anfeindete und herabsetzte, was ja schließlich nach vielen vergeblichen Versuchen, ihn wieder zur Vernunft zu bringen, seine Entfernung aus der Redaktion zur Folge haben mußte. Die von ihm begründete Gegenorganisation und ihre Zeitschrift führten einige Zeit ein kärgliches Dasein und lösten sich wieder in Nichts auf. Der gesunde Kern der Buchdruckerorganisation vermochte aus eigener Kraft des Fremdkörpers wieder Herr zu werden. Die Wellen dieser Bewegung schlugen auch bis in den Odergau hinein und schufen unerquickliche Zustände, namentlich dort, wo Parteizeitungen am Platze waren, die sich nicht die notwendige Sachlichkeit in der Beurteilung der Buchdruckerhältnisse zu eigen machen konnten.

Der vierzehnte ordentliche Sautag des Odergaues fand am 25. März 1894 (Ostern) in Potsdam statt unter Teilnahme von 20 Delegierten. Die Mitgliederbewegung des Jahres 1893 ist aus dem Protokoll deselben nicht zu ersehen. Seine Hauptarbeit fand der Sautag in der Erledigung verwaltungstechnischer Maßnahmen. Die Berichterstattung über die tariflichen Verhältnisse stand noch unter den Nachwehen von 91/92 und es war durchaus verständlich, daß man den darüber gebreiteten Schleier nur ungern lüftete. Die erforderliche Atempause würde die Triebe neuen Erwachens von selbst wieder zu Tage bringen.

Am 14. April 1895 fand in Stettin der fünfzehnte Sautag in Anwesenheit von 26 Gehilfenvertretern statt. Hier findet sich auch wieder eine erwachende Mitgliederbewegung; dieselbe verzeichnet für Ende 1893 323 Mitglieder und Ende 1894 einen Zuwachs von 62 Kollegen, zusammen also 385 Mitglieder – es geht danach wieder vorwärts. Ein Antrag, die Sautage nur alle drei Jahre abzuhalten, wird abgelehnt, nachdem in lebhafter Aussprache darauf hingewiesen wurde, daß der agitatorische Wert der jährlichen Sautage gerade jetzt nicht zu unterschätzen sei, wo die bisherige Mutlosigkeit sich wieder hoffnungsfroher Zuversichtlichkeit unterzuordnen beginnt. Es blieb also bei den alten Bestimmungen. Auch dieser Sautag fand einen unharmonischen Ausklang in einer scharfen persönlichen Auseinandersetzung einzelner Vertreter.

Am 8. Dezember fand in Berlin eine Bezirksvorsteherkonferenz des Odergaues statt, veranlaßt durch die im November ebenda stattgefundene Gauvorsteherkonferenz des Verbandes, die sich mit den Prinzipalsmaßnahmen der letzten Zeit beschäftigte und ein Vorgehen auf tariflichem Gebiete in die Wege zu leiten wünschte. Letzteres wird von der Bezirksvorsteherkonferenz an Hand der Berichterstattung aus den einzelnen Bezirken abgelehnt und auf günstigere Zeit verschoben. Die nach vier Wochen in Halle a. S. tagende Gauvorsteherkonferenz empfahl nochmals einen tariflichen Vorstoß von Gehilfenseite unter Aufstellung bestimmter Forderungen – der Gauvorstand Oder ließ sich von seinem Standpunkt nicht abbringen, er verblieb auf dem Boden seiner Beschlüsse vom 8. Dezember. Die Gesamtlage war im Reiche nun aber doch so, daß das allerseits gewünschte Vorgehen nicht mehr von dem hartnäckigen Beharren eines einzelnen Gaus auf gegensätzlichem Standpunkt abhängig gemacht werden konnte. Der Hauptantrieb ging von Leipzig aus, wo schon im Februar 1896 in einer allgemeinen Buchdrucker-versammlung ein Vorgehen beschlossen wurde, das in zahlreichen Versammlungen im Reiche den genügenden Widerhall fand.

Fest wehte auch im Prinzipalslager anderer Wind. Die auf jener Seite erhofften Zustände hatten sich nicht eingestellt, die „Prätorianergarde“ brachte große Enttäuschungen, denn mit wenigen Ausnahmen verkörperte sie die gewerbliche Minderwertigkeit, für die die aufgewendeten Löhne noch viel zu hoch waren. Die Erfolge der Prinzipalskassen hinterließen auch keinen hoffnungsfrohen Ausblick für die Zukunft – ihr Mitgliederstamm rekrutierte sich in der Hauptsache doch nur aus Mußmännern. Dagegen hatten sich die gewerblichen Verhältnisse durch hemmungslose Lehrlingszüchterei und Schmutzkonkurrenz derart verschlechtert, daß bei allen einsichtigen Prinzipalen die Auffassung vorhanden war, daß ohne Mitwirkung der Gehilfenschaft eine durchgreifende Besserung der Gewerbeverhältnisse nicht möglich sei. Es fanden vorbereitende Besprechungen zwischen den Vertretern der Gehilfenschaft – Verbandsleitung – und denen der Prinzipale – Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins – statt, in denen am 11. März folgende Resolution beschlossen wurde, die als Unterlage für die weiter zu ergreifenden Maßnahmen zu gelten hatte:

„Der Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins erklärt sich bereit, dem Antrage der Gehilfenschaft auf Zusammentritt beiderseitiger Tarifvertreter zu entsprechen und werden zu den vorzunehmenden Wahlen, Beratungen und Beschlußfassungen mit den Gehilfenvertretern die folgenden Termine vereinbart:

1. Die erforderlichen Gehilfenvertreterwahlen werden durch das Einigungsamt des Gewerbegerichts zu Leipzig ausgeschrieben und sind durch Urwahlen bis zum 28. März zu erledigen;

2. Anträge für den Tarifausschuß sind bis zum 8. April bei dem Einigungsamt des Gewerbegerichts zu Leipzig einzureichen und hat die Veröffentlichung in der Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker und im Korrespondent durch die in Leipzig ansässigen Prinzipals- bzw. Gehilfenmitglieder des Tarifausschusses zu erfolgen;

3. Am 15. April tritt der Tarifausschuß der Prinzipale mit den gewählten Tarifvertretern unter Zulassung von je zwei Vorstandsmitgliedern des Deutschen Buchdruckervereins und des Verbandes der Deutschen Buchdrucker und zwei Nicht-Verbandsgehilfen, letztere sechs mit beratender Stimme, zu Verhandlungen in Leipzig zusammen;

4. Der Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins erklärt, den vereinbarten Tarif der Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins zur Annahme zu unterbreiten und soll der Tarif spätestens am 15. Mai d. Js. in Kraft treten.

Die anwesenden Prinzipale erklären für sich persönlich, in ihren Kreisen für eine mäßige Verkürzung der Arbeitszeit und eine Aufbesserung der Grundpositionen des Tarifs wirken zu wollen. Auch erklären sie sich bereit, die Prinzipalität von diesen Beschlüssen sofort in Kenntnis zu setzen und an dieselbe eindringlich das Ersuchen zu richten,

den gegenwärtigen Zustand bis zum Abschlusse der Verhandlungen als friedenszustand zu betrachten und keinerlei Maßregelungen an den Personalen vorzunehmen. Andererseits erklären die Gehilfenvertreter, dafür sorgen zu wollen, daß bis zu dem oben erwähnten Schlußtermin Ausstände oder sonstige gewaltsame Auseinandersetzungen nicht stattfinden.

Auf Grund dieser Vereinbarungen wurden die neun Gehilfenvertreter zum Tarifausschusse gewählt – natürlich die Kandidaten des Verbandes. Am 15. April fand die gemeinsame Beratung im Buchhändlerhause in Leipzig statt, die den Weg zur Verständigung fand; nach fünfjähriger Tarisanarchie konnten wieder neue tarifliche Bahnen beschritten werden. Die von der Leipziger Gehilfenschaft aufgestellten Forderungen wurden zu Gunsten der Einigung fallen gelassen, die Prinzipale gestanden eine Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde und eine  $2\frac{1}{2}$  % ige Erhöhung der Grundpositionen des Tarifs neben Regelung verschiedener Lokalzuschlagsunzulänglichkeiten zu. Als Einföhrungstermin wurde der 1. Mai 1896 bestimmt; eine Unterkommission regelte die geplante Tariforganisation und beschloß die Einrichtung des Tarifamtes für die deutschen Buchdrucker, die Einrichtungen von Schiedsgerichten und Arbeitsnachweisen und die Anstellung eines Tariffekretärs. Die aus diesen Einrichtungen erwachsenden Kosten sollten gemeinsam getragen werden und als tarifstreu sollte nur gelten, wer unterschriftlich seine Anerkennung des Tarifes dem Tarifamt übersandte. Die Gewerkschaft des Verbandes, der die verbandsseitige Genehmigung dieser Beschlüsse oblag, tagte am 18. April und gab ihre Meinung über die Sachlage der Gehilfenschaft in folgender Resolution kund:

„Die versammelten Vertreter der Gewerkschaft und des Vorstandes des Verbandes der Deutschen Buchdrucker haben den Bericht der Gehilfenvertreter zur Tarifberatung entgegengenommen und aus demselben mit Bedauern ersehen, daß den Erwartungen der Gehilfenschaft auf Besserstellung ihrer Lebenslage nur in sehr unvollkommener Weise seitens der Prinzipale entsprochen wurde. Wenn sie die Vereinbarungen dennoch als eine gegebene Tatsache hinnehmen, so leitet sie hierbei die Erwägung, daß die Prinzipalsbevollmächtigten in bestimmtester Form für die anstandslose und allgemeinste Durchführung des Tarifs mit seinen neuen Forderungen sich verbürgt haben. Einzig in der Aussicht, daß die neuen Bedingungen friedlich und ohne Opfer einer weit umfangreicheren Zahl von Kollegen zustatten kommen werden, als es beim bisherigen Tarif der Fall war, erblicken sie ein Äquivalent für den geringen Ausfall der Jugeständnisse. Es bewegt sie weiter hierzu die eingetretene Befestigung des prinzipiellen Widerstandes gegen die gemeindienliche Bestrebung der verkürzten Arbeitszeit. Endlich sehen sie den Anfang einer besseren Ordnung der gewerblichen Verhältnisse in der Beendigung der Rechtsunsicherheit des gültigen Tarifs. Die deutsche Gehilfenschaft wird erlucht, sich dieser Stellungnahme anzuschließen.“

## Die neue Tarifgemeinschaft. 1897 bis 1906

Sasch und die Gewerkschaft. — Der Tarif in der Provinz. — Ein ungetreuer Kassierer. — Tarifrevision.

Diese Auferstehung der Tarifgemeinschaft sollte für den Verband aber doch nicht ohne schwere Geburtswehen abgehen. Vorher schon wurde einmal erwähnt, daß sich aus der freieren Entwicklung der Arbeiterbewegung eine Gegenfähigkeit gegen die Buchdruckerorganisation eingefressen hatte, die sich jetzt in verstärktem Maße geltend machte. Und je geringer das Verständnis für die Entwicklung der Buchdruckerorganisation und die Belange des Berufes war, um so lauter war die Tonart, in der jene in Grund und Boden gestampft werden sollte. Gewiß, der Unterschied zwischen den Forderungen, welche die Leipziger Kollegenschaft aufgestellt und zu denen sich die übrige Gehilfenschaft bekannt hatte und dem schließlich Erreichten, war bei oberflächlicher Sicht ein ganz beträchtlicher. Reifliche Erwägung allen fürs und Wider mußte aber doch zu der Ueberzeugung leiten, daß hier in bester Absicht und größter Einsicht Vorteile errungen waren, deren Wirkung sich erst allmählich auswirken konnten. Man wollte aber keine Ueberlegung aufkommen lassen, man wollte herunterreißen, die verantwortlichen Vertrauenspersonen, die man selbst gewählt hatte, beschimpfen und als Verräter an der Arbeitersache brandmarken. Hatte sich früher bloß die politische Arbeiterpresse bereit gefunden die Wege des Buchdruckerverbandes — seine Ziele mußte sie ja selbst erstreben — hämisch zu bespötteln und abfällig zu verdächtigen, so war es jetzt der Kollege, der an dem Zustandekommen der fraglichen Beschlüsse persönlich beteiligt war, der an verantwortlicher Stelle als Redakteur des „Korrespondent“ die Prinzipien des Verbandes hochzuhalten die Pflicht hatte, der mit einer handvoll gleichniedrig Gesinnter die Gehilfenvertreter und die Verbandsleitungen in unerträglicher Weise durch den Kot zerrte und deren Beschlüsse verächtlich zu machen und die Verbandsmitgliedschaft zu offener Rebellion aufzupeitschen suchte. Und im Besitze des „Korrespondent“, der ihm gestattete, alle Aufklärungen und Richtigstellungen des Verbandsvorstandes einfach zu unterdrücken oder zu neuen Derunglimpfungen umzuformen, glaubte Sasch den Laden schmeißen zu können. Dagegen mußte natürlich eingeschritten werden.

Diese Verhältnisse führten zu einer neuerlichen Konferenz der Bezirksvorsteher des Oderganges, die zum 14. Juni 1896 nach Berlin zusammenberufen wurde. Nicht lange zuvor hatte eine Zusammenkunft der Gauvorsteher des Verbandes stattgefunden, in der vom Vorstande die Korre-

spondentverhältnisse an Hand des einschlägigen Materials genau überprüft und zur weiteren Erledigung vorbereitet worden waren. Nach Kenntnisaufnahme des Berichts dieser Zusammenkunft, den der Gauvorfteher den Bezirkskollegen vom Odehgau vorgelegt hatte, entwickelte sich eine umfangreiche Aussprache, an der sich auch der geladene und erschienene Verbandsvorsitzende wiederholt beteiligte. Das Ergebnis derselben war die einstimmige Annahme einer Entschliebung, die Gasch für sein verbandsschädigendes Treiben die schärfste Mißbilligung aussprach. Gleichzeitig wurden die Vertreter für die notwendig gewordene außerordentliche Generalversammlung gewählt.

Diese fand in den Tagen vom 16.–21. Juli in Halle statt und stellte sich in Bezug auf den abgeschlossenen Tarif mit großer Mehrheit (45:22) auf den Boden der gegebenen Tatsachen. Der Redakteur des „Korrespondent“, Gasch, wurde wegen seiner maßlosen, jeder Berechtigung entbehrenden Beschimpfungen der Gehilfenleitung einstimmig – bei einer Stimmenthaltung – seines Postens enthoben. Da sich die entfesselte Oppositionsgruppe schließlich als Sondergruppe mit eigenen Beiträgen und Kongressen zur Bekämpfung der ‚gehilfenverräterischen‘ Maßnahmen des Vorstandes und der Gehilfenvertreter im Verbande häuslich einzurichten suchte, blieb auch hier der Kaiserschnitt als Radikalkur übrig, die Außenseiter wurden aus dem Verbande ausgeschlossen! Der Stein war im Rollen und nicht mehr aufzuhalten; aber Gasch war bald nicht mehr der Wegbereiter seiner neuen Ideen, er wurde vom Strome, den er entfesselt, willenlos mitgerissen, um lehten Endes als einsamer Eigenbrödler in seinen trüben fluten unterzugehen! Es ward kein leuchtender Meteor, der in Nacht versank. – Die später – 1897 – begründete Buchdrucker-gewerkschaft, die alle aus dem Verbande ausgeschlossenen bzw. ausgetretenen Gaschianer auffing, konnte zu keiner Lebensfähigkeit kommen, sie löste sich 1903 wieder in ihre ursprünglichen Bestandteile auf, ihre Mitglieder kehrten wieder zum Verbande zurück, der ihnen weitestes Entgegenkommen zu teil werden ließ. – Als Korrespondent-Redakteur wurde Ludwig Kefhäufer gewählt, der viele Jahre einer der tüchtigsten Wegbereiter der Tarifgemeinschaft, mehr noch aber der wirksamen Ausbreitung der gewerkschaftlichen Interessen des Buchdruckerverbandes gewesen ist. Auch er erlag schließlich dem eigenartigen Leipziger Milieu, das die so schneidige Klinge mit der Zeit völlig zermürbte und aus dem Kampffeld für den Verband der Deutschen Buchdrucker für immer ausschied.

Auch dem Odehgau ist die Gaschepidemie nicht vorbeigegangen, wenn sich ihre Hauptwirkungen auch meist nur in Stettin abwickelten. Jedenfalls

trugen sie dazu bei, das kollegiale Leben in üblem Sinne zu beeinflussen. Die Belegschaft des „Volks-Bote“ trat aus dem Verbande, bzw. verfiel dem Ausschluß, das Gewerkschaftskartell mischte sich unklugerweise in den Konflikt und nahm gegen den Verband Stellung, indem es seine Vertreter ausschloß und was dergleichen Määchchen mehr sind, die im Kampf um politische Meinungsverschiedenheiten dem demagogischen Setue vor dem gesunden Menschenverstande das Vorrecht lassen. Und doch führt nur der letztere zum Siege!

Im übrigen wickelte sich die gewerkschaftliche Betätigung in tariflicher Beziehung im Gau in der gewohnten Weise ab. Teilweise Verbesserungen werden durch anderweite Verschlechterungen zum Teil wieder ausgeglichen, allgemein vollzieht sich aber doch ein sichtbarer Aufstieg – langsam zwar, doch stetig. Die Auswirkung der Tarifarbeitsnachweise führte dem Tarifgedanken auf beiden Seiten neue und auch treue Anhänger zu. Die Erhöhung der Mitgliederziffern ist aber nicht nur allein der Werbekraft der Tariffache zugute zu halten, sie führt sich auch auf die Neugründung von Buchdruckereien namentlich in der Umgegend Berlins außerhalb der Zehnkilometergrenze zurück. Im Jahre 1895 war die Mitgliederzahl um 72 auf 457 gestiegen, das Jahr 1896 brachte eine weitere Steigerung um 108 auf 565 Mitglieder, wovon den Löwenanteil mit 38 Kollegen Stettin beanspruchte. Da 1896 kein Gautag abgehalten war, machte sich 1897 die Einberufung eines außerordentlichen Gautages nötig, der am 5. September in Stettin tagte. Anwesend waren 28 Vertreter, vom Hauptvorstande Kollege Eifler. Die tarifliche Lage unterliegt ausgiebiger Aussprache, in der wiederholt ausklärend der Vertreter des Hauptvorstandes zu Worte kommt und die dahin endigt, daß die Maßnahmen des Hauptvorstandes abgewartet und ihnen nicht vorgegriffen werden soll, da der letztere seine ganze Tätigkeit darauf einstellt, die Vorteile der Mitglieder zu fördern und zu sichern. Die Brandenburger Kollegen hatten wiederum den Antrag auf Teilung des Odergaaues eingebracht, ohne dafür die durchschlagkräftigen Gründe mitzuliefern. Der Antrag wurde trotz der Drohung Brandenburgs, ihn immer wieder einzubringen, abgelehnt. Auch der Antrag auf Einführung der zweijährigen Gautage konnte keine Mehrheit auf sich vereinigen, es blieb bei dem bestehenden Modus, den Gautag alle Jahre abzuhalten. Ein Versuch, an die sachlichen Debatten zum Schluß noch wieder persönliche Rempelen zu knüpfen, wird vom Gauvorsteher energisch unterdrückt und so konnten die Delegierten gleich zu dem von den Stettiner Kollegen bereiteten familiären unterhaltfamen Teil übergehen.

Einen besonderen Einfluß auf die Tätigkeit der Gauverwaltung wirkte der Sautag nicht aus. Die Entwicklung ging ihren gewohnten Gang, die Tarifverhältnisse bessern sich, die Mitgliederzahl steigt bis Ende 1897 auf 653 Kollegen. — Etwas lebhafter gestaltete sich das folgende Jahr 1898, da ja zwecks allgemeiner Einführung des Tarifs immer wieder ernes Dorgehen nötig wurde. Am Dororte selbst ereigneten sich mehrere Konflikte, von denen der eine durch Eingehen des Zeitungsunternehmens sich von selbst löste, während in den „Stettiner Neuesten Nachrichten“ vierzehn Verbandsmitglieder durch Gutenbergbündler ersetzt wurden. Auch bei Ernst Benzensohn verließen sieben Mitglieder ihre Plätze, die dann später Gutenbergbündler und ND einnahmen. Auch in den Bezirken ging es lebhaft her, allen voran Frankfurt, der reich an eingefleischten Tarifgegnern ist — Trowitsch-frankfurt, Neumann-Neudamm, König-Guben, Ranert & Pittius-Borau, Schneider-Landsberg usw. und wo das tarifliche Leben immer brodet. Im Bezirk Brandenburg ist es vornehmlich Potsdam, wo die Druckerei Stein alle tarifliche Liebesmüh vergeblich macht. Auch Neuruppin hatte seinen Tariffreit. Ein besonderes Ereignis brachte Stralsund. Der Besitzer der Regierungsdruckerei, Herr Dr. Struck, kaufte den dortigen General-Anzeiger auf und stellte die zu übernehmenden Beher desselben, — meist Mitglieder, — vor Bedingungen, die sie in tariflicher Beziehung nicht annehmen konnten. So kamen 15 Kollegen außer Arbeit. Dazu noch drei ältere Mitglieder aus der Regierungsdruckerei selbst, die gekündigt waren, weil sie ständige Wähler sein sollten. Alle Vermittlungsversuche schlugen fehl. Da es sich um lauter verheiratete Kollegen handelte, gingen dieselben an die Gründung einer neuen Zeitung, die auch bei der Bevölkerung guten Anklang gefunden hat. Diese Druckerei hat sich günstig entwickelt und ist lange Zeit die einzige den Tarif anerkennende am Orte gewesen. Sie ging 1920 durch Kauf in die Hände der Deutschnationalen Partei über. Trotz all dieser Tarifplänkeleien ergab sich am Jahreschluß noch ein Plus im Mitgliederbestande, der sich auf 682 bezifferte. — Aber auch in anderer Beziehung ist das Jahr 1898 von Bedeutung, in Stettin hielten die ersten Behmaschinen ihren Einzug, anderswo waren sie bereits in Betätigung. Dem vorsorglichen und zielbewußten Eingreifen des Hauptvorstandes ist es zu danken, daß der eiserne Kollege in den rechten Schranken gehalten wurde, so daß sein Wettbewerb mit dem Handseher für letzteren nicht durchaus verheerend gewirkt hat. Dann machte sich im Prinzipalslager eine Behsucht nach der Einführung von Zwangsinnungen bemerkbar, die ja letzten Endes auch nicht nur der förderung des Gewerbes, sondern der fesselung

der Gehilfenschaft dienen sollte. Trotz aller Maßnahmen der Gehilfenleitung mußten wir die Zwangssinnung schließlich über uns ergehen lassen. Die Zeit hat auch diese Pflanze wieder eingehen lassen, nachdem es die Gehilfen verstanden, dem Gebilde die schlimmsten Siftzähne auszuziehen.

Das Jahr 1899 brachte am 2. April den siebzehnten ordentlichen Sautag in Stettin, der neben der Aussprache über die tariflichen Verhältnisse meist verwaltungstechnische Aufgaben erledigte. Es sind keine Lobeshymnen, die der Tariflage gesungen werden können, aber in dem wechselnden auf und nieder ist erfreulicherweise immer die Steigung der bessere Teil. Vom Sautvorstande war ein Antrag auf Teilung des Bezirks Brandenburg eingebracht worden, da sich der Westsüdwestzipfel des Saaues durch Uebersiedelung verschiedener Berliner Großdruckfirmen nach dort ständig an Mitgliedern vermehrte. Auch für diesen Antrag fand sich keine Mehrheit, er verfiel der Ablehnung. Die Bezirke forst und Brandenburg hatten einen Antrag auf Anstellung eines besoldeten Sautverwalters eingebracht, der auffällig schwach begründet, ohne weiteres abgelehnt wurde. Eigenartig war, daß sich an diesen Antrag dann als Eventualantrag die alte Liebe der Brandenburger hängte, Teilung des Odergaaues. Man konnte dem Vorsteher nicht so ganz unrecht geben, wenn er diese Art der Antragstellung als Ueberrumpelungsversuch beurteilte. Auch diese Taktik blieb ohne Erfolg, die Abstimmung brachte nicht die für Verfassungsänderung benötigte Zweidrittelmehrheit, wurde also abgelehnt. Das Vereinsleben ging seinen gewohnten Gang. Die vom 19. bis 24. Juni in Mainz stattfindende Generalversammlung bedeutete für die Gesamtmitgliedschaft einen Schritt vorwärts insofern, als sie eine beachtliche Verbesserung der Unterstützungsätze mit sich brachte. Die Mitgliederzahl stieg bis Ende des Jahres auf 728. Am 10. September fand eine Bezirksvorsteherkonferenz in Berlin statt, die sich mit der frage der Sautzuschußunterstützung und der Gegenseitigkeit mit den übrigen Saaen in dieser frage befaßte. Bei der Erhöhung der Unterstützungsätze im Gesamtverbande hatte man eigentlich der Aufhebung der Sautzuschüsse das Wort geredet, zu einer direkten Aufhebung hatte sich die Generalversammlung indessen nicht verstanden. In den Saaen war der Zuschuß aber eine liebgewordene form, die man nicht gern missen mochte; nur die Unterbringung unter einen hut machte Schwierigkeiten wegen der verschiedenen Wartezeiten und der ungleichen Geltungsdauer. Eine restlose Lösung dieses Problems findet die Bezirksvorsteherkonferenz auch nicht. Es wird versucht werden, allen berechtigten Ansprüchen Rechnung zu tragen. Eine weitere schwerwiegende frage war die Verteilung

des von der Generalversammlung den Gauverwaltungen mehr bewilligten einen Prozent Verwaltungskostenanteils. Die Konferenz beschließt, den Betrag zu gleichen Teilen den Bezirken und der Gauverwaltung zu überlassen. Bezüglich der Tarifagitation stellt sich die Konferenz auf den Standpunkt, bei Einsehen der günstigen Geschäftslage wieder einen energischen Vorstoß zu unternehmen. Wenn die Mauer auch nicht gleich niederbricht, etliche Steine brücken doch wieder aus und verbürgen den Erfolg für die Zukunft. Anschließend verwaltungstechnische Erörterungen beschließen die Tagung.

Das Jahr 1900 brachte eine große Jubelfeier zu Ehren Gutenbergs, die zwar den Odergau als solchen nicht wesentlich berührte, aber sich am Vororte Stettin in zwei größeren Festlichkeiten auswirkte, die durch ihre umfangreichen Vorbereitungen wohl ein halbes Jahr lang das Buchdruckerleben beherrschten. Und das war gut so; denn dadurch wurde ein anderes Vorkommnis, das den Gau sehr schmerzhaft berührte, ein wenig in den Hintergrund gedrückt. Im Laufe des ersten Vierteljahres wurden in der Gauverwaltung Unregelmäßigkeiten aufgedeckt, die zu einem ganz erheblichen Kassensfehlbetrag führten. Die Summe belief sich auf 3841 Mark. Die Angelegenheit erregte im ganzen Gau ziemliches Aufsehen und es fehlte nicht an Stimmen, die das schon längst vorausgesehen hatten und die Schuld daran der lässigen Handhabung der Gaugeschäfte, aber auch der Mitgliedschaft Stettin zuschoben, die diese Verwaltung immer wieder auf den Plan gehoben hatte. Es machte sich die Abhaltung eines außerordentlichen Gautages nötig – des achtzehnten – der am 30. September in Stettin stattfand und auf dem der Hauptvorstand durch Döblin vertreten war. Die Tagesordnung ließ schon voraussehen, daß die Kollegen aus dem Westen mit dem Gauvorstande ein besonderes Hühnchen zu rupfen gedachten. Es kam aber auch hier wieder anders, als man gedacht. Die Veruntreuungssache wurde damit geregelt, daß das Angebot des Kollegen auf regelmäßige Abzahlung des Betrages angenommen, sein Ausschuß aus dem Verbande aber aufrecht erhalten wurde. Die nächstjährige Generalversammlung hob indessen den Ausschuß auf und beließ den Sünder in seinen Verbandsrechten, – es mag auch hier gleich hinzugefügt sein, daß es ihm schließlich gelungen ist, den fehlbetrag voll zu ersehen. Die beantragte Verlegung des Vorortes wurde abgelehnt, ebenso wurde trotz ausgedehntester Aussprache die von Brandenburg gewünschte Teilung des Odergaus nicht beschlossen. Aber der Gauvorsteher wurde veranlaßt zurückzutreten; ferner wurde mit 23 gegen 15 Stimmen die Anstellung eines besoldeten Gauvorstehers be-

schlossen. Da Zweifel entstehen, ob dies nicht eine Statutenänderung betrifft, die Zweidrittelmehrheit erfordert, wird die Vornahme einer Urabstimmung im Gau erörtert, dieselbe aber abgelehnt. Ein Antrag Brandenburg: die Wahl des Gauvorstandes erfolgt auf dem Gautage mit Ausnahme des Gauvorstehers, der erstmalig durch Urabstimmung zu wählen ist, wird mit 28 Stimmen angenommen. Was schließlich zur Folge hat, daß der Gau keinen besonderen Verwalter erhält, da sich die Mitgliedschaft bei der späteren Abstimmung mit 356 gegen 132 Stimmen gegen denselben erklärt. Die Neuwahl des Gauvorstandes gestaltete sich nicht so einfach, weil die Kollegen nun ihre Ansprüche an die neue Kraft ungemein hoch schraubten. Die Wahl fiel dann auf Kirchner, der, obwohl er zunächst abgelehnt hatte, sich doch noch überreden ließ, den Posten als Gauvorsteher zu übernehmen, und ihn dann auch mit der ihm eigenen unbeirrbaren Gründlichkeit verschiedene Jahre versah. Die Kassengeschäfte übernimmt Kollege Bila, Schriftführer bleibt Duchateau und Beisitzer die Kollegen Fauch, Dorau, Neißel und Dobritz. Von Stralund wurde zwar gegen dieses Endergebnis der Abstimmung protestiert, man stellte sich dann aber auf den Boden der gegebenen Tatsachen, die Gauverwaltung bot auch keine berechtigten Angriffspunkte mehr. Es mag hier gleich eingeschaltet sein, daß nach kaum Jahresfrist der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Gauvorsteher von ehemals nicht nur wegen Beitragsresten (14) sondern wegen seiner Geschäftsführung zum Schaden des Verbandes aus demselben ausgeschlossen worden ist!

Die tariflichen Verhältnisse entwickeln sich langsam, aber stetig, es geht vorwärts, obwohl eine Erschwerung der wirtschaftlichen Verhältnisse alles andere eher als ein günstiger Boden für Lohnverbesserungen ist. Es ist wohl kein Bezirk, in dessen Umkreis nicht Tarifmishelligkeiten entstehen, aber nicht die Steigerung der Mitgliederzahl allein beweist den Aufstieg, die Zahlen der Tarifbewilligungen und der zu tariflichen Bedingungen arbeitenden Gehilfen reden eine deutliche Sprache. Nur wenige Zahlen mögen hier Platz finden; der Tarif war anerkannt 1886 von 1083 firmen in 327 Orten, 1890 von 1017 firmen in 274 Orten. Nach Ueberwindung der tariflosen Zeit erzielte der neue Tarif vom 1. Juli 1896 innerhalb eines Vierteljahres die Anerkennung von 1229 firmen in 333 Orten. Im Mai 1897 zählte das Tarifamt 1631 firmen in 469 Orten, im Mai 1898 schon 2030 firmen in 647 Orten, im Mai 1899 hatten 2740 firmen in 880 Orten und ein Jahr später 3105 firmen in 1002 Orten die Anerkennung des Tarifes vollzogen. Die Zahl der tariftreu entlohnnten Gehilfen belief

sich 1897 auf 18 340, 1898 auf 22 468, 1899 auf 27 449 und 1900 auf 30 630. Die Taktik des Hauptvorstandes im Jahre 1896 war also glänzend gerechtfertigt, man durfte dem Ablauf der Periode ruhig entgegensehen und die Gehilfenschaft entschied sich für Revision des Tarifes. Bei den Beratungen über die eingereichten Anträge entfiel für die Gehilfenschaft eine Aufbesserung von  $7\frac{1}{2}$  % der Grundlöhne und verschiedentliche Aufbesserungen der Lokalzuschläge. Ein weiterer wesentlicher Vorteil für die Gehilfenschaft war darin zu erblicken, daß die Tarifarbeitsnachweise von nun an paritätisch verwaltet werden sollten, eine Begünstigung der Prinzipale also jetzt ausgeschlossen war. Allerdings mußte dafür der Staffeltarif in Kauf genommen werden, wurde aber als das kleinere Uebel geschluckt, da die Prinzipale mit dem Abbruch der Verhandlungen drohten. Im Zeichen einer überaus schlechten Geschäftslage glaubten die Gehilfenunterhändler diese Verantwortung nicht tragen zu können und so wurde denn die zweite Tarifperiode besiegelt, die auf wiederum fünf Jahre im Buchdruckgewerbe friedliche Gewerbeverhältnisse festlegte.

Dem Gauvorstande erwuchs aus diesen Verhältnissen ein vollgemessen Maß an Tätigkeit für die Kollegenschaft, die ihren vornehmsten Lohn in der Tatsache fand, daß der Mitgliederstand des Gaus sich um 127 Kollegen vermehrte, der Jahresbericht des Gauvorstandes konnte Ende 1901 die stattliche Ziffer von 914 verzeichnen. Das gute Ergebnis der Tarifrevisionsverhandlungen hatte auf unsere Außenreiter gleichfalls bemerkenswerte Einwirkungen. Ein großer Teil Gutenbergbündler strebte wieder dem Verbande zu, was der Hauptvorstand durch entsprechendes Entgegenkommen wesentlich erleichterte. Die Bezirke berichten alle von regem Vereinsleben und lebhafter Anteilnahme an den Vorgängen auf tariflichem Gebiete. Der gute Geist der Gehilfenschaft drückt sich am besten in der Hinnahme der Tarifverbesserungen unter dem Gelöbniß aus, weiter bestrebt zu sein, die Lage der Gehilfen zu verbessern. Die großen Anforderungen, die eine bisher nicht dagewesene Arbeitslosigkeit im Gewerbe an die Leistungsfähigkeit der Gaukasse stellte, zwang den Vorstand zu einer Erhöhung des Gaubeitrages um fünf Pfennig, die am 1. Januar 1902 in Wirksamkeit treten sollte.

Die ärmlichen Kassenverhältnisse des Gaus ließen es wünschenswert erscheinen, auf den fälligen Sautag zu Ostern 1902 zu verzichten. Eine Verständigung mit den Bezirksvorstehern ergab die Vornahme einer Urabstimmung hierüber, die sich mit 487 gegen 111 Stimmen gegen die Abhaltung des Sautages entschied. Die Münchener Generalversammlung sah drei Vertreter des Obergaus, unsern Gauvorsteher und je einen

Kollegen aus Brandenburg und Frankfurt. Der Jahresbericht der Bauverwaltung wie auch der Bezirke beklagt einen schweren wirtschaftlichen Tiefstand unseres Wirtschaftslebens, der natürlich auch an dem Buchgewerbe nicht spurlos vorübergehen kann. Das abgelaufene Jahr brachte dem Bau 687 Mitglieder mit 19904 Konditionslosetagen, eine Steigerung gegen das Vorjahr um 8478 Tage! Die immer mehr zur Einführung gelangende Sehmashine stellt sich doch als ein unerbittlicher Konkurrent heraus und wenn auch schließlich bei ihrer Einführung nicht gleich mit Entlassungen vorgegangen wird, so unterbleiben doch bei günstigerem Geschäftsgange die Neueinstellungen. Es ergaben sich bei der Tarifeinführung die unterschiedlichsten Vorgänge; schriftliche Anerkennungen erfolgen, ohne daß die Firmen die löbliche Absicht haben, den Tarif auch zu bezahlen; man sperrt sich gegen Lokalzuschläge und sonstige Belanglosigkeiten, die dann doch zum mindesten zur Inanspruchnahme der vorgesehenen Instanzen führen und meist viel überflüssige Arbeit verursachen. Zur Behebung dieser Uebelstände richtet der Bauvorsteher an die Mitglieder die Mahnung, ein wenig Selbstgefühl an den Tag zu legen und nicht immer alles den leitenden Personen zu überlassen. Besonnene Steifnackigkeit im rechten Augenblick wird immer ihren Eindruck machen und meist zum Ziel führen. Aber es gibt ja auch große Herren, die sich lieber von ihren Kollegen heuteln lassen, als daß sie ein aufrechtes Wort von ihren Gehilfen annehmen. — Alles in allem war das Jahr für die Gehilfenbewegung ein günstiges; die Mitgliederzunahme betrug 168, die Endziffer 1082; das erste Tausend war schon erheblich überschritten!

Das Jahr brachte auch noch die Auflösung der Gewerkschaft Sasch, deren Mitglieder wieder in den Verband zurückkehrten. Der Bauvorstand konnte sich mit der Art der Uebernahme der betreffenden Kollegen nicht befreunden. Lezten Endes konnte der Hauptvorstand aber nicht vor der abweisenden Haltung des Oderganges haltmachen und so mußte man sich in das unvermeidliche fügen. Es war doch eine Reihe ehrenwerter Kollegen, die schwer genug an der erlittenen Enttäuschung getragen haben werden.

Der neunzehnte ordentliche Bautag findet am 31. Mai 1903 in Potsdam statt. Anwesend sind 52 Delegierte, vom Hauptvorstande trifft Kollege Essler ein. Es war ein Pfingstsonntag, wie zur ganz besonderen Freude geschaffen, und wurde doch gleich mit einem Mißklang eröffnet. Der Bezirk Brandenburg hatte sich drei Vertreter mehr zugesellt als ihm zustanden, ihre Anwesenheit wurde nach spitziger Aussprache schließlich zugestanden, nicht aber ein Stimmrecht. Den Löwenanteil der Beratungen

nahm der Antrag von Brandenburg ein, den Odergau zu teilen. Der Vertreter desselben erklärte frank und frei, der Antrag werde solange die Gautage beschäftigen, bis die Brandenburger allein die Zweidrittelmehrheit in die Waagschale werfen können. Freunde für ihre Sache erwarben sie sich damit nicht, sämtliche Stettiner, die zuvor der Teilung das Wort geredet hatten, wegen der anfechtbaren Verwaltung, traten wieder gegen die Teilung auf und das Endergebnis brachte 30 zu 22 Stimmen gegen die Teilung.

Der Antrag des Gauvorstandes, den Gau in zehn Bezirke zu zerlegen, was eine Teilung des Bezirks Brandenburg mit sich bringt, führt wiederum zu scharfer Aussprache, weil die Brandenburger nun die Unantastbarkeit ihres Bezirks mit Klauen und Zähnen verteidigen. Da er Zweidrittelmehrheit nicht erreicht, verfällt der Antrag auch der Ablehnung. Die Gauzuschußfrage, die eine Erhöhung des Beitrages verlangt, erfordert zur Verabschiedung gleichfalls reichliche Aussprache. Ebenso die Festsetzung der Gautage, die nach Antrag Stettin auf die Generalversammlungsjahre gelegt werden sollen. Auch die Erörterungen über die tariflichen Verhältnisse, die genügende Bewegungsfreiheit für die Gauleitungen erfordern, nehmen reichlich Zeit in Anspruch. Die Neuwahl des Gauvorstandes ging dagegen glatt vom Stapel – auf Antrag Stettin wird derselbe durch Jurof einstimmig wiedergewählt. Ebenso wird die Entschädigung für den Gauvorstand widerspruchlos genehmigt. Die weiteren kleinen Angelegenheiten erwecken kaum noch Interesse; der Gautag schließt nach zehnstündiger Arbeitstätigkeit um  $\frac{3}{4}$  10 Uhr. Die von den Potsdamer Kollegen angeschlossene Familienfeier fand bei den erschöpften Vertretern kaum noch große Segenliebe.

Das Ergebnis dieser Tagung ist nicht ohne günstige Einwirkung auf die Entwicklung des Gauwes geblieben. Die Fortschritte drücken sich am sichersten in der Mitgliedersteigerung aus, die mit 151 das Vorjahr nicht ganz erreichte; den Bestand aber doch auf 1233 hob. Es ist ohne weiteres verständlich, daß bei solchen Fortschritten sich auch des Einzelmitgliedes ein größeres Vertrauen zur Organisation bemächtigt, daß das Wachstum damit nicht bloß in die Breite, sondern auch in die Tiefe geht; das ist für den gewerkschaftlichen Fortschritt aber das Entscheidende. Noch eins ist hierbei zu bemerken, die Steigerungsziffer der Mitgliederzahl im Gau bedeutet ja nicht den eigentlichen Neuerwerb, sondern ist nur ein Ausdruck der Bewegungsverhältnisse. Die Zahlen der Neueingetretenen bzw. Wiedereingetretenen sind für 1903 211 und 56. Die tarifliche Entwicklung im Gau bot keine Absonderlichkeiten, wenn auch hier und da das Vor-

handensein des Gutenbergbundes nicht als angenehme Sache von den Kollegen empfunden wird. Aber auch von den Prinzipalen nicht, für die seine Mitglieder doch bloß die Nothelfer und „billigen“ Kräfte bilden. Die Zahl der Tarifierkennungen wächst von Jahr zu Jahr, was nicht ohne Einfluß auf die Beurteilung des Gehilfenverbandes seitens der Prinzipale bleibt.

Das Jahr 1904 wickelte sich in den gleichen ruhigen Bahnen ab wie sein Vorläufer. Der Zuwachs durch Neueintritte betrug 268, wiederaufgenommen wurden 62, während nur 38 Ausschlüsse erfolgen brauchten. Der Bestand Ende Jahres erhöhte sich um 122 auf 1355 Mitglieder. Größere Mißhelligkeiten im Arbeitsverhältnis spielen sich in Zossen ab und zwar mit einer gewissen Regelmäßigkeit. Es handelt sich hier keineswegs um tarifliche Streitigkeiten, sondern meist um persönliche Reibereien zwischen einzelnen Mitgliedern des Personals und dem Leiter des Betriebes, der selbst ein altes Verbandsmitglied ist. Die Druckerei ist ein nach hier verlegter Berliner Betrieb, dessen Einrichtungen von untadeliger modernster Beschaffenheit sind. Da aber die örtlichen Wohnverhältnisse sehr zu wünschen übrig lassen und eine Besserung hierin nicht abzusehen ist, entsteht ein ungeheurer Wechsel im Personal, so daß die Bezeichnung vom Taubenschlag nicht unberechtigt ist. Der läßt auch ein kollegiales Zusammenhalten nicht aufkommen, so daß es schon schwierig wird, für den Ortsverein die notwendigen Vertrauensämter zu besetzen. Alle bisher erwogenen Möglichkeiten, die zu einer Befriedung dieses Herenkessels führen könnten, haben noch nicht zum Ziele geführt, und so bleibt der Ort ein Schmerzenskind für den Bezirk, den Gau und den Hauptvorstand, der meist immer als erster zur Beilegung der Streitpunkte herangerufen wird.

Eine am 18. und 19. September in Berlin stattgehabte Gauvorsteherkonferenz war auch der Beilegung von Streitigkeiten gewidmet, die zwischen der Berliner Mitgliedschaft, dem Berliner Gauvorstand und den Tarifbehörden und Hauptvorstand entstanden waren. Letzten Endes mußten sich die Gauvorsteher doch überzeugen, daß die vom Hauptvorstand beliebte Art der Geschäftsführung die richtige war und ihm in einer bezüglichen Entschließung ihr Vertrauen aussprechen.

Das Jahr 1905 begann mit einem für die Verwaltung des Odergaaues recht erfreulichen Auftakt – die Druckerei Trowitsch & Sohn in Frankfurt a. Oder hatte ab 1. Januar 1905 den Tarif anerkannt, nachdem sie schon im Jahre zuvor auf die sonst üblichen Reverse bei Neueinstellungen verzichtet hatte. Diese Anerkennung war nicht nur erfreulich für den Gau, mehr noch für den Ort selbst, dessen Ortsverein sich nunmehr in

ganz anderer Weise entwickeln konnte als sonst, wo immer etwa 15 Mitglieder bei Trowitsch versteckt stehen mußten. Am 19. Juni findet in Dresden die fünfte ordentliche Generalversammlung des Verbandes statt, an der außer dem Gauvorsteher noch je ein Vertreter von Brandenburg und Frankfurt a. Oder teilnimmt.

Die nächstjährige Tarifberatung bot genügend Stoff und Anregung für die Tagung, die sich ihren Vorgängern würdig anreihete. Für den Gau war sie insofern bemerkenswert, als sie die Abhaltung eines Gautages nötig machte, der nach Befragen der Bezirksvorsteher auf den 15. Oktober nach Stettin berufen wurde. Es war der zwanzigste ordentliche Gautag und von 45 Vertretern der Bezirke beschickt. Der Hauptvorstand ist durch Kollegen Eisler vertreten. Als Unterlage für die Berichterstattung dient der vorliegende gedruckte Jahresbericht des Gauvorstandes, der allgemein von einer ruhigen Entwicklung der Tarifverhältnisse spricht. In der Aussprache wird verschiedentlich, auch vom Vertreter des Hauptvorstandes darauf Wert gelegt, daß bei den Aufnahmen zum Verband nicht völlig wahllos verfahren werde. Es sei dringend notwendig, auch die technischen Fähigkeiten der Neulinge in Betracht zu ziehen. Seitens der tarifstreuen Prinzipalität wird jetzt auch darauf geachtet, daß die gezahlten Tariflöhne auch regelrecht verdient werden. Wenn der Tarifabschluß, wie geplant, von Organisation zu Organisation geschehen soll, müssen beide Partner einwandfrei leistungsfähig sein. Demgegenüber ist aber der Einwand nicht unberechtigt, daß in dem mangelhaften Junggehilfentum eine Ernte heranreift, deren Saat die Prinzipalität in ihrer wahllosen Lehrlingszucht selbst gestreut habe. Der Gedanke, daß die Verbandsmitgliedschaft die Elitetruppe des Gewerbes darstelle, hat zu viel Bestechendes für sich, als daß nicht die Gehilfenschaft bestrebt bleiben sollte, ihn für allezeit aufrecht zu erhalten! Brandenburg hatte diesmal auf seinen Teilungsantrag verzichtet, dafür aber auf dem Umweg über Potsdam-Neuhabelsberg den Antrag auf Anstellung eines besoldeten Verwalters eingebracht. Der Gauvorstand hatte seinerseits eine Neugestaltung der Bezirkseinteilung beantragt, der aus dem bisherigen Bezirk Brandenburg vier Bezirke machte. Die Anstellung des besoldeten Verwalters wurde mit 34 gegen 11 Stimmen abgelehnt; die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung in diesem Falle wäre unabweisbar gewesen, ohne daß die gewünschten Erfolge der Anstellung irgendwie zu garantieren gewesen wären. Selbst der Vertreter des Hauptvorstandes riet zum Zuwarten, man könne in dieser Sache keine sicheren Schlüsse aus dem Vorgehen anderer Gaue schließen. Der Antrag auf Bezirksneueinteilung wird einer

besonderen Kommission überwiesen, die nur insofern eine Forderung an dem Vorstandsentswurf vornimmt, daß ein Bezirk Zossen gebildet wird. Die von Zossen gastweise anwesenden Kollegen sträubten sich zwar gegen diese Wendung aber schließlich wird der Antrag denn doch in der Kommissionsfassung endgültig angenommen, der Gau ist von nun an in zwölf Bezirke geteilt. Die Zossener Verhältnisse beschäftigten den Goutag noch reichlich, ohne daß etwas anderes festgestellt werden konnte, als daß auf beiden Seiten gesündigt wird, und daß auf beiden Seiten zurückgesteckt werden muß. Dazu soll auch die Erhebung zum Bezirksvorort dienen, die etwas fremdes Blut hineinbringen und stetige Verhältnisse schaffen soll. Der Gauvorstand wird einstimmig wiedergewählt, aus der bemängelten Kritik hat sich also schließlich doch das Vertrauensvotum herauskristallisiert. Die Entschädigung des Gauvorstandes wird in der bisherigen Höhe belassen, ebenso die Höhe des Beitrages. Es ist schließlich doch 8 Uhr geworden, ehe Schluß erfolgt und die Delegierten noch auf ein paar Stunden dem Konzert der Typographia beiwohnen und sich der traditionellen Buchdruckergermütlichkeit hingeben können. Der Rest des Jahres brachte keine weltbewegenden Ereignisse mehr. Dem Verbandsgründer Richard Härtel war vom Verbandsvorstand ein Grabdenkmal gestiftet, das an seinem Todestage enthüllt wurde. Die eindrucksvolle feier dieser Stunde fand zahlreiche Beteiligung von nah und fern; der Vorstand des Odergaues, der anderweitig verpflichtet war, wurde vom Bezirksvorsteher von Stettin-Stadt in Leipzig vertreten. Die Bewegungsstatistik des abgelaufenen Jahres wies wiederum 263 Neueingetretene und 65 Wiedereingetretene auf bei einem Abgang durch Ausschluß von 36. Der Gesamtbestand bezifferte sich bei einer Zunahme von 118 Mitgliedern auf 1473.

1906 stand im Zeichen der Tarifrevision. Die wirtschaftlichen Verhältnisse forderten gebieterisch eine Besserung der Lohnverhältnisse, so war es nicht verwunderlich, wenn allseitig ein reges Vereinsleben zutage trat, darauf bedacht, die Gehilfenvertreter mit allerhand Anträgen zur Tarifverbesserung zu versehen. Da auch die Spartenbewegung inzwischen schon beachtlich gewachsen war, so standen die Gehilfenvertreter vor einem Berg von Anträgen, die vor ihrer Bearbeitung erst einer gründlichen Prüfung unterworfen werden mußten. Ein Generalspartentag, der Ostern in Berlin tagte, besorgte diese Vorreinigung des Antragsmaterials, das dann der Gehilfenvertreter- und Gauvorsteherkonferenz – vom 7.–12. Mai in Berlin – zur weiteren Begutachtung vorlag. Dieses Ergebnis wurde darauf am 12. August allgemeinen Versammlungen an den Kreisvor-

orten überwiesen und als einheitliche Forderung dann der Tarifrevisionskommission unterbreitet. Selbstverständlich wurden nicht alle Wünsche der Gehilfen befriedigt, aber zehn Prozent Lohnerhöhung und eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung waren auch kein Pappenspiel. Die Tarifrevision brachte eine Erweiterung des Geltungsbereichs um drei neue Kreise, den Abschluß des Organisationsvertrages, der die Tarifgemeinschaft auf eine engere scharf umrissene Plattform stellen sollte. Nach diesem Vertrage erfolgte der Tarifabschluß nunmehr nur zwischen dem Verbands der Deutschen Buchdrucker und dem Deutschen Buchdruckerverein. Das setzt voraus, daß die Verbandsgehilfen nur noch bei Prinzipalen arbeiten durften, die dem Deutschen Buchdruckerverein angehörten, und andererseits die letzteren nur noch Verbandsgehilfen einstellen durften. Die Innehaltung der Pflichten und Rechte aus der Tarifgemeinschaft war nunmehr statutarische Pflicht beider Organisationen. Die Mitwirkung der Tarifgemeinschaft in den sich immer mehr erweiternden Tarifinstitutionen konnte ihren belebenden Einfluß auf den Organisationsgedanken nicht verfehlen und so sehen wir den Verband in stetem Wachstum. Im vierzigsten Jahr seiner Begründung konnte der Verband in seiner Gesamtheit einen Mitgliederzuwachs von rund 4000 Kollegen verzeichnen, wovon der Obergau mit 280 Neu- und 87 Wiederaufnahmen beteiligt war, denen nur 37 Ausschlüsse gegenüberstanden. Seine Mitgliederzahl stieg auf 1615. Die seitens des Bezirksvorortes veranstaltete Jubiläumsfeier, bei der der Gauvorsteher die Festrede hielt, war eine echte und rechte Buchdruckerfeier, da mit ihr gleichzeitig auch die Johannisfestfeier verbunden war; sie ist wohl sämtlichen Teilnehmern ein eindrucksvolles Erinnerungsmal geblieben.

## Don 1907 bis 1916

Der Organisationsvertrag. — Steigende Mitgliederzahlen. — Die Teilung des Obergaues. — Der besoldete Gauvorsteher. — Der große Krieg. — Opfermut der Prinzipale.

Die Einführung des revidierten Tarifes ging wohl in Auswirkung des Organisationsvertrages im wesentlichen glatt von statten. Trotzdem sind die Geschäfte der Gauverwaltung in erheblichem Maße gestiegen. Hinzu kommt noch, daß Kollege Kirschner zum Gehilfenvertreter des Tarifkreises 9b gewählt ist, die anfallende Betätigung im Nebenamt nicht zu bewältigen imstande sein wird. Der Gauvorstand wird sich darüber schlüssig — unter Hinzuziehung des Bezirksvorstandes Stettin —, daß im

Dorort die Angelegenheit eingehend durchberaten und dann an die übrigen Bezirksvorstände weitergegeben wird. Die Frage kann durch Urabstimmung erledigt werden, da ihre Lösung bis zum ordentlichen Sautag kaum wird hinauszuzögern sein. Vom Dorort wurde dann ordnungsgemäß der betr. Antrag gestellt. Brandenburg mußte aber wieder seine Extratour tanzen! Die Brandenburger veranstalteten eine Dorsteherkonferenz ihrer Bezirke, die sich trotz Anerkennung der Mehrleistungen nicht für einen besoldeten Beamten ab 1. Januar 1908 entscheiden konnte, eher den Gau teilen wollte. Dem Gauvorstand war zwei Tage vor Stattfinden der Konferenz die Mitteilung zugegangen, er war also auf dieser Besprechung nicht vertreten. Den Teilnehmern war Schweigepflicht auferlegt. Kirchner erklärte nun, nicht länger als bis Ende des Jahres zu amtieren, sich auch nicht um den Verwalterposten zu bewerben. Schließlich gelang es, ihn umzustimmen, daß er wenigstens bis zum Sautag aushielt, die Anstellungsfrage wird gleichfalls bis zum Sautage vertagt. Ende Jahres beschäftigte sich noch eine Gauvorsteherkonferenz mit dem Antrage des Gutenbergbundes um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft und Einbeziehung in den Organisationsvertrag. Die Konferenz lehnt diesen Antrag grundsätzlich ab. Des weiteren wird eine Verstärkung des Hauptvorstandes in Aussicht genommen, damit derselbe eine größere Beweglichkeit in den Agitationsnotwendigkeiten erhält. Auch die Anstellungsfrage von besoldeten Gauvorstehern unterliegt eingehender Erörterung und wird die Nützlichkeit derselben eingesehen. Zur Erleichterung dahingehender Beschlüsse der betreffenden Gaue soll die Verwaltungsent-schädigung auf 4% erhöht werden. Bei dieser Gelegenheit werden auch die eigenartigen Verhältnisse des Odergaaues ins rechte Licht gesetzt; bei der vorgesehenen Neueinteilung der Gaue soll versucht werden, die größten Schroffen abzuschleifen. Die vielseitig gewünschte Erhöhung der Unterstützungssätze ist nur möglich durch eine Erhöhung der Beiträge. An Mitgliederzuwachs brachte das Jahr 284 Neu- und 73 Wiederaufnahmen gegen 49 Ausschlüsse, die Endziffer des Jahres beläuft sich auf 1738.

Der einundzwanzigste ordentliche Sautag fand am 19. April (Ostersonntag) in Frankfurt a. Oder statt. Derselbe ist von 57 Vertretern besetzt, den Hauptvorstand vertritt wiederum Kollege Eisler. Die Tagesordnung beherrschten die Anträge auf Anstellung eines besoldeten Beamten und Teilung des Gaaues. Die Aussprache über den Jahresbericht wird sehr langatmig, weil sie einen Unterton von persönlichem Uebelwollen führt, der wenig kollegial wirkt und schließlich Eisler veranlaßt, auf das Häßliche solcher Auseinandersetzungen zu verweisen. Allmählich verbräust

auch der Sturm und dem Gauvorstand wird einstimmig das Vertrauen ausgedrückt. Die beiden Anträge auf Anstellung eines besoldeten Beamten und Teilung des Gaues werden, da sie tatsächlich ineinandergreifen, zusammenbehandelt, wodurch sich die Aussprache wesentlich verkürzt. Eine EntschlieÙung Stettin:

„Der heutige 21. Sonntag des Odergaaues erklärt sich im Prinzip für eine Teilung des Odergaaues. Zur sachgemäÙen Teilung der beiden Hälften wird der Gauvorstand beauftragt, sich mit dem Zentralvorstand unter Zuziehung der Bezirksvorsteher des Gaues in Verbindung zu setzen und nach dem Ergebnis der diesjährigen Generalversammlungsbeschlüsse in dieser frage die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“

beendet die Aussprache, und wird einstimmig angenommen. Damit erübrigt sich auch eine weitere Erörterung der Anstellungsfrage. Dagegen knüpft sich eine bewegte Aussprache an die Vertreterwahl zur Generalversammlung in Köln, an der die meisten Bezirke kein gutes Haar lassen; es bleibt aber bei dem gegebenen Ergebnis. Auf Antrag Stettin wird der Gauvorstand bis zur Regelung der Gauteilung im Amte bestätigt. Die Tagung fand erst wieder gegen 8 Uhr ihren Abschluß und vereinte die Vertreter noch zu einem gemütlichen Familienabend mit den frankfurter Kollegen. Zur Generalversammlung in Köln wurden gewählt der Gauvorsteher und je ein Vertreter von Potsdam, Frankfurt und Spandau. Die Generalversammlung erledigte die frage der Neueinteilung der Gaue durch Annahme folgender EntschlieÙung:

„Der Verbandsvorstand soll eine Vorlage über Neueinteilung der Gaue der nächsten Gauvorsteherkonferenz unterbreiten. Das Resultat derselben wird der kommenden Generalversammlung des Verbandes zur definitiven Beschlußfassung vorgelegt werden.“

So wurde also wieder nichts aus der Teilung des Odergaaues, wenigstens nicht in kürzerer frist. Damit war aber seiner Verwaltung keineswegs gedient, da sie ja nur provisorisch amtete. Der Gauvorstand schuf nun eine ins einzelne gehende Unterlage für die Beurteilung der Verhältnisse des Odergaaues und die Möglichkeit einer Teilung in einen Odergau und Spree-Havelgau. Die Bezirke sollen sich darüber schlüssig werden und bis 1. Oktober Nachricht geben, durch eine Bezirksvorsteherkonferenz darüber Beschluß zu fassen, entweder zu teilen oder einen Verwalter anzustellen. Die Bezirksvorsteherkonferenz wird beschlossen und zum 1. November nach Berlin einberufen. Der Tagung wohnte vom Hauptvorstand Kollege Eisler bei. Nach eingehender Aussprache erklärt sich die Konferenz zur endgültigen Beschlußfassung kompetent und beschließt mit vierzehn gegen zehn Stimmen die Teilung des Odergaaues. Eine sechsgliedrige Kommission soll die Teilung des Vermögens in die Wege

leiten. Das letzte Wort in dieser Sache hat aber noch die Gauvorsteherkonferenz! Und diese hat eine endgültige Beschlussfassung zur Teilung des Odergaaues abgelehnt. Es muß also nun in Verfolg der Beschlüsse des Sautages und der Bezirksvorsteherkonferenz eine Teilung beim Hauptvorstande beantragt werden. Der von Kirschner vorgelegte Vorschlag wird vom Gauvorstande gutgeheißen. Wird diesem Vorschlage zugestimmt seitens des Hauptvorstandes, so muß ein außerordentlicher Sautag die weiteren Maßnahmen in die Wege leiten. Der Hauptvorstand lehnte aber wegen der widerspruchsvollen Wünsche der verschiedenen Bezirke seinerseits die Teilung des Gaaues ab und verwies die Mitgliedschaften auf die nächste Generalversammlung, die unter allen Umständen mit der Neueinteilung des Verbandsgebietes sich befassen muß. Der Odergau bleibt also in seiner alten fassung zumindest noch drei Jahre bestehen! Es werden lediglich die Orte Spandau, Köpenick, Friedrichshagen und Birkenwerder aus dem Odergau abgelöst und zu Berlin geschlagen. Damit löst sich der Bezirk Spandau auf, die zu ihm gehörigen Druckorte werden in die nächstbelegenen Bezirke einbezogen. Die Entwicklungskurve ist weiter ansteigend geblieben, neu traten ein 230, wieder 37 Kollegen, während sich die Zahl der Ausschlüsse auf 25 verringerte. Die Endzahl beziffert sich auf 1778 Mitglieder.

Anfang Jahres 1909 legte Kirschner sein Amt als Gehilfenkreisvertreter nieder, wiederholte persönliche Mißverständlichkeiten im engeren Gauvorstande mögen dabei ausschlaggebend geworden sein. Da die Brandenburger Bezirke mit der Entscheidung des Hauptvorstandes betreffs der Gaubildung nicht zufrieden waren, wurden von jener Seite allerhand Vorwürfe gegen den Gauvorstand erhoben und schließlich ein Sautag beantragt, für dessen Abhaltung eine zwingende Notwendigkeit sonst nicht vorlag. Da die Mehrheit der Bezirke sich für die Abhaltung entschied, wurde er auf den 9. Mai 1909 nach Stettin einberufen. Am 14. Februar kam es noch zu einer außerordentlichen Bezirkstagung der Brandenburger Bezirke, an der der Gauvorsteher und vom Hauptvorstand Kollege Graßmann teilnahmen. Die Potsdamer Kollegen mußten nun aber in Kauf nehmen, daß die Verwaltung des Odergaaues vom Hauptvorstand als einwandfrei bestätigt wurde, die Vorwürfe der Bezirke also ungerichtlich wären.

Die Sautagung an der 55 Vertreter teilnahmen, vom Hauptvorstande Kollege Eifler, brachte nach fruchtlosen Auseinandersetzungen wieder die Ablehnung der Gauteilung. Ebenso wurde die Wegnahme des Vorortes von Stettin nicht gutgeheißen, dagegen wurde die Anstellung eines be-

soldeten Gauvorstehers beschlossen. Da Kirschner die Annahme dieses Amtes trotz allseitiger Befürwortung entschieden ablehnt, soll der Posten im Korrespondent ausgeschrieben werden. Im übrigen wird der Gauvorstand einstimmig wiedergewählt; der Gaubeitrag wird für das ganze Jahr nunmehr auf 15 Pfennig erhöht. Die nächsten Wochen und Monate beherrscht jetzt im Vereinsleben des Gaues die Anstellung des besoldeten Gauvorstehers, als welcher von den 16 Bewerbern letztlich der Kollege Paul Hannack als Sieger hervorging. Am Horizont des Verbandslebens zeigt sich eine leichte Bewölkung, die schon seit längerer Zeit durch Mißhelligkeiten des Berliner Gauvorstandes mit dem Hauptvorstand sich ausgewirkt hatte. Der Organisationsvertrag mit der Prinzipalität kann wohl als Beginn dieser Trübung angesehen werden. Das Verhältnis des Gutenbergbundes zur Prinzipalität und Verbandsgehilfenschaft, das auf Einbeziehung des ersteren in die Tarifgemeinschaft zugespitzt ist, findet begreiflicherweise nicht die ungeteilte Zustimmung der Kollegen und bei dem zunehmenden Wachstum der Mitgliederzahl des Verbandes ist eine Eigenbrödelei einiger Gruppen kein Himmelswunder. Bedenklich wird dies erst, wenn der Versuch gemacht wird, festgefügte Opposition gegen die leitenden Verbandspersonen zu bilden, da heißt es dann für die Allgemeinheit die Augen offen zu halten. Hoffentlich wächst sich das Vorgehen der Berliner mit ihrem „Mitteilungsblatt“ nicht zu einem Keil aus, der, in die Einigkeit der Gesamtmitgliedschaft getrieben, doch unvorhergesehene folgen nach sich ziehen könnte. Die Kurve der Entwicklung weist auch in diesem Jahre wieder nach oben; die Mitgliederzahl steigt zum Jahresabschluß auf 1814.

Das Jahr 1910 ist ganz der Kleinarbeit gewidmet; wie überall der neue Mann nach seinem ersten Erscheinen in Anspruch genommen wird, so wurde auch Hannack im Gau die begehrteste Person. Auch hier wird die Erkenntnis nicht ausgeblieben sein, daß Theorie und Praxis zwei oft recht weit auseinanderliegende Dinge sind. Kleinarbeit bringt aber immer Erfolge, wenn sie auch nicht gleich so in die Augen springen wie große Unternehmungen. Der fällige Sautag kommt in fortfall, da sich zehn Bezirksvorsteher gegen seine Abhaltung aussprechen. Die nächstjährige Tarifrevision wirft ihre Schatten voraus. Bereits im Mai (23.–25.) beschäftigt sich eine Gauvorsteherkonferenz in Berlin mit den einschlägigen Verhältnissen, die sich schon jetzt darüber klar wird, daß gehilfsseitig das Hauptgewicht auf Erhöhung des Lohnes zu legen ist. Man ist sich auch darüber nicht im Zweifel, daß die Verhandlungen an Schwierigkeiten zunehmen werden, da das Erstarken der Gewerkschaftsbewegung im all-

gemeinen auch auf der Unternehmerseite vermehrten Zusammenschluß nach sich zieht. Zusammenballung von Mächtigkeitsgruppen ist für den Friedenszustand immer eine brenzliche Sache. Noch ein Ergebnis von allgemeiner Bedeutung brachte die Konferenz: Rezhäuser kündigte seine Stellung als Korrespondent-Redakteur zum 1. Oktober. An seine Stelle trat als dritter Redakteur Kollege Helmholz-Weimar. Der Legendenbildung, als sei R. vom Hauptvorstand gegangen worden, tritt letzterer mit der Mitteilung entgegen, daß R. seine Stellung bereits zweimal vorher gekündigt hatte und durch Gauvorstände und Hauptvorstand veranlaßt worden, zu bleiben, seine letztmalige Kündigung erfolgte unter der Mitteilung, daß er sich bereits anderweit vertraglich gebunden! – Das Vereinsleben im Odergau ist nach der Berichterstattung des Gauvorstandes wie der Bezirke im abgelaufenen Jahre durchweg ein ruhiges gewesen, das in stetiger Zunahme der Mitgliederziffern in Augenschein trat. Die Neuaufnahmen beliefen sich auf 261, die Wiederaufnahmen auf 49, die Gesamtzahl Ende Jahres auf 1922.

Das Jahr 1911 ist wieder ein Jahr der Tagungen. Die Generalversammlung des Verbandes tagt vom 14.–20. Mai in Hannover, um in der Hauptsache die für die Tarifrevision zu stellenden Anträge der Gehilfenschaft festzustellen. Der Odergau ist vertreten durch den Gauvorsteher, den Gehilfenkreisvertreter und je einen Vertreter der Bezirke Cottbus und Frankfurt a. Oder. Nach Verlauf der Generalversammlung tagte dann am 18. Juni der dreiundzwanzigste ordentliche Gautag in Nowawes – in Potsdam war für diese Tagung kein Lokal zu erhalten. Derselbe ist besetzt mit 63 Vertretern, vom Hauptvorstande ist Kollege Eißler anwesend. Die Tagesordnung ist eine ziemlich reichhaltige, sie umfaßt in der Hauptsache aber nur Änderungen der Satzung des Odergauen, die durch die Anstellung des besoldeten Gauvorstehers nötig geworden und dessen Betätigung in der Verwaltung festlegen, um diese von vornherein dem Bereiche persönlicher Ausdeutungen zu entziehen. Zum andern ist eine Aussprache über die Bezirkseinteilung nötig geworden, nachdem der Bezirk Spandau aufgelöst und zu Berlin geschlagen ist. Ebenso wird eine sichere Unterlage für die Abhaltung der Gautage durch eine Reihe von Anträgen angestrebt. Die Aussprache über den Geschäftsbericht ist, wie schon in den letzten Jahren auch, sehr kritisch mit einem unverkennbaren persönlichen Unterton; es ist deutlich zu erkennen, daß in Stettin kein rechtes harmonisches Zusammenwirken herrscht. Die Entlastung wird aber schließlich einstimmig erteilt. Die große Zahl der Abänderungsanträge zu den Satzungen macht die Wahl einer Kom-

mission nötig, die nach einer Generaldebatte die Sonderberatung vornehmen soll; es stellt sich aber sehr bald heraus, daß dieser Weg ungangbar ist, und so wird die Arbeit der Kommission außerhalb der Sautagung gestellt, an der dann auch der Hauptvorstand teilnehmen will. Sie soll aber bis zum 1. August mit ihrer Arbeit fertig sein. Die Sautagswahl beläßt die alten Kräfte im Amt. Die Besprechung der tariflichen Verhältnisse wird stark eingeschränkt, es kommt indes eine Entschließung des Gehilfenvertreters zur Annahme, die das Verhalten der Berliner Rotationer bei Scherl ernsthaft verurteilt, da ein solches gegen die Allgemein-Interessen verstößt, indem es die Vertragsfähigkeit der Gehilfenschaft stark diskreditiert. Nach einem kurzen Schlußwort des Sautagvorstehers wird die Tagung beendet, die Vertreter finden noch Gelegenheit zu einer wohlverdienten Erholung. — Die oben beschlossene Kommission tagte alsdann am 9. Juli in Berlin in Anwesenheit Eislers. Auch hier herrscht wieder der persönliche Unterton, der für die weitere ersprießliche Entwicklung ein leises Mißtrauen nicht zu bannen vermag. Die Erkenntnis, daß beiderseits gesündigt und beiderseits der gute Wille vorhanden, erscheint doch als ein hauchdünnes Gewebe, dem eine haltbare Naht wenig zuzutrauen ist. Die Aussprache endet mit einem umfangreichen Beschlußprotokoll, in dem alle strittigen Punkte nach den vorliegenden Anträgen geregelt sind. Auch die Abhaltung der Sautage findet ihre Regelung: in den Jahren, in denen eine Generalversammlung stattfindet, muß ein Sautag abgehalten werden; ein außerordentlicher Sautag kann vom Sautagsvorstande und muß von demselben einberufen werden, wenn der vierte Teil der Mitglieder dies beantragt. Die Tagung schließt mit hoffnungsvollen Wünschen für gutes Einvernehmen. — Die nächsten Wochen sind mit den Vorarbeiten für die Tarifrevision ausgefüllt. Die letzere bringt natürlich nicht die Erfüllung aller Wünsche der Gehilfenschaft, aber doch wieder 10 Prozent Lohnerhöhung und daneben noch eine vielseitige Aufbesserung der Lokalzuschläge, sodaß beinahe für die Hälfte der Sautagsmitglieder eine Aufbesserung um 12½ Prozent herauspringt. Auch die Durchführung der Änderungen geht fast glatt von statten. Am 16. November erfolgt dann eine kombinierte Tagung des Sautagsvorstandes mit dem Bezirksvorstande Stettin, an der auch Kollege Müller-Frankfurt als Mitglied der Sautagskommission teilnimmt. Veranlassung sind schwere Zerwürfnisse zwischen Sautagsvorsteher und Gehilfenvertreter, die in dieser Sitzung keine Lösung finden. Das Ergebnis ist die Einberufung einer Bezirksvorsteherkonferenz, deren Beschlußfassung sich der Sautagsvorstand zu unterwerfen gedenkt.

Diese Bezirksvorsteherkonferenz findet am 3. Dezember statt. Kollege Eifler nimmt wieder daran teil, außerdem auch der gesamte Vorstand von Stettin. Die Aussprache unterscheidet sich wenig von derjenigen, die nun schon zweimal stattgefunden, nur ist der Ton schärfer. Es handelt sich ja auch um eine unzweideutige Stellungnahme; die Beschlußfassung ergab das entschiedene Verlangen an die streitenden Parteien, um des allgemeinen Besten willens alle persönlichen Eigenwilligkeiten aufzugeben, was zugesagt wird.

Die tariflichen Verhältnisse im Gau sind nicht unbefriedigende, wenn sich auch die unterschiedlichsten Vorgänge ergeben. Die Tarifanerkennungen nehmen ebenso regelmäßig zu wie das Wachstum der Mitgliederzahl des Verbandes. Im abgelaufenen Jahre hatte der Gau 296 Neu- und Wiedereingetretene bei 37 Ausschlüssen. Das Jahresende musterte 2101 Mitglieder.

Das Jahr 1912 stand im Zeichen der Tarifeinführung nach den neuen Beschlüssen. Es wird ersichtlich, daß von seiten der Prinzipalität die laufenden Verbesserungen für die Gehilfenschaft mit mißgünstigen Augen betrachtet werden und daß sich die Bockbeinigkeit nicht mehr nur auf einzelne bekannte Tarifgegner beschränkt, sondern daß davon bereits größere Bezirke der Provinz ergriffen werden. Auch in hinterpommerschen Prinzipalskreisen findet man, daß die Bestimmungen des Tarifes sich wohl für Berlin, aber nicht für die Provinz eignen. Es wird zum Sammeln geblasen. Von Verbandsseite läßt man dieser Entwicklung zunächst ruhigen Lauf, als aber auf der Breslauer Tagung des Deutschen Buchdruckervereins auch schmetternde fanfaren gegen die Tarifgemeinschaft ertönen, nimmt eine Gauvorsteherkonferenz zu der Angelegenheit Stellung und beauftragt den Verbandsvorstand, mit dem Prinzipalsvorstand über diese Dinge fühlung zu nehmen. Die stattgehabte Aussprache beider Parteien führt zu der Erklärung des Prinzipalsvorstandes, daß man im Lager der Prinzipalität nach wie vor auf dem Standpunkte stehe, die Tarifgemeinschaft mit der Gehilfenschaft in friedlichem Miteinandewirken aufrecht zu erhalten. Zu bemerken ist hierbei, daß die Tarifkommission der Prinzipale sich hauptsächlich aus Inhabern von Großdruckereien zusammensetzt, daß also eine Rebellion der Provinzdrucker nicht so unbegreiflich erscheint. Auch im jenseitigen Lager hat der Schreier den größten Zulauf, der die meisten Versprechungen macht. Da die Vermittelung der Arbeitskräfte aber durch die Tarifinstitutionen eine ziemlich straffe ist, der Nachwuchs des Gewerbes meist gleich mit dem Auslernen vom Verbande aufgesogen wird, so werden die Gehilfen-

rauhbeine immer knapper und die Beschäftigung tariftreuer Gehilfen auch in der Provinz unabwendbar. Nach Einbeziehung des Gutenbergbundes in die Tariffgemeinschaft müssen ja auch diese tariftreu sein! Die Mitgliederzunahme im Gau zeigte am Jahreschluß 250 Neu- und Wiedereingetretene, ausgeschlossen brauchten nur 28 Kollegen werden, die Mitgliederziffer betrug 2251.

Da das Jahr 1913 die ordentliche Generalversammlung bringt, so ist auch der laufende Gautag fällig, der Gauvorstand beschließt dessen Abhaltung nach der Generalversammlung. Eine am Dorort in einer größeren Druckerei ausgebrochene Katzbalgerei zwischen faktor und Gehilfen, die zu einem Ausschlußantrag gegen den faktor geführt hatte, beschäftigte den Gauvorstand wochenlang, da auch der Hauptvorstand zur Entscheidung herangezogen werden mußte. Dieser stand der Angelegenheit kühler gegenüber und lehnte den Ausschluß ab, sodaß dem beklagten faktor nur eine Rüge erteilt wurde. Die endgültige Regelung der Gegenfälligkeiten scheiterte an dem Herrenstandpunkt der Geschäftsleitung – ein Beweis dafür, daß letzterer sich schließlich auch bei altgedienten Verbandskämpfern einfressen kann! – Das Sicherheitsventil der Prinzipalschaft – der Gutenbergbund – der seine felle immer häufiger fortschwimmen gewahrte, begnügte sich nicht mehr mit den schelen Augen, die er dem Wachstum des Verbandes machte, er verleumdete und begeiferte diesen bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit. Vielleicht war dies die seelische Auswirkung seiner Ehe mit den christlichen Beratern, jedenfalls konnte der Verband ein derartiges Verhalten von einem Tariffgemeinschaftskontrahenten nicht ungerügt lassen. Von der am 21. und 22. April tagenden Tariffkommission – an der als neuer Gehilfenvertreter der Kollege Ponick-Stettin teilnahm – wurde dieser Auchkollegenschaft ganz deutlich in grober fraktur der Text gelesen. Seitens der Prinzipale wurde die Ausgestaltung der gewünschten Saisonzuschläge innerhalb der Tarifperiode abgelehnt mit dem Troste, daß man darüber erst 1916 beschließen könne. Die natürliche folge davon war dann, daß auch die Gehilfen dem Aufsinnen der Prinzipale, schon jetzt sich auf bestimmte forderungen bzw. Richtlinien, die erst nach drei Jahren wirksam werden konnten, die kalte Schulter zeigten. Die achte ordentliche Generalversammlung tagte vom 16.–19. Juni in Danzig und sah vom Odergau fünf Vertreter; den Gauvorsteher, den Gehilfenvertreter und je einen Vertreter von Brandenburg, Potsdam und frankfurt. Die Ergebnisse der Tariffkommissionsitzungen vom April wurden einer eingehenden Aussprache unterzogen und gutgeheißen; des weiteren wurde einem

seit langem eingerissenen Uebel energisch auf den Leib gerückt, dem Ueberstundenunwesen, das sich im laufenden Jahr besonders unliebsam bemerkbar machte, da dieses keineswegs unter dem Zeichen günstiger Wirtschaftlichkeit stand. Die Arbeitslosenziffer und die Unterstützungsbeträge für die Betroffenen haben sich im Odergau innerhalb der Jahre 1911-13 fast verdoppelt! Die beschlossenen Richtlinien werden hoffentlich diesen unerwünschten Fortschritt etwas zurückstauen. Noch ein freundliches Bild leuchtete aus Danzig in die Kreise der Verbandsmitgliedschaft: Die Generalversammlung konnte zwei Mitglieder ehren, die fünfundzwanzig Jahre hindurch in treuer Waffenbrüderschaft führende Ämter im Hauptvorstande des Verbandes bekleideten, die Kollegen Döblin und Gustav Eisler. Daß diese Ehrung nicht nur die betroffenen beiden Kollegen aus dem Bild der Alltäglichkeit heraus hob, sondern auch bei jedem überzeugten Verbandsgewerkschaftler ein erhebendes Gefühl auslöste, kann wohl als selbstverständlich gelten.

Der vierundzwanzigste ordentliche Sautag des Odergaaues fand am 26. und 27. Juli in Eberswalde statt. 73 Vertreter der Bezirke waren am Werke. Vom Hauptvorstand war selbstverständlich Kollege Eisler anwesend, der als berufener Kenner ein ausgezeichnetes Referat: „Rückblicke und Ausblicke“ hielt, das für alle Hörer wertvolle Anregungen brachte. Seitens der Gauverwaltung konnte die allseitig wohltuende Erklärung abgegeben werden, daß die Verhältnisse sich nunmehr zum besten Einvernehmen geregelt hätten. Außer der Entgegennahme des Jahresberichts der Verwaltung, dessen Kritik äußerst wohlwollend ausfiel, beschäftigten den Sautag in der Hauptsache verwaltungstechnische Maßnahmen, die Satzungsänderungen erforderten. Ein Korrespondent-Obliquatorium für den Gau fand keine Gegenliebe, die Sache wurde durch Zurücknahme des Antrags erledigt. Bezüglich der Abhaltung des Sautags ob vor oder nach der Generalversammlung verblieb es bei der gegenwärtigen Fassung der einschlägigen Bestimmungen, die genügende Bewegungsfreiheit für die Mitglieder lassen. Die Neuwahl der Verwaltung erzielt die Wiederwahl der amtierenden Kollegen mit der Maßgabe, daß der Anstellungsvertrag für den Gauvorsteher nunmehr immer von ordentlichem zu ordentlichem Sautag Geltung behalten soll, also zweijährige Dauer bekommt. Die ohne jede Schärfe geführten Verhandlungen finden ihren harmonischen Abschluß in dem Wunsche, daß die Teilnehmer befruchtende Anregungen mit nach Hause nehmen mögen.

Der Rest des Jahres vergeht in dem sich meist gleichbleibenden Einerlei der Verwaltungsgeschäfte bei ansteigender Mitgliederziffer und

zunehmenden Tarifierkennungen. Dazwischen läuft die Tätigkeit der Tariffchiedsgerichte und die Arbeitsnachweisgeschäfte, die ein stets reibungsloses Miteinanderarbeiten der beiden Tarifpartner mit sich bringen, von denen doch der eine wie der andere sich keinen Deut ihrer Organisationsprinzipien vergeben. Dazu kommt eine Beweglichkeit in dem Mitgliederbestande, die mit über 1000 und 1100 Zu- und Abgereisten ein ansprechendes Vereinsleben zustande bringt. Die Zahl der Neu- und Wiedereingetretenen ist 246, die Jahresendziffer 2333 Mitglieder. Daß die Allgemeinentwicklung im Gau eine günstige gewesen, geht wohl am besten aus den Worten des Vorstehers des Bezirks Brandenburg hervor, der seinen Bericht so einleitet:

„Da für unsern Bezirk die Möglichkeit einer weiteren Ausbreitung nicht mehr gegeben ist, mit Ausnahme einiger „Unsicheren“ und Prinzipalsöhne, vielmehr alle tarifmäßig entlohnten Gehilfen dem Verbande angehören, so konnte auch im Berichtsjahre das Hauptaugenmerk des Bezirksvorstandes auf die Vertiefung unserer gewerkschaftlichen Arbeit gerichtet sein.“

Ein stolzes Wort, das wohl den stillen Neid manches anderen, weniger glücklich gelangerten Bezirkes gelockert haben mag. Im übrigen ist die Gehilfenschaft fast schon zu neunzig Prozent im Verbande organisiert, die Versuche, den letzteren bei irgend einer Seite in seinem Werte für die Volkswirtschaft herabzusehen sind vergebliches Liebesmühen. Es ist aber auch nicht die Bismarckei allein, wo sich Reste von Berufsangehörigen in engstirniger Abgeschlossenheit dem Fortschritt einer modernen Zeit versagen, sie finden sich überall da, wo die Erfindung Gutenbergs zur Verdummung der Geister mißbraucht wird. Die Beseitigung dieses Mißbrauchs wird für die Gehilfenschaft vielleicht noch einmal eine Aufgabe späterer Tage! Am 15. Dezember fand eine Gauvorsteherkonferenz in Berlin statt, die sich mit der Lehrlingsfrage und der Faktorenfrage beschäftigte. Von seiten der Prinzipale soll auf die Faktoren, die dem Verbande angehören, ein Druck ausgeübt werden, um sie zum Austritt zu nötigen. Der Hauptvorstand empfiehlt zunächst zuwartende Stellung hierzu. Die sonstigen Verhandlungen waren innergewerkschaftlicher Art und betrafen unser Verhältnis zu den übrigen Gewerkschaften; da dieselben von vornherein vertraulicher Natur waren, sind sie auch für spätere Wiedergabe nicht festgehalten worden.

Mit dem Jahre 1914 beginnt ein Zeitabschnitt, der in der Geschichte der Völker mit blutigem Griffel eingegraben ist, der Beginn des Weltkrieges, der halb Europa in Trümmer legte und an Kulturwerten die Arbeit eines ganzen Jahrhunderts und mehr vernichtete, dessen Schäden noch Generationen nach uns zu fühlen haben werden, den seinesgleichen die Völker noch nicht erlebt hatten. Auch für die Buchdrucker begann das

Fahr mit einer ungewöhnlichen Angelegenheit. Ende Januar war L. Röhlfinger in der Schweiz verstorben und kurz nach seinem Tode tauchte eine Broschüre gegen den Verband und seinen Hauptvorstand auf, die an Gemeinheit und Niedrigkeit alles überbot, was auf diesem Felde nur je denkbar war und von dem Gutenbergbunde in der ihm eigenen Weise ausgeschlachtet wurde. Der Herausgeber war ein Verbandsmitglied von der Art, die keiner Organisation zur Zierde gereichen. Dem Hauptvorstande wurde sofort in einer ausführlichen Erklärung, die dem Korrespondent beigelegt war, dazu Stellung genommen und auch die Mitgliedschaften ersucht, dazu in besonderen Versammlungen sich zu äußern. Der Bauvorstand befaßte sich wiederholt mit der Sache, die ihre gewünschte Erledigung fand. Der Herausgeber wurde aus dem Verbande ausgeschlossen.

Einen erfreulichen Auftakt bildete die Tatsache, daß in dem in Oesterreich entbrannten Buchdruckerstreik durch die angebotene Vermittlung des Deutschen Tarifamtes, die freudig angenommen wurde, der Kampf zu einem befriedigenden Ende für die Parteien gebracht werden konnte. Dieses von der gesamten Buchdruckerwelt beachtete Ereignis war eine der schönsten Früchte, die die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker je getragen hat. — Inzwischen hatten sich die politischen Verhältnisse in Europa bis zur äußersten Spannung zugespitzt, die Schüsse von Serajewo lösten auch noch die letzte schwache Sicherung. Die Zeit war reif geworden für die Austragung der seit langem gehäuften Zerwürfnisse der Völkerrregierungen, die unter dem militaristischen System keine andere als eine gewaltsame sein konnte. Die von der internationalen Arbeiterschaft in Angriff genommene Bewegung gegen einen Krieg konnte das Verhängnis nicht mehr aufhalten und als mit der Ermordung Jaurés in Paris das letzte Hindernis beseitigt war, konnte das Verderben seinen Vernichtungsgang antreten.

Die in Leipzig errichtete Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik war das erste Kulturwerk, das durch die Kriegserklärung in alle Winde zersprengt wurde. Einige wertvolle Ueberreste derselben sind glücklicherweise doch noch der Nachwelt erhalten geblieben. Trotzdem die Entwicklung der Verhältnisse nach dem Attentat von Serajewo sich eigentlich vollkommen durchsichtig vollzog und jeder, der dieselbe mit offenen Augen ansah, fast auf den Tag hin den Ausbruch des Kraters vorhersehen konnte, legte die Kriegserklärung vom 1. August sich wie ein lähmendes Entsetzen über alle Gemüter. Die ersten, die sich aus der Erstarrung lösten, war das Unternehmertum, das sich darüber

klar wurde, wie hier durchgehalten werden mußte. Die begeisterten Volksmassen, die den Arbeitskittel mit dem Waffenrock tauschen mußten und Gesundheit und Leben hingeben mußten für des Vaterlandes Größe, das waren auch die starken Schultern, denen die wirtschaftlichen Lasten aufgebürdet werden konnten, indem man die Betriebe entweder ganz schloß, oder die Arbeit und Entlohnung auf Halbzeit oder noch geringer einstellte; in so schweren Zeiten mußte eben jeder Opfer bringen und das erwerbstätige Volk war das geborene Opfertier. Und das Unternehmertum des graphischen Gewerbes war zu keiner Ausnahme verpflichtet. Wenige Tage nach der Mobilmachung leisteten sich die pommerschen und Brandenburger Druckherren folgenden Ukas, der es wert ist vor der Vergessenheit bewahrt zu werden:

Deutscher Buchdruckerverein  
Kreis Pommern und Brandenburg  
Geschäftsstelle: Stettin, Klosterhof 2

An die Mitglieder des Kreises XI des Deutschen Buchdruckervereins und die Prinzipalität der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker ergeht hiermit die Bitte, im Hinblick auf die erfolgte Mobilmachung des deutschen Heeres und der Marine zunächst von einer Entlassung des gesamten Personals abzusehen. In dieser schweren Zeit muß jeder zu außerordentlichen Opfern bereit sein. Die Prinzipale Stettins haben in ihrer Sitzung vom 6. August 1914 einstimmig beschlossen:

1. am nächsten Lohntage das gesamte Personal zu kündigen.
2. mit den Gehilfen eine Vereinbarung zu treffen, daß sie nach Ablauf der vereinbarten Kündigung bei täglicher Kündigung und nötigenfalls zur Hälfte des Wochenlohns bei halber Arbeitszeit weiterarbeiten.

Der Gehilfen-Kreisvertreter hat diesem Beschluß zugestimmt. Die Zeitungsdruckereien und diejenigen Druckereien, in denen vorläufig noch genügend Beschäftigung vorhanden ist, können auch eine andere Regelung vornehmen.

Dieser Beschluß ist in allen Betrieben des Tarifkreises mit dem gesamten Personal durchzuführen, um eine gleichmäßige Entlohnung und Beschäftigung zu sichern.

Wir sind der Meinung, daß es unsere Pflicht ist, soweit als möglich allen Angestellten unserer Betriebe Beschäftigung zu geben, wenn auch bei halber Arbeitszeit zu halben Löhnen.

Mit kollegialem Gruß

Johs. Fischer

Tarifkreisvertreter und stellv. Vorsitzender des DBD

Wir machen noch darauf aufmerksam, daß gemäß § 124 a der Gewerbeordnung auch im Mobilmachungsfalle die im § 10 des deutschen Buchdrucker tariffs vorgesehenen Bestimmungen bezüglich der Kündigung in Kraft bleiben.

Zunächst darf nicht unbemerkt bleiben, daß die Zustimmung des Gehilfen-Kreisvertreters, der in der angezogenen Sitzung gar nicht anwesend war, in der Hitze des Gefechts von dem Herrn Prinzipals-Tarif-

kreisvertreter hinzugedichtet war. Als dann waren sich die Vertreter der Gehilfenschaft darüber völlig klar, daß weder ein Kreisverein des DBD noch ein Tariskreis eigenmächtig solch grundsätzliche Änderungen des gültigen Tarifs vorzunehmen berechtigt waren. Man behielt demgegenüber kühlen Kopf und handelte entsprechend. Bei einer solchen Belastungsprobe, wie sie der Krieg den Gewerkschaften und der höchstentwickelten Organisation der Buchdrucker auferlegte, hieß es alle Kräfte zusammenzufassen, um das Ganze zu erhalten und wieder in das ruhige Fahrwasser des Friedens hinüberzuleiten. Eine fürchterliche Arbeitslosigkeit setzte umgehend ein, der eine langsam aber stetig steigende Teuerung aller Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände auf dem fuße folgte. Nüchterne Berechnungen ergaben, daß bei gleichbleibendem Verhältnis unser Verbandsvermögen Ende des Jahres für die statutgemäßen Unterstützungszweige aufgebraucht sein würde. Innerhalb vier Wochen waren 11 500 Verbandsmitglieder zu den Fahnen einberufen! Aus dem Odergau waren es 480! Vom Gauvorstand waren noch drei Kollegen übrig geblieben, die anderen, unter ihnen der Gauvorsteher, waren einberufen. Die Kollegen Reinke, Bila, Duchateau – letzterer konnte am 1. Oktober auf eine fünfundzwanzigjährige Tätigkeit als Schriftführer in der Gauverwaltung zurückblicken – haben in schwerster Zeit mutig und unverzagt das Schifflein des Oderganes durch alle Strudel und Untiefen ins gesicherte Fahrwasser bugsiert, es bleibe ihnen unvergessen!

Eine Gauvorsteherkonferenz, die am 24. August in Berlin tagte, befaßte sich mit der Anpassung der Unterstützungseinrichtungen des Verbandes an die Kriegsverhältnisse. Die Sätze mußten teilweise verringert, für die Dollarbeitenden mußten Extrabeiträge eingerichtet werden; der Uebertritt zu anderen Berufen und Tätigkeiten, sowie die Rückkehr der Betreffenden zum Verband wurde erleichtert. Die Frage der Kurzarbeit und Beitragspflicht während derselben war zu lösen – kurzum, die Gauvorsteher brachten auf der Heimreise von der Konferenz einen ganz ansehnlichen Packen Arbeit mit, den sie in ihren Betätigungsgebieten in praktische Wirkung umzumünzen hatten. Das Vereinsleben für die daheim und in Arbeit Gebliebenen war abwechslungsreich genug und wenn nicht die furchtbaren Ziffern von der Arbeitslosigkeit und die Ehrentafel der gefallenen Kollegen im Jahresbericht eine erschütternde Sprache redeten, würde man demselben die Kriegszeit nicht ansehen. Die Mitgliederbewegung zeigte noch 182 Neu- und Wiedereintritte, da aber der Abgang zum Militär 844 betrug, schmolz der Mitgliederbestand damit auf 1427 zusammen.

Die von den Kriegstreibern als wahrscheinlich angenommene Kriegsdauer war längst überschritten worden. Die Einberufungen zum Heere zogen immer weitere Kreise, so daß sich als natürliche Folge eine Verringerung der Arbeitslosigkeit ergab, die sich teilweise bis zum Mangel an geeigneten Gehilfen auswuchs. Dies trat im Buchdruckgewerbe bei den Maschinensehern ein, was die Prinzipale sofort zu einem Vorstoß gegen die Maschinenseherbestimmungen des Tarifs benutzten. In gleicher Weise machte sich bei den Rotationern Mangel an gelernten Kräften bemerkbar, der von den Prinzipalen durch Hilfsarbeiter zu ersetzen gesucht wurde. Die Gehilfenschaft wurde vom Hauptvorstande darauf hingewiesen, gegenüber solchen Bestrebungen seitens der Prinzipale etwas mehr Steifnackigkeit aufzusehen, da auch das Tarifamt derartigen Machenschaften wenig Segenliebe entgegenzubringen vermochte. Die Kriegsdauer auf unbestimmte Sicht machte eine allmähliche Umstellung der bisherigen Fabrikbetriebe für Verbrauchswerte auf solche für Kriegsbedarf nötig, so daß die Arbeitsverhältnisse wieder günstiger werden, wenn auch nicht von einem wirtschaftlichen Aufschwung die Rede sein kann. Dieser beschränkt sich nur auf die Zahl der Kriegsgewinnler, die sich allerdings auf sämtliche Berufsarten verteilen. Regelmäßige Arbeitsverhältnisse bringen aber auch bessere gewerkschaftliche Verhältnisse mit sich, und ist die Verwaltung des Obergauens im Jahre 1915 schon in der Lage, den Angehörigen der eingezogenen Kollegen gelegentliche kleine Unterstützungen als Mietszuschuß zukommen zu lassen oder letztere selbst mit einer gelegentlichen Liebesgabe zu erfreuen.

Am 30. und 31. August fand in Berlin eine Bauvorsteherkonferenz statt, auf der die gesamte Lage einer eingehenden Aussprache unterzogen wurde. Bei der Unsichtigkeit der Verhältnisse konnten bindende Beschlüsse nicht gefaßt werden, aber an Hand der ausgetauschten Erfahrungen wurden doch verschiedene Anregungen gegeben, die günstigere Beurteilung vorhandener Verhältnisse zuließen. Auch der Hauptvorstand konnte Mittel zur Unterstützung zur Verfügung stellen. Die letzteren wurden in entsprechender Weise den Bedürftigen zugeführt. Das tarifliche Leben wickelt sich in den üblichen Bahnen ab; es erfolgen immer wieder Tarifanerkennungen, aber es wird auch so manche Firma wieder aus dem Tarifverzeichnis gestrichen. Von den alten Tarifgegnern im Bau ist der hartnäckigste noch immer Dr. Struck in Stralsund, der sich zu keiner Anerkennung des Tarifs bewegen läßt. Die gelegentlich bei ihm arbeitenden Verbandsmitglieder fliegen immer wieder auf, sobald sie die Tarifanerkennung verlangen. Die ihm treugesinnten Gutenbergbündler stoßen sich

an derlei Schönheitsfehlern nicht, auch sie bleiben sich treu! Auch andere Firmen – so im Cottbuser Bezirk – gehören zu den ständigen Gästen der Tariffchiedsgerichte und erzeugen damit einen starken Wechsel im Personal, der sich schließlich auch in unserer Bewegungsstatistik auswirkt.

Der über Jahr und Tag schon andauernde Krieg hat als Begleiterscheinung eine ganze Anzahl von Verletzten aufzuweisen, die zwar dem Leben wieder zurückgegeben, aber für ihren bisherigen Beruf kaum mehr tauglich sind. Der Wiedereinführung dieser Unglücklichen in das Erwerbsleben haben sich die Gewerkschaften, die sich überhaupt in vorbildlicher Weise den Notwendigkeiten des Kriegszustandes angepaßt haben, gleichfalls angelegen sein lassen. Im Buchgewerbe ist es das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, das sich dieser Aufgabe gewidmet und in eindringlichen Aufrufen an die Prinzipalität zur Fürsorge für die Kriegsbeschädigten aufgefordert und die Vermittelung für deren Unterbringung übernommen hat. Bezüglich der Heimgebliebenen, die trotz voller Beschäftigung infolge der fast wucherischen Verteuerung aller Lebensbedürfnisse mit ihren Löhnen nicht mehr auszukommen vermochten, blieb kein anderes Mittel, als auf dem Wege gütlicher Vereinbarung von ihren Arbeitgebern Teuerungszulagen als Ausgleich zu erhalten. Es kann leider nicht gesagt werden, daß die Prinzipalität in ihrer Gesamtheit der Lage ihrer Gehilfen das nötige Verständnis entgegengebracht hätte. Da die Geschäftsverhältnisse sich erheblich gebessert hatte, hat wohl ein Teil der Herren in humaner Weise den Angehörigen ihrer zum Kriegsdienst eingezogenen Arbeitskräfte laufende Unterstützungen gewährt, aber auch unter diesen fanden sich einzelne, welche die Teuerungszulagen für die arbeitenden Gehilfen gegen die Familienunterstützung der Kämpfenden glaubten aufrechnen zu müssen. Der „Besitz“ hat eben noch niemals geadelt! – In das Jahr 1915 fiel auch ein für die gesamte Arbeiterchaft bedeutungsvoller Tag: Am 17. November konnte die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands auf ein fünfundschwanzigjähriges Bestehen zurückblicken. Bei Begründung der Generalkommission zählten die freien Gewerkschaften 300000 Mitglieder, bei Beginn des Krieges war die Ziffer auf 2600000 angewachsen. Die Bewegungsstatistik des Jahres 1915 zählt 196 Neu- und Wiedereingetretene bzw. zum Beruf Zurückgekehrte bei einer Gesamtmitgliederzahl Ende des Jahres von 838. Den Heldentod erlitten von Beginn der Feindseligkeiten 133 Mitglieder des Oderganges.

Wenn beim Jahreswechsel auch allseits der hervorstechendste Wunsch der nach Frieden war, so war man sich wohl meist darüber im Reinen, daß die Erfüllung dieses Wunsches wenig wahrscheinlich erschien. Das Vor-

tragen der deutschen Waffen in fast alle feindländer hatte in den verantwortlichen und unverantwortlichen Kriegstreibern einen Dunstkreis geschaffen, der für den gesunden Menschenverstand undurchdringlich wurde. Und so wurde der Kriegszustand zum Dauerzustand, mit dem man sich gut oder schlecht abzufinden hatte. Die Verhältnisse im Odergau machten doch auch wieder eine Erörterung seitens der führenden Personen nötig und so wurde am 13. februar 1916 in Berlin eine Bezirksvorsteherkonferenz einberufen, an der außer den geschäftsführenden Mitgliedern des Gauvorstandes auch der Gehilfenvertreter des Kreises XI teilnahm. Dem Hauptvorstand war Kollege Döblin erschienen, der einen eingehenden Bericht über die gewerblichen Verhältnisse und die tarifstürzenden Absichten der Prinzipale gab. Ueber die tariflichen Verhältnisse und deren gewünschte und getroffene Veränderungen gab Kollege Schliebs vom Tarifamt ein anschauliches Bild. Hier erwies sich, daß bei aller Sachlichkeit, die er seinem Amte als Tariffsekretär schuldete, er doch der unbestechliche Hüter der Gehilfen- und Verbandsinteressen war, der getreue Eckhardt, der alle unheil kündenden Wetterstürze von der Tarifgemeinschaft abzuwenden wußte. So war vom Tarifamt durchgesetzt worden, daß alle während der Kriegszeit an den tariflichen Abmachungen getroffenen Änderungen — denen aus den Verhältnissen heraus nicht ohne weiteres entgegenzutreten war — nur als Ausnahmegestimmungen zu gelten hätten, die mit Beendigung des Krieges wieder aufzuheben sind. Die Konferenz gab ihre Zustimmung dazu, daß die Tarifrevision um ein Jahr verschoben werden sollte — von den übrigen Gauen lag das Einverständnis gleichfalls vor — ebenso war sie damit einverstanden, die Generalversammlung des Verbandes und die Gautage ausfallen zu lassen. Der Verlängerung des Organisationsvertrages um ein weiteres Jahr wurde zugestimmt, ebenso der Notwendigkeit, die in das Jahr 1916 fallende feier des fünfzigjährigen Bestehens des Verbandes bis nach Kriegsende zu vertagen. Es wird eine festschrift herausgegeben werden, in der auch die Jubilare geehrt werden sollen. Die Verbandskasse, die im verfloßenen Jahre nicht schlecht abgeschnitten hatte, konnte wiederum einen Unterstützungsbetrag von 2 Mark je Mitglied den Gauen zur Verteilung an die Zuständigen überweisen. Die Beziehungen der Gewerkschaften durch die Generalkommission zur Regierung, konnten als befriedigend und für die Zukunft viel versprechend betrachtet werden, während das Zerwürfnis in der politischen Partei keinen Lichtblick bedeutet, da bei andauernder Spaltung ein Uebergreifen auf die Gewerkschaftsbewegung unabwendbar sein wird. Unsere internationalen Beziehungen haben die Belastungs-

probe mit dem Weltkriege nicht ausgehalten, sie sind zunächst aufgelassen. Auch das internationale Buchdruckersekretariat in der Schweiz hat gleichfalls versagt. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

Die an die Berichte sich knüpfende Aussprache ist eine sehr ausgiebige, da erklärlicherweise sämtliche Vertreter das Bedürfnis haben, sich ihre örtlichen Kümmernisse von der Seele zu reden. Was an Aufklärung von Mißverhältnissen und Unstimmigkeiten in den einzelnen Bezirken vom Bauvorstand und dem Gehilfenvertreter gegeben werden kann, stellt schließlich das allgemeine Einverständnis wieder her und den amtierenden Kollegen wird das Vertrauen der Konferenz ausgesprochen.

Die im Januar versammelt gewesene Bauvorsteherkonferenz hatte bezüglich der Teuerungszulagen einen Ausweg gefunden, der für diese eine von den Prinzipalen anzuerkennende Berechtigung herstellen konnte. Verständigung zwischen den Tarifparteien führte zur Anerkennung der Teuerungszulagen; allerdings ergab sich keine Möglichkeit, diese in bestimmt ausgedrückte Ziffern umzuprägen, sodaß für die Erlangung derselben es in der Hauptsache auf die nötige Zivilkurage und den erforderlichen Takt der Personale ankommt. Bei Verweigerungen soll im Beschwerdewege durch die Tarifinstanzen eine Vermittlung bzw. Entscheidung der Tariffchiedsgerichte in Anspruch genommen werden. Die weitere Entwicklung der Angelegenheit hat gezeigt, daß diese Vorsorge gute Früchte gezeitigt hat. Im Gebiete des Obergauens waren es nur die Orte Kolberg und Cottbus, in denen die Bewilligung der Teuerungszulagen auf Schwierigkeiten stieß — sonst ging sie glatt von statten.

Die lange Dauer des Krieges brachte für Deutschland die unerquickliche Lage, daß es von der außereuropäischen Welt völlig abgeschnürt worden und dadurch von jeglicher Einfuhr überseeischer Produkte abgeschnitten war. Das bewirkte nicht nur fühlbaren Mangel in der Ernährung des Volkes und der kämpfenden Heere, sondern auch ein Knappwerden aller Gebrauchsgegenstände, deren Herstellung von der Einfuhr der Rohprodukte abhängig war. Im Buchgewerbe machte sich eine Papierknappheit bemerkbar, die sich wiederum lähmend auf die Betriebe legte und den Fortbestand manchen Betriebes schwer beeinträchtigte. Alle diese Wirkungen wurden aber nach alter Gewohnheit vom Unternehmertum auf die Arbeiterschaft abzuwälzen gesucht, deren sprichwörtlicher Opfermut sie zu immer billigerem Arbeiten veranlassen sollte. Die Prinzipalität darf sich nachrühmen lassen, daß sie wirklich nichts unversucht gelassen hat, um die Stellung der Gehilfenschaft in jeder Weise zu zermürben. Die gefallenen Kollegen mußten mit ihrem Tode noch die Notwendigkeit

größerer Lehrlingsausbeutung begründen helfen. Die leeren Plätze der Eingezogenen sollten die Anlernung von weiblichen Arbeiterinnen am Kasten wie an der Sehmachine erhärten. Die Anpassung an die um mehr wie 100 Prozent erfolgte Teuerung aller Lebens- und Gebrauchsmittel wurde mit der billigen Redensart, in so schwerer Zeit muß eben jeder Opfer bringen usw., abgewehrt. Bewundernswert war wirklich nur der beinahe fatalistische Gleichmut, mit dem die Gehilfenschaft alle diese Schläge hinnahm – höchstens reichte es noch zu einem Vorwurf für die Vertrauensleute des Verbandes, Ordnung zu schaffen und es hätte doch wirklich nur einmal eines mannhaften Widerstandes bedurft! Eine zweite Gauvorsteherkonferenz am 18. und 19. September in Berlin mußte sich schließlich wieder mit der Regelung der Teuerungszulagen befassen, ohne bei den Prinzipalen die nötige Gegenliebe zu finden. Die Herren konnten ihren ablehnenden Standpunkt mit folgender feststellung begründen:

„Die vor Einberufung der gemeinsamen Sitzung, in welcher über die Erhöhung der Teuerungszulagen verhandelt wurde, in allen Kreisen angestellten Erörterungen haben ergeben, daß die Gehilfen der verschiedenen Druckorte mit den erstmalig bewilligten Sätzen befriedigt waren und von der von Ihnen und den Vertretern des Gutenbergbundes gelegentlich der Aussprache in Goslar behaupteten Unzufriedenheit in keinem Kreise etwas wahrgenommen worden ist.“

Sehen wir indes noch ein freundliches Licht in die trüben Schatten der Zeitläufe. Die Gauvorsteherkonferenz konnte vor ihrem Auseinandergehen noch eine Ehrung des Kollegen Eisler vornehmen, der zur Zeit auf eine fünfundzwanzigjährige Tätigkeit als Hauptkassierer des Verbandes der Deutschen Buchdrucker zurückblicken konnte. In Treue fest, hat er den Ruhm für sich, durch seine gewissenhafte und doch kollegiale Führung der Kassengeschäfte seinen Anteil an der Macht und dem Ansehen des Verbandes begründet zu haben. Der Odergau darf ihn zu seinen treuesten Freunden und Beratern zählen und ihm die gebührende Achtung für alle Zeiten bewahren. Auch der Odergau selbst konnte im Dezember einen verdienten treuen Kollegen: Wilhelm Bila, ehren, der zur Zeit des Neunstundenkampfes der Buchdrucker in den Gauvorstand als Hilfskassierer eingetreten war und nach Uebernahme des Hauptkassiererpostens nunmehr seit fünfundzwanzig Jahren die Kassengeschäfte des Gaus in treuer Obhut hat. für die stetig sich gleichbleibende Pflichttreue sind Orden und Ehrenzeichen nie geschaffen gewesen, mag dem wackeren Kämpfer, der noch heute am gleichen Strang zieht, das Bewußtsein die Brust höher schwellen lassen, daß die Zuneigung und Verehrung seiner Zeitgenossen noch über sein zeitliches Ende sich schwingen wird!

Das deutsche Volk hatte noch einen großen Tag! Vom 11. bis 13. Dezember tagte in Berlin die Konferenz der Gewerkschaftsvorstände und Gauleiter mit den Regierungsinstanzen zur Stellungnahme zu dem Gesetz für den vaterländischen Hilfsdienst. Genosse Legien von der Generalkommission eröffnete die Sitzung, die von 467 freien und 82 christlichen Gewerkschaftsvertretern beschickt war, um die Bereitwilligkeit der Arbeiterschaft, zum Wohle des Vaterlandes alles einzusehen, darzutun. Auch die Buchdrucker aller Gauen waren an dieser denkwürdigen Tagung vertreten, auf der noch einmal wieder tief einschneidende Maßnahmen besprochen wurden. — Die Gauvorsteher der Buchdrucker benutzten diese Gelegenheit gleich zu einer engeren Tagung, auf der nochmals die Frage der Teuerungszulagen erörtert wurde. Kollege Schliebs konnte einen Beschluß des Tarifamtes mitteilen, nachdem die Teuerungszulagen als tarifliches Recht erklärt wurden. Damit war dann der Widerstand der widerstrebenden Prinzipale gebrochen.

Die tariflichen Verhältnisse wenden sich trotzdem nicht zum Besseren, da vom Kriegsamt den Prinzipalen freigestellt ist, sich in geeigneter Weise zu helfen, ohne an die Genehmigung des Tarifamtes gebunden zu sein. Man kann von einem Kriegsamt eben kein Verständnis für Verhältnisse verlangen, deren Hauptgrundlage der Friedenszustand ist. Der Versuch, das gesamte Buchgewerbe als zur Kriegsindustrie gehörig festzustellen, hatte keinen Erfolg, nur die Zeitungen sollten diesen Vorteil genießen, die Werk- und Akzidenzdruckereien dagegen nicht. Die Bewegungsstatistik für 1916 weist 162 Neu- bzw. Wiedereingetretene auf und eine Gesamtmitgliederzahl von 787. Den Tod vor dem Feinde erlitten 53 Kollegen.

## Don 1917 bis 1926

Krieg und kein Ende — Die Teuerungszulagen — Emil Döblin † — Waffenstillstand — Steigende Teuerung — Das Ende der Tarifgemeinschaft — Inflation — Kreis XI — Bund der Buchdruckereibesitzer — Schlußbetrachtungen.

Um es gleich vorweg zu nehmen: Die Hoffnungen, die auf das Jahr 1917 in Hinsicht auf Beendigung des Krieges gesetzt wurden, haben sich nicht verwirklicht. Die von den verschiedensten Seiten eingeleiteten Versuche, zum Frieden zu kommen, schlugen fehl, weil die Kriegsfanatiker Oberwasser behielten und so gab es statt Frieden eine erhebliche Verböserung des Kriegszustandes, da nunmehr auch noch Amerika uns als Feind gegenübertrat und damit den Westbundmächten den Nacken steifte. Die Erleichterung, die durch die politische Umwälzung in Rußland im

Oftener erfolgte, wurde dadurch wieder ausgeglichen. Die Verhältnisse im Heimatland erfuhren dadurch natürlich eine erhebliche Verschlechterung; immer mehr Hände wurden dem Gewerbe entzogen und dem Kriegsdienst zugeführt. Auch die Lebensverhältnisse erfuhren eine Verschlechterung, so daß oft genug jetzt die Erörterung der Frage Platz griff, ob ein solches Dasein überhaupt noch lebenswert sei. — Das Hilfsdienstgesetz brachte uns den Einzug der Frauenarbeit ins Gewerbe, dem nicht mehr zu widerstehen war, wenn nicht unsere tariflichen Gesetze überhaupt dem Machtgebot des Kriegsamts erliegen sollten. Letzteres wollte auch dem Buchdruckgewerbe keine Ausnahmestellung einräumen. Der Hauptvorstand des Verbandes hielt es daher für nötig, gleich zu Anfang des Jahres besondere Klarlegungen über diese Angelegenheit den Mitgliedern über die Gauvorstände zukommen zu lassen. Eindringlichst wurde darauf hingewiesen, daß jetzt mehr denn je Gedeih und Verderb unseres Verbandes in die Hand jedes einzelnen Mitgliedes gegeben ist, daß wir diese Einstellung nicht nur um unserer selbst willen zu nehmen hätten, sondern auch um jener, die jetzt mit ihren Leibern den Wall bildeten, der die Kriegsurie von unsern Fluren fern hält, die ein Recht darauf haben, das Zurückgelassene möglichst unverfehrt wieder vorzufinden. Das kollegiale Vereinsleben entwickelte sich denn auch in den gewohnten Geleisen, auf tariflichen Bahnen lebhafter wie sonst. Die Unterstützungsmöglichkeiten für die bedürftigen Hinterbliebenen konnten trotz der immer ungünstiger sich gestaltenden Ernährungsverhältnisse aufrecht erhalten bleiben. Zu allen andern Mißverhältnissen fraß sich der nun schon zwei Jahre währende politische Zwiespalt der Arbeiterschaft in die Gewerkschaften ein und wirkte sich zu Verhältnissen aus, die man früher sich gar nicht auszudenken vermochte.

Von seiten der Prinzipalität des Kreises XI war eine Attacke auf die freizügigkeit der Gehilfen geritten worden, insofern, als man verhindern wollte, daß Gehilfen ihre Kondition aufgaben, weil sie eine besser bezahlte erlangen konnten; auch versuchte man die in der Munitionsindustrie eingeführten Abkehrscheine auch für die Buchdrucker einzuführen. Im ersteren fälle führte eine Besprechung einer Kommission von Prinzipalen und Gehilfen zur Zurücknahme der hierfür bereits erlassenen Anweisungen seitens des Prinzipalvorsitzenden, im zweiten fälle führte ganz energischer Widerspruch der tarifstreuen Gehilfenschaft dazu, daß es bei unsern tariflichen Bestimmungen bei Konditionswechsel verblieb. — Es braucht nicht verschwiegen bleiben, daß sich auch Prinzipale fanden, die ihre Gehilfen bei den Kriegsbehörden denunzierten,

wenn ihnen letztere in Bezug auf tarifliche Bezahlung unangenehm wurden. Die Teuerungszulagen, die prinzipalsseitig gezahlt wurden, entsprachen keineswegs den Erfordernissen der stetig schwieriger werdenden Ernährungsverhältnisse ~ an eine Erneuerung notwendiger Wirtschaftserfordernisse war gar nicht mehr zu denken. Der normale Lohn des Buchdruckers war von seiner führenden Stellung aus der Vorkriegszeit längst abgedrängt und nur die recht häufig gewordene Ueberstundenarbeit konnte annähernd einen Ausgleich zwischen Soll und Haben herbeiführen.

Die Bewilligung tariflicher Ausnahmen seitens des Tarifamts nimmt auch im Odergau die Verwaltung ständig in Anspruch und man denkt nicht ohne Sorge an den Abbau dieser Verhältnisse bei Friedensschluß, der ja auch bei diesem Kriege einmal eintreten muß. Auch die zurückgemeldeten Kriegsverletzten, die für den Kriegsdienst nicht mehr tauglich sind und nun im erlernten Beruf doch wieder tätig werden möchten, erfordern viele Arbeit der Verwaltung, da die satzungsgemäßen Richtlinien unseres Verbandes nicht einfach umgangen werden können. — Zu den zum Kriegsdienst Berufenen gehört nun auch der Gehilfenvertreter Kollege Ponik, an dessen Stelle ab 1. März Kollege Duchâteau das Amt als Stellvertreter übernimmt.

Ab Mai tritt wiederum eine Erhöhung der Teuerungszulagen in Kraft, die nach schwierigen Verhandlungen der zuständigen Parteien zustande gekommen. Als Gegenleistung mußte die Gehilfenschaft die bislang gezahlten Kinderzulagen opfern und sich mit der Dauer des Tarifs bis Kriegsende einverstanden erklären. Obwohl diese Abwicklung nicht nach dem Geschmack der Gehilfenschaft ist, mußte sie in den sauren Apfel beißen, da mit Gewaltmaßnahmen jetzt nichts zu erreichen ist. — Die am 21.—23. Mai in Berlin tagende Gauvorsteherkonferenz mußte sich auf den Standpunkt stellen, daß man wohl oder übel jetzt ja sagen, dagegen sich für später aber unbedingte Schlagfertigkeit bewahren müsse. Es war der Prinzipalität gleich bedeutet, daß für den Herbst eine Tarifausschuss-sitzung beantragt werden würde, in der nach Lage der Verhältnisse grundlegende Existenzmöglichkeiten geschaffen werden müßten. Vom Hauptvorstand konnte wieder ein Betrag von 210000 Mark zu Unterstützungszwecken verteilt werden, von welchem auf den Odergau 7300 M. entfielen. Aus einer vom „Korrespondent“ der Konferenz überreichten Tabelle war zu ersehen, daß der Odergau mit seinen Unterstützungen für Kriegsteilnehmer und ihre Angehörigen an vierter Stelle steht. Die Durchführung der neuen Teuerungszulagen erledigt sich im Gau mit ganz wenigen Ausnahmen glatt. Am 22. Oktober findet eine Tarifausschuss-

sitzung statt, der auf Einladung des Hauptvorstandes am 20. eine Kreisvertreterversammlung vorausgehen soll, auf der die einzuschlagende Taktik vorherberaten werden soll. Die Ergebnisse beider Sitzungen werden in der am 28. Oktober in Stettin stattfindenden Bezirksvorsteherkonferenz den Bezirken zur Kenntnis gebracht. Die Höhe der von den Prinzipalen zugestandenen Teuerungszulage wird von verschiedenen Seiten zwar bemängelt, aber schließlich muß doch zugestanden werden, daß einschließlich der Verbesserung der Lokalzuschläge der Tarifkreis XI nicht schlecht abschneidet. Die anschließende Besprechung der tariflichen Lage im Gau ergibt, daß der Gauverwaltung für die bisherige Geschäftsführung das Vertrauen ausgesprochen wird. Da sonstige Beratungsgegenstände nicht vorliegen, schließt der Gauvorsteher die Tagung mit dem Hinweis, daß die Mitglieder sich durch die tarifliche Teuerungszulage nicht davon abhalten lassen brauchen, sich auf eigene Faust Verbesserungen ihrer Bezüge zu erringen. Die Bewegungsstatistik des Verwaltungsberichts für das Jahr 1917, der infolge der bis zur Unerträglichkeit gediehenen Papiernot auf einen Bogen Text zusammengedrängt werden mußte, weist 128 Neu- und Wiedereintritte auf und als Endmitgliederstand 764; damit war der Tiefstand erreicht, der auf die Kriegsverhältnisse als Ursache zurückzuführen war. Den Tod vor dem Feinde erlitten 47 Kollegen.

Das Jahr 1918 sah die Buchdrucker gleich in seinen ersten Tagen wieder kampfbereit und zwar galt der Vorstoß dem Papiermangel. Die Papierherstellung im Inlande war gewiß im höchsten Maße beeinträchtigt, denn es fehlten alle Rohstoffe dafür, die für die Munitionserzeugung wichtiger sein sollten. Andererseits war es aber auch die unzulängliche Bewirtschaftung der vorhandenen Vorräte, für die unsere herrschenden Gewalten nicht das erforderliche Verständnis erübrigen konnten. Die Organisationen des Gewerbes reichten eine entsprechende Eingabe an den Reichskanzler ein, deren einziger Erfolg der war, daß sich hier einmal sämtliche Zweige des graphischen Gewerbes zu einer einheitlichen Aktion vereinigt hatten.

Härter als die sich nun immer mehr aufdringende Gewißheit, daß Deutschland in diesem blutigen Ringen nicht als Sieger hervorgehen wird, traf die Buchdruckerschaft die Nachricht von dem am 3. Februar erfolgten Ableben Emil Döblins. Fast dreißig Jahre lang hatte Döblin das Steuer unseres Verbandschiffes in starker Hand gehalten und seinen sicheren Kurs gesteuert zum Wohle unseres Verbandes. Mit seinem Taktgefühl wußte er auch den Segnern die Achtung vor unserer Tariforganisation abzurufen, ohne die ihre Entwicklung nicht möglich gewesen wäre. Seine

Grablegung am 6. Februar wurde ein buchdruckerliches Ereignis, das trotz des Krieges von aller Welt gewürdigt wurde. Ein ehrenvolles Zeugnis für das Zusammengehörigkeitsgefühl der Buchdrucker war es, daß sämtliche Gauen des Verbandes es sich nicht nehmen ließen, ihrem verbliebenen Führer die herzlichsten Empfindungen der Kollegialität und der Freundschaft zu erweisen und Blumen auf sein Grab zu streuen. Das Leben und Wirken Döblins wird in der Geschichte des Verbandes für immer fortwirken.

Die Gelegenheit der vollzähligen Anwesenheit der Gauvorsteher in Berlin benutzten diese gleich zur Abhaltung einer Konferenz, in der die gesamte Lage und die daraus sich ergebenden Erfordernisse besprochen wurden. Der Munitionsarbeiterstreik in Berlin war doch ein Ereignis, das nicht ohne politische Bedeutung für die inneren Staatsverhältnisse war, umso mehr, als bis weit in bürgerliche Kreise hinein die Auffassung vertreten war, daß die Haltung der Arbeiterschaft während der Kriegszeit eine andere Einstellung der Regierung zu ihr nach sich ziehen müsse. Noch aber war Kanonendonner Trumpf, in dessen Gedröhn alle vernünftigen Regungen ersticken. Die tariflichen Verhältnisse machten auch einen energischen Vorstoß der Gehilfenschaft nötig, da die beschlossene Erhöhung der Lokalzuschläge sich im einzelnen schwieriger durchführen ließ als die Tenerungszuschläge. Die Einberufung einer Generalversammlung war nicht mehr zu umgehen, da die Neuwahl des Vorsitzenden nicht lange hinausgezögert werden konnte. Die außerordentliche Generalversammlung tagte dann nach einer Pause von fünf Jahren am 27. Mai in Würzburg. Dieselbe wird nicht über Arbeitsmangel klagen können, da eine ganze Reihe Anträge aus den Kriegsverhältnissen heraus gestellt sind, an denen auch die Bezirke des Oberganges vielfach beteiligt sind. Als Vertreter des Oberganges sind der Gauvorsteher und der Gauschriftführer abgeordnet. Die Aussprache über die tarifliche Lage nahm allein drei Tage in Anspruch, obwohl die Redezeit für den einzelnen auf fünfzehn Minuten beschränkt war. Bemerkenswert war der Antrag des Deutschen Buchdruckervereins auf Schadenersatz von 28 000 Mark, entstanden dadurch, daß sich ein Teil der Berliner Gehilfen an dem Januarstreik beteiligt hatte. Von Verbandsseite wurde das Ansinnen der Prinzipale abgelehnt, weil es sich im vorliegenden Falle um ein Ereignis aus rein politischen Gründen handelte und ein solcher Anspruch den Absichten der Parteien bei Abschluß des Organisationsvertrages nicht entsprach. Unter solchen Umständen würde letzterer für die Gehilfen keinen Wert mehr haben. Bezüglich der zahlreich vorliegenden Unterstützungsanträge

wurde nach eintägiger Generaldebatte eine Kommission mit der Erledigung betraut, die eine Änderung der bestehenden Sätze mit Ausnahme der Erwerbslosenbeträge nicht vornahm. Die Vollversammlung stimmte schließlich diesem Beschlusse bei.

Die Neuwahl des Hauptvorstandes ergab die Wahl von Joseph Seitz-München als ersten und Peter Grassmann als zweiten Vorsitzenden. Gustav Eisler blieb Hauptkassierer. Zur Unterstützung der Kriegsteilnehmer wurde noch wieder ein Betrag zur Verfügung gestellt, über die Art der Verwendung den örtlichen Verwaltungen freie Hand gelassen.

Dom 2.-4. Juli tagte dann die Sitzung des Tarifausschusses, die nach langwierigem Verhandeln neue Teuerungszulagen brachte; leider hatten auch diese Zulagen das gleiche Schicksal wie ihre Vorgänger, sie waren bei Eintritt ihrer Fälligkeit durch die galoppierende Teuerung längst wieder überholt. Die Schaffung von allgemeinen Bestimmungen für die Hilfsarbeiter und deren Einbeziehung in die Tariftgemeinschaft wurde von den Prinzipalen abgelehnt. Der Schadenersahantrag der Berliner Prinzipale kam auch hier zur Erörterung, wurde aber zwecks Erledigung durch beide Organisationsvorstände unter Vorsitz von Schliebs wieder abgesetzt.

Die Abhaltung eines Sautages war durch Umfrage bei den Bezirksvorständen abgelehnt worden, da die Beschlüsse der Generalversammlung einerseits durch den „Korrespondent“ bereits in ausgiebigster Weise besprochen worden waren und die Berichterstattung von der Tarifausschussitzung auf den Bezirkstagungen gegeben werden konnte. Letzterer Weg ist auch in reichem Maße begangen worden, sodaß sich ein reges Vereinsleben im Gau in Gang hielt.

Inzwischen hatten sich auf dem Kriegsschauplatz die Ereignisse in für uns katastrophaler Weise entwickelt. Das deutsche Heer war völlig ausgepumpt und ohne jede Reserven, während der Feindbund immer neue Kerntruppen ins Feld zu führen vermochte. Amerika hatte allein trotz des Ubooteinsatzes über eine Million erstklassiger Soldaten mit allem nötigen Kriegsgerät nach Frankreich geworfen und unsere Krieger mußten eine Stellung nach der andern preisgeben und zurückweichen. Die Kriegstreiber, die sich jahrelang gegen einen ehrenvollen Frieden zu vernunftgemäßen Bedingungen gesträubt hatten, mußten jetzt um sofortigen Abbruch der Feindseligkeiten um jeden Preis betteln! Die im letzten Vierteljahr vorgenommene innerpolitische Umstellung der Regierungsgewalten – die Ratten verließen das Schiff – konnte keine Rettung mehr bringen. Der Niederbruch eines Jahrhundert alten Systems war

ein so vollständiger, daß der oberste Kriegsherr bei Nacht und Nebel über die neutrale holländische Grenze flüchtete. Eine Regierung gab's nicht mehr, sodaß letzten Endes nichts weiter übrig blieb, als daß das Volk selbst die im Kot schleifenden Zügel aufgriff und aus der feige verlassenen Monarchie den Volksstaat machte und dessen Leitung den Volksbeauftragten überwies.

Die Auswirkung dieses in wahnsinniger Hast sich abwickelnden Geschehens war eine furchtbare. Das eherner Band des Kadavergehorsams, das die Millionen Bewaffneten bisher in eiserner Disziplin zusammengehalten hatte, zersprang und die Freiheit, das „süße Himmelsbild“, wie es in den Sehnsuchtsträumen unserer Jugend uns vorgezeichnet, raste wie ein von der Kette gerissener Köter durch die Lande und statt Friede und Freude über das Ende des Völkermordes legte sich lähmendes Entsetzen über die zermürbte Bevölkerung. Schier unerfüllbare Bedingungen eines fanatischen Feindbundes, dazu die jeder Kommandogewalt entbehrenden Kriegermassen, die zurückfluteten und durch die politische Umschichtung in der Heimat sich jedes Verantwortlichkeitsgefühls enthoben dünkten, wucherten auf das Volk, daß es heute noch als ein Wunder erscheint, daß es sich wieder aufzurichten vermochte! Dazu bedurfte es Titanenkraft, um die kreisenden Wirbel wieder in gleichgerichteten Strom zu zwingen – und waren doch nur Menschen am Werke, Menschen mit kühlen Sinnen und heißem Herzen zwar, die ihr alles hingeeben für das Wohl ihres Volkes, die aber in dem wütenden Wirbel der Masse Mensch gegen sich selbst mit Mühe und Not nur das Aergste zu verhüten vermochten!

Das befreiende Aufatmen, das man sich für den Schluß des Krieges gedacht hatte, löste sich nicht aus, da die wirtschaftlichen Verhältnisse sich nicht besserten, sondern durch die hemmungslos einsetzende zügellose Erwerbsgier des einzelnen noch wesentlich verschlimmerten. Die Einrichtung der Soldaten- und Arbeiterräte, die Ordnung in das Chaos bringen und halten sollten, wurde auch nichts mehr als die tanzende Schaumblase auf dem brodelnden Gebräu der verheßten Volksleidenschaften und mußte darum versagen. Es wurde lediglich ein Spiel mit Worten, denn überall da, wo ernsthafte Leute mit verständigem Blick für das Gegebene sich vereinten um Erträgliches zu schaffen, blieb auch der Erfolg nicht aus. So gelang es im Buchdruckgewerbe als erstem den Achtstundentag einzuführen, ohne daß es irgendwie zu Schwierigkeiten gekommen wäre. Aber trotzdem lastete eine unerträgliche Unbill über dem zerschlagenen Volke. So schnell wie die Heeresformationen sich in

hire Atome auflösten und deren Ströme in die Heimat fluteten, vermochten sich die Fabrikationszweige, die fast durchweg auf Kriegsdienst umgestellt waren, nicht wieder zum normalen Friedensbedarf zurückfinden. Die Arbeitslosigkeit nahm immer schlimmere Ausdehnung an, deren gefährlichste Schrecken die Unterstützung der Betroffenen von Staats- und Gemeinde wegen abzubiegen hatte. Nicht betätigte Maschinen, Werkzeuge und Rohstoffe wurden trotz Ausfuhrverbote auf raffinierte Art zu Geld gemacht und ins Ausland verschoben. Die Freigabe der Einfuhr seitens der Siegerstaaten wirkte sich nicht in dem erwünschten Maße aus, die Knappheit der Lebensmittel blieb bestehen während die Teuerung anstieg.

Auch in diesem Hezefensabbath behielten die Buchdrucker ihre kühle Betrachtung der Verhältnisse bei, und in der Erwägung, daß der gegebene Zeitpunkt der günstigste für die Ausbreitung des Tarifgedankens sei, wurde von den beiderseitigen Kreisvertretern des Tarifkreises XI unter Billigung des Tarifamts wie des Hauptvorstandes ein entsprechender Vorstoß unternommen, und der Erfolg blieb nicht aus. – Anfang Dezember tagte noch wieder eine Gauvorsteherkonferenz, die sich weniger mit tariflichen als mit den politischen Verhältnissen zu befassen hatte. Dem Tarifauschuß war der Buchdruckerrat beigegeben – eine Anpassung an die Rätezeit, denn etwas anderes oder besseres als der erstere konnte dieser auch nicht schaffen. Die Arbeitszeitverkürzung, die uns vordem als eine gewerkschaftliche Errungenschaft erster Ordnung vorschwebte, erwies sich jetzt als eine selbstverständliche Notwendigkeit, und sie blieb nicht am Achtstundentag haften. Arbeitszeiten von 36, 30 und 24 Stunden in der Woche waren nichts seltenes, – allerdings versuchte man zunächst einen geldlichen Ausgleich zu schaffen, in den sich Arbeitnehmer, Staat und Kommune zu teilen hatten. Die Konferenz beschloß trotz entgegenstehenden Beschlusses der Tarifausschußsitzung eine baldige Erhöhung der Teuerungszulagen zu beantragen. für Berlin wurde sogar eine örtliche Kommission für diesen Zweck zugestanden – Anwendung von Gewaltmitteln mußten ihr aber versagt werden. Der wiederholte Schadenersahanspruch der Berliner sieben firmen mußte von der Konferenz anerkannt werden – als das kleinere Uebel. Ein eingeholtes Gutachten fiel sehr ungünstig für die Tariffache aus und so mußte eine gerichtliche Entscheidung vermieden werden. Der Deutsche Buchdruckerverein zog darauf den erhobenen Anspruch zurück. – Die Gehilfenschaft ist sich aber einig darüber, den Vertrag, der am 31. Dezember 1918 abläuft, nicht wieder zu erneuern. Seine beabsichtigten Grundsätze sollen indes aufrecht erhalten bleiben, dergestalt, daß in Fällen von unerläßlicher Bekämpfung von Schleuder-

konkurrenz jeweils besonderer Beschluß gefaßt wird. Dem Hauptvorstand wird die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung zugestanden. Die Unterstützungsmaßnahmen müssen neu unterbaut werden, wozu auch die Erhöhung der Beiträge auf angemessene Höhe gehört. Da eine Berichterstattung auf Bezirkstagen im Gau ebenso unmöglich ist, wie die Tagung einer Bezirksvorsteherkonferenz, beschließt der Gauvorstand eine schriftliche Berichterstattung, die in Verbindung mit den Artikeln im „Korrespondent“ genügend Aufklärung für die Mitglieder schaffen wird.

Die von der Gauvorsteherkonferenz angeregte Tarifausschusssitzung fand am 19. und 20. Dezember statt. Während die Gehilfenvertreter vollzählig versammelt waren, erschienen nur fünf Prinzipale, die zunächst überhaupt nicht verhandeln wollten, es kam aber doch zur Tagung, in der das Demobilmachungsamt die fehlenden Prinzipale ersetzte. Nach langwierigen Auseinandersetzungen gelang die Einigung auf einer Grundlage, die gegenüber den Forderungen der Gehilfen direkt Hohn war. Ihre Geltung wurde befristet auf die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1919, der Wortlaut vom Demobilmachungskommissar anerkannt und durch Veröffentlichung im Reichs- und Staatsanzeiger verbindlich gemacht.

In der Jahresabschlussitzung wurde die Gauverwaltung wieder auf ihren Vorkriegszustand eingestimmt, Kollege Hannack übernimmt wieder das Amt als Gauvorsteher, Kollege Reinke legt seine Stellvertretung nieder, desgleichen Duchateau als Kreisvertreter. Kollege Ponik, der durch Nacharbeit dauernd behindert ist, überläßt das Kreisvertreteramt dem Gauvorsteher, auch Kollege Lubahn ist wieder zurückgekehrt, so daß unter dem Gelöbnis allseitiger kameradschaftlicher Mitarbeit die Geschäfte geführt werden können. Die Mitgliederbewegung 1918 ergibt neu- bzw. wiedereingetreten 145, vom Militär zurück 689 Kollegen und als Endziffer 1448 Mitglieder im Gau. Das letzte Kriegsjahr kostete dem Odergau noch 42 Kollegen als Totenopfer.

Die Entwicklung des Jahres 1919, das, um es gleich vorweg zu sagen, eine große Enttäuschung für die arbeitende Masse des Volkes wurde, stand naturgemäß unter dem Einfluß der politischen Verhältnisse. Im Innern wirkte sich die ungeliebte Spaltung der Arbeiterschaft in immer schärferen Formen aus und trug den Keim bewußter Zerstörung auch in die Gewerkschaftsbewegung hinein, nach außen waren es die Verhandlungen, die den endgültigen Frieden bringen sollten und in dem Diktat von Versailles endeten. Der Feindbund hatte sich den Wahnsinn der deutschen Kriegsheher zunutze gemacht und die ihm zugedachte Erniedrigung und

Unterdrückung auf Deutschland angewendet. Die auferlegten Bindungen und Verpflichtungen ließen keine normale Entwicklung der Arbeitsverhältnisse zu, die Arbeitslosigkeit wurde größer, der Lebensunterhalt teurer. Hunderttausende durch den Krieg entwurzelter Existenzen warfen sich in die Gebiete des Handels, Schieber- und Schleichhändlerum blühten trotz aller gesetzlichen Maßnahmen dagegen lustig empor und verteuerten dem Volke jeden Bissen Nahrung und alle Gebrauchsgegenstände. Wo gearbeitet wurde, kam es wegen der unzureichenden Lohnhöhe häufig zu Streitigkeiten, die durch unverantwortliche Hezer zu wilden Streiks auswuchsen, denen die Gewerkschaften meist machtlos gegenüberstanden und die doch keine Besserung der Lage herbeizuführen vermochten.

Die Buchdrucker blieben in diesem Auf und Ab nicht verschont, die politische Umschichtung hatte auch den Angsthasen im Berufe Mut gemacht, die sonst den „sozialdemokratischen“ Verband ängstlich gemieden und nun in Scharen zur Organisation drängten. Auch im Prinzipalslager wurde manches Prinzip – der furcht gehorchend, nicht dem eigenen Triebe – beiseite gestellt und der Eintritt in die Tarifgemeinschaft vollzogen. So konnte der Odergau die Genugtuung erleben, den unverföhlichsten Gegner des Tarifgedankens, Dr. Struck in Stralsund, zur Anerkennung des Tarifs bezwungen zu sehen. Noch manche andere firma in der Provinz mußte klein begeben, weil ihre sicheren Stützen wankten und aus den ND über Nacht Verbandsgehilfen wurden. Trotz dieses Mitgliederzuwachses mußte die Gehilfenschaft ständig in Kampfbereitschaft stehen. Diermal im Jahre mußten um Teuerungszulagen harte Kämpfe geführt werden – die vom 5. Mai erst durch Schiedspruch erledigt – um Resultate zu erreichen, die durch die Verhältnisse immer schon wieder überholt waren. Eine ganze Anzahl von Lohnbewegungen waren selbst im Odergau zu verzeichnen, die zum Teil auch zu Arbeitseinstellungen führten, aber durch das Eingreifen der tariflichen Institutionen immer wieder ausgeglichen werden konnten. Bemerkenswert an den Lohnbewegungen dieses Jahres wie auch noch späterer Zeitläufe ist die Tatsache, daß die Druckherren im einzelnen leichter zur Verständigung mit ihren Belegschaften geneigt waren wie die verhandelnden Kommissionen, die jede forderung der Gehilfenschaft einfach als untragbar für das Gewerbe hinstellten. Hier machte sich die Auswirkung der Syndici und die Ballung des gesamten Unternehmertums zur kompakten Gegnerschaft gegen die Ansprüche der Arbeiterschaft geltend; dieser Zustand verschärfte sich später noch, als die Machthaber ihren unparteiischen Standpunkt zu gunsten der Unternehmerseite verließen.

Den Verwaltungsbeflissenen des Odergaaues erwuchs aus der Durch-  
arbeitung der tariflichen Forderungen im Laufe des Jahres und deren  
Vorbereitungen ein reichlich zugemessenes Maß von Betätigung, das  
nach außen häufig wenig bemerkbar, immerhin die Einsetzung des ganzen  
Menschen erforderte. Als Befriedigung für geleistete Arbeit muß die  
Gewißheit dienen, daß unter allen Schwierigkeiten der Verhältnisse wir  
doch mit unserer Gewerkschaftsfrage vorwärts gekommen sind. Die Mit-  
gliederbewegung des Jahresberichts weist 586 Neu- und Wiedereintritte  
und einen Gesamtstand Ende Jahres von 2643 aus, ein Zuwachs von etwa  
85 Prozent gegenüber dem Vorjahre. Die Ziffer der durch Tod in Abgang  
Gekommenen stieg auf 22 – eine Folge des Krieges und seiner Begleit-  
umstände, die wohl noch längere Zeit anhalten dürfte.

Das zweite Jahr der republikanischen Verfassung des neuen Deutsch-  
lands brachte die erste Auflehnung der monarchistischen Maulwürfe und  
Kriegsverlierer, die wieder üppig geworden, da ihnen ja kein Haar  
gekrümmt war. Die friedefreudigen Soldatenmärsche versagten aber  
diesmal noch, die Erinnerung an die Kriegszeit war noch zu frisch, um  
schon wieder vergessen zu werden. Ein Generalstreik, der sich bis in die  
Verwaltungsmaaschinerie der Regierung fortpflanzte, machte der Herrschaft  
der Kapprebelln ein schnelles Ende. Nicht so schnell ebbte die Streik-  
bewegung der Arbeiterschaft ab, unter denen unberufene Berater die Zeit  
für den Anfang der Weltrevolution für reif erklärten und zum Bürger-  
krieg schürten. Was die Kriegsheher nicht fertig gebracht hatten, das  
Gespenst des Bolschewismus löste prompt die Spießersseele zum Widerstand  
auf, die „regierungstreue“ Reichswehr besorgte das übrige und neben  
denen, die ihren unverständigen Wagemut mit ihrem Blute besiegelten,  
hagelten wieder einmal Jahrhunderte von Freiheitsstrafen auf jene nieder,  
die den Rattensängertönen der mit ausländischem Gelde bezahlten Wähler  
auf den Leim gegangen waren. So endete die machtvolle Volksbewegung,  
die ihrem Zweck glänzend gerecht geworden, lehtlich in offener Segner-  
schaft gegen die gesamte Arbeiterschaft.

Auch die Buchdrucker wurden in diesen Strudel hineingezogen; die  
Unentbehrlichkeit der öffentlichen (gedruckten) Meinung brachte es mit  
sich, daß die Bewegung mit der Erreichung ihres eigentlichen Zieles ab-  
brach und wieder ins Fahrwasser der Alltagsarbeit mündete. Die Prin-  
zipalität war auch vernünftig genug, diesen tariflichen Seitensprung als  
politische Notwendigkeit zu werten und mußte einen Teil der Kosten mit  
in den Kauf nehmen. – Daß solche innerpolitische Unruhen keine Hebung  
der wirtschaftlichen Entwicklung bedeuten, leuchtet ohne weiteres ein;

ebenso klar war es auch, daß die Außenstaaten, von deren Zufuhren unsere Ernährungsverhältnisse immer noch abhängig waren, durch die Vorgänge stutzig und zurückhaltend wurden. Das mangelnde Vertrauen des Auslands verschlechterte unsere Währung und ließ die Teuerung bei uns immer weiter anschwellen — Ursache zu immer weiteren Lohnkämpfen. Der Tarifausschuß trat dreimal innerhalb des Jahres zusammen, Ende februar, Mitte Mai und Ausgang Oktober. Die letzte Tagung war die schwerwiegendste, da ihr die Aufgabe der Schaffung eines neuen Tarifes zufiel. Hatten schon bei den Verhandlungen über die Teuerungszulagen die Gehilfenvertreter einen schweren Stand, den durch den juristischen Beirat gesteuerten Widerstand der Prinzipale zu erschüttern, die Tarifberatungen waren ein wochenlanger erbitterter Kampf um den Herrenstandpunkt der Prinzipalität, der in der Hauptsache darauf hinausging, die Entlohnung der Buchdruckergehilfen auf den Standpunkt der Industriearbeiter, den Stundenlohn, herabzudrücken und andere für die Druckherren lästig empfundene tarifliche Bestimmungen abzuschaffen. Es kann hier nicht auf Einzelheiten mehr eingegangen werden, die Vorgänge liegen nicht so weit zurück, daß sie nicht noch in Erinnerung sein sollten und wo nicht, in den Berichten des Haupt- und Gauvorstandes eingesehen werden können.

Die Mitte Juni in Nürnberg tagende Generalversammlung hatte einen schweren Stand; die gegengewerkschaftliche Strömung hatte auch im Buchdruckerverband ihre giftige Saat gestreut und so wurde viel Zeit vertan mit politisch-gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen, die an der Verbandsleitung kein gutes Haar ließen und doch nur das Ergebnis hatten, daß mit erdrückender Mehrheit die altbewährte Taktik gutgeheißen wurde, während die moskowitzischen Methoden schroffer Ablehnung verfielen. Am 4. Juli fand in Potsdam der fünfundzwanzigste ordentliche Sautag statt, der von 57 Vertretern — darunter elf Bezirksvorsteher — beschickt war. Der Bericht des Gauvorstandes über die allgemeine Lage des Gaus, Besprechung über die tariflichen Verhältnisse und die organisatorische Eingliederung einer Anzahl von Orten aus den durch den Krieg verlorenen Gebieten in Ostpreußen und Posen machten ein erhebliches Arbeitspensum aus, das kaum in einem Tage zu erledigen gewesen wäre, wenn nicht am Tage vorher die Bezirksvorsteher gesondert getagt hätten, um die wieder einmal unleidlich gewordenen persönlichen Verhältnisse im Gauvorstand zurecht zu rücken. Es wäre auch diesmal vorbeigelungen, wenn nicht Kollege Hannack durch Annahme eines Sekretärpostens im Hauptvorstand das Amt des besoldeten Gauvorstehers

freigegeben hätte; diese Regelung ergab sich allerdings erst nach dem Sautage, der die alte Geschäftsführung mit Hannack, Bila und Duchateau wieder bestätigte.

Ende November machte sich noch eine Bezirksvorstehertagung nötig, die in Stettin stattfand. Die Verabschiedung des neuen Tarifs, sein Inhalt, die beschlossene Urabstimmung darüber verursachte langwierige Aussprache, um doch schließlich die Stellung auf den Boden der gegebenen Verhältnisse als Endergebnis zu haben. Die Neubesezung des besoldeten Gauvorsteherpostens führte gleichfalls zu großen Redeschlachten, da der bisherige Gauvorstand sich erbot, die Geschäfte wie während der Kriegsjahre so lange weiter zu führen, bis seitens des Hauptvorstandes die geplante Neuregelung der Gaueinteilung und die eventuelle Anstellung der Gauvorsteher durch den Hauptvorstand spruchreif geworden. Die Mehrheit beschloß indes sofortige Neubesezung des verwaisten Amtes und Ausschreibung der Stelle. Die Linie der Mitgliederbewegung zeigt noch immer aufwärts; neu- und wiedereingetreten waren 339, zum Beruf zurück kamen 22. Die Schlußziffer belief sich auf 2887. Der Tod hielt wiederum reiche Ernte, 28 Kollegen mähete er ins Grab.

Die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse wollten auch im folgenden Jahre sich nicht zum Besseren wenden, die Teuerung blieb andauernd im Steigen; viermal trat der Tarifausschuß zusammen um Teuerungszulagen festzusetzen, die in harten Kämpfen den Prinzipalen erst entrisen werden mußten. Mehr als einmal stand die Entscheidung auf des Messers Schneide und nur der stahlharte Wille der Gehilfenschaft, schließlich durch Streik zu erzwingen, was gutwillig nicht gegeben wurde, ließ die Prinzipale zurückweichen. Es erwies sich auch hier, was früher schon einmal erwähnt, da wo die Belegschaften aufs äußerste getrieben, von der Selbsthilfe Gebrauch machten und durch Arbeitsruhe sich Verbesserungen erkämpften, sie viel leichter Entgegenkommen fanden als am Verhandlungstisch. Zur durchgreifenden Abhilfe der Not führte indes kein Weg, das Errungene war längst wieder von der schnellfüßigeren Teuerung überholt. Selbst die neben den Tarifausschußsitzungen einherlaufenden Tagungen der kleinen Tariskommission, der die Regelung der Lokalzuschläge oblag und die hier und da bessernd eingriff, konnte keine Befriedigung erzielen. Auf Prinzipalseite machte sich sogar eine deutlich fühlbare Abneigung gegen den Tarif bemerkbar. Der Arbeitgeberverband für das Buchgewerbe hatte den vorpommerischen Druckherren Mut gemacht, ihrerseits aus dem Buchdruckerverein und damit aus der Tarifgemeinschaft zu scheiden. Die Abwehrmaßnahmen der Gehilfen vereitelten

auch hier den bösen Bubenstreich – nicht ohne daß auf Gehilfenseite einige Opfer auf der Strecke blieben!

Vier Gauvorsteherkonferenzen hatten sich mit der Regelung der tariflichen Verhältnisse und mit den inneren Verwaltungsgeschäften des Verbandes zu beschäftigen, der nur durch Erhöhung des Beitragess in der Lage war, den sachungsmäßigen Erfordernissen gerecht werden zu können. In tariflicher Beziehung wurde die Beibehaltung der Tarifgemeinschaft beschlossen unter gleichzeitigem festhalten an der zentralen Ausgestaltung des Tarifess. Von verschiedenen Seiten der Prinzipalität wurde der Einführung der Bezirkstarife das Wort geredet, namentlich die Herren aus der Provinz sahen darin das Allheil der Tarifvereinigung. Auch für den Odergau bildete diese frage auf der am 4. Dezember tagenden Bezirksvorsteherkonferenz den hauptsächlichsten der Beratungsgegenstände. Der Odergau mit seinen mehr als 150 Druckorten bot den Prinzipalen ein verlockendes Probierstück für die Einführung von Bezirkstarifen; sie mußte indes erleben, daß die Gehilfenschaft hier besonders auf dem Posten war.

Die Wahl zum besoldeten Gauvorsteher, die zweimal ausgeschrieben werden mußte, da sich erstmalig nur vier Bewerber gefunden hatten, fiel auf den Kollegen Reinke, der das Amt am 1. Juli 1921 antrat, nachdem er bereits Anfang Jahres zum Gehilfenvertreter gewählt worden war. Die ziffernmäßige Entwicklung des Gaus erbrachte nur einen Zuwachs von 10 Köpfen, trotzdem an Neu- und Wiedereingetretenen 302 Kollegen zu verzeichnen waren und 51 wieder zum Beruf zurückfluteten; dagegen haben 98 Kollegen dem Berufe den Rücken gekehrt. Der Gesundheitszustand hat sich wohl allgemein gehoben, es sind nur vierzehn Kollegen durch den Tod abgegangen.

Die politische Entwicklung des Jahres 1922 ist kein Ruhmesblatt in der deutschen Geschichte; die Regierung entsprach nicht den Notwendigkeiten eines den wirtschaftlichen Aufstieg fördernden Regimes, das rücksichtslos gegen die Volksverderber einschreiten mußte. Nicht nur ein unsolides Schiebertum raffte in unersättlicher Geldgier alles Greifbare an sich, um es in Goldwerte umzumünzen, auch die politischen Widersacher der neuen Zeit wurden frecher und unverschämter und reizten zu Mord und Totschlag. Die abgebauten Offiziersklüngel der früheren Armee, die zu ehrlicher Arbeit weder Lust noch Geschick besaßen, bildeten ein empfängliches Element für die hirnverbrannten Ideen. Zuerst fiel ihnen Erzberger zum Opfer, dessen Steuerprogramm sich vermessenweise bis auf die Geldsäcke der Besitzenden erstreckte, wenige Monate später folgte die Ermordung Rathenaus, des Pazifisten, dessen ehrlicher

Wille, mit den feindbundstaaten wieder in vernünftige Verhältnisse zu kommen, von den Kriegs- und Rachehänkern als schimpfliches Verbrechen angesehen wurde. Daß der Mordanschlag auf Scheidemann nicht gelang, lag außer der Absicht der Mordbuben, die sich auch in diesem Falle aus den Reihen unreifer Lämmels rekrutierten, die zu Dutzenden von den unentwegten treudeutschen Anhängern des ausgekniffenen SM ausgehalten wurden!

Die Auswirkung dieser Ereignisse auf das Wirtschaftsleben war geradezu entsetzlich; stand das Wertverhältnis unserer Papiermark zum Dollar kurz vor dem Rathenaumord noch 300 zu 1, so vergrößerte sich die Spanne in abenteuerlichen Sprüngen bis Ende Jahres auf 8000 zu 1. Die Teuerung der Lebensbedürfnisse war diesen Sprüngen immer noch um eine Pferdelänge voraus, das Volk steuerte mit Riesenschritten in die Verelendung, die alle Lohnbewegungen nicht aufzuhalten vermochten. Zehnmal mußte der Tarifausschuß der Buchdrucker tagen, ohne daß für die Gehilfenschaft erträgliche Verhältnisse sich herausstellten. Es erwies sich immer mehr, daß auch die Buchdrucker-Prinzipalität sich auf die Seite der Geldverdiener schlug und die unfaßbaren Zeiten aus den Taschen der Gehilfen zu finanzieren gedachten. Man war skrupellos genug auf der Herrenseite, als Gegenmittel gegen die unentriumbaren Lohnerhöhungen die Einführung der Kurzarbeit zu empfehlen. Im Odergau dürfen sich die Bezirke Greifswald und Frankfurt a. Oder rühmen, hierin vorbildliche Arbeit geleistet zu haben; es sei ihnen unvergessen. Die Entlohnung der Buchdrucker war schon fast auf die unterste Stufe der Industriearbeiter herabgesunken, was Wunder, daß eine Berufsfucht einsetzte, da die ungelernete Arbeitshand in den meisten Industriegebieten erheblich höhere Löhne erzielte.

Die elfte Generalversammlung des Verbandes, die in Leipzig vom 2.-11. Juli stattfand, stand wiederum unter dem Zeichen der politischen Gegensätzlichkeiten, indes alle Mühen, das Steuer des Verbandes herumzureißen und die Fahrt ins Uferlose gehen zu lassen, scheiterten an dem gesunden Sinn unserer bewährten Führer und deren unerschütterlichem Verantwortungsbewußtsein. Zwei Gauvorsteherkonferenzen tagten, einmal um die Vorbereitungen zur Verbandsgeneralversammlung zu treffen, das andere Mal, um die Anträge zur Tarifrevision zu sichten und die notwendig gewordenen kassentechnischen und sonstigen Verwaltungsangelegenheiten zu regeln. Der fällige Gautag wurde wegen der unerschwinglichen Kosten durch Abstimmung der Bezirksvorstände vertagt, die an seiner Stelle abzuhaltende Bezirksvorsteherkonferenz konnte wegen der

Tarifrevision auch erst im nächsten Jahre abgehalten werden. Diese Tarifrevision zeitigte noch eine für die Buchdrucker Geschichte recht beachtliche Tat: Die Aufhebung der Tarifgemeinschaft! Nachdem noch im Frühjahr des Vorjahres anlässlich des fünfundzwanzigjährigen Bestehens derselben von Seiten der Prinzipalität große Worte über die wirtschaftliche Bedeutung des Tarifwesens, wie es von den Buchdruckern gepflegt worden, erklungen waren, stand man der Sache nun mit einem Male sehr kaltchnäuzig gegenüber und hielt die Vertragsabschlüsse mit den Organisationen für ausreichend, die Lohnverhältnisse zu regeln. Der Einfluß des organisierten Unternehmertums, dem auch der DBV durch seine Mitgliedschaft im Arbeitgeberbund tributpflichtig geworden, machte sich hier wohl in erster Linie bemerkbar. Damit fiel auch das Bestehen des Tarifamts mit allen seinen Einrichtungen. Einen besonderen Vorteil konnten sich die Prinzipale in Bezug auf die Lohnverhandlungen nicht auswirken, die Gehilfenschaft wußte den Schlag zu parieren und so blieb alles beim alten. Die Buchdruckergehilfenschaft wird es sich angelegen sein lassen, in jeder Form der Entlohnungsgrundsätze das ihr zustehende Maß zu erkämpfen! Die Mitgliederbewegung zeigte für die abgelaufenen zwölf Monate einen wesentlichen Rückgang. Trotz 215 Neu- bzw. Wiedereingetretenen weist die Endziffer 2710 einen Verlust von 181 Kollegen aus, die Zahl der vom Beruf Abgemeldeten betrug aber auch 169 gegen 28 Zurückkehrende. Der Jahresbericht des Gauvorstandes weist erstmalig den Stand der Lehrlingsorganisation aus, bei 183 Zugängen verblieben nach Abgabe von 140 Ausgelernten an den Verband und 33 dem Beruf wieder Abgekehrten 498 der schwarzen Kunst Besessene. Die Ertüchtigung des Berufsnachwuchses liegt ja sowieso in den Händen der Gehilfenschaft, da ist es selbstverständlich, daß neben der gewerblichen auch die gewerkschaftliche Erziehung im modernen Sinne erfolgt.

Die Drahtzieher der hohen Politik hatten den ihnen lästigen Kanzler Wirth durch den gefügigeren Großindustriellen Cuno ersetzt und durch die Sabotage der Reparationsverpflichtungen die Ruhrbesetzung durch den Feindbund erzielt. Da zu jener Zeit noch Poincaré in Frankreich Trumpf war und dieser auch die Entente beherrschte, wurde diese feindliche Maßnahme zu einer regelrechten Abwürgung Deutschlands. Die Industriefeudalen wußten sich schnell genug der Schlinge zu entziehen, um das Volk, vor allem das arbeitende, allein darin zu lassen und fanden bereitwilligste Unterstützung seitens der regierenden Machthaber. Die ungeheuerlichen Lasten der Ruhrbesetzung wurden nicht durch steuerliche Belastung der Allgemeinheit getragen – nein, die ingeniose Findigkeit

des Cunokabinetts finanzierte das Abenteuer mit der Buchdruckerpresse. Es dauerte nicht lange, und Hunderte von Druckmaschinen in allen Teilen Deutschlands liefen neben denen der Reichsdruckerei im Banknotendruck, dessen Erzeugnisse umso wertloser wurden, je höher die Zahlenwerte auf den Scheinen stiegen! Ein Raubzug auf die Besitztümer des Volkes begann, wie er in der Geschichte der Völker ohnegleichen dasteht. Die Vorgänge sollen hier nicht des längeren erörtert werden, sie sind noch in aller Erinnerung; hier soll nur das Buchdruckerliche in Betracht kommen.

Die „Schicksalsgemeinschaft“ der Buchdrucker, die bei den immer wiederkehrenden Lohnverhandlungen seitens der Prinzipale benutzt wurde, um die Löhne der Gesellen niedrig zu halten, trieb die herrlichsten Blüten. Die Herren aus dem Kreise XI, dem der Odergau zusteht, mußten nach Möglichkeit als Vorkämpfer fungieren. Sie konnten die tariflich festgesetzten hohen Löhne nicht mehr zahlen, ohne an den Bettelstab zu kommen, also mußte der Tarif für den Kreis abgeschafft werden und das Mittel dazu sah so aus:

Stettin, den 24. Februar 1923

An den Verband der Deutschen Buchdrucker, Odergau, Stettin

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in unserm Kreise machen es uns leider unmöglich, die zentral festgesetzten Löhne weiter zu bezahlen. Wollen wir die Betriebe noch aufrecht erhalten, so müssen wir zu einer anderen Regelung der Löhne kommen. Wir sind der Ansicht, daß auch die Gehilfenschaft sich der Notwendigkeit dieser Maßnahme nicht verschließen wird, und daß es im Interesse beider Parteien liegt, wenn wir zu einer Verständigung in unserm Kreise kommen.

Gleichzeitig teilen wir dem Verbande mit, daß der Kreis XI des DBD beschlossen hat, mit sofortiger Wirkung aus dem DBD auszutreten, sodas die Anerkennung des Lohn tariffs für unsere Mitglieder mit dem Ablauf dieser Lohnperiode aufhört. Das Weitere wollen wir in einer mündlichen Aussprache ausführen und ersuchen um Mitteilung, wann die Verhandlungen stattfinden können.

Hochachtungsvoll

Deutscher Buchdruckerverein, Kreis XI

Johs. Fischer, Vorsitzender

Diese dummpfiffige Epistel leisteten sich die pommerischen Druckherren ausgerechnet zu der Zeit, wo sie ihre Gehilfen mit Bettelpfennigen löhnten, für die kein Laufjunge einen Fuß vor den andern gesetzt hätte ~ siehe die umstehende Lohn tabelle für 1923!

Von Gehilfenseite wurde den Herren vom Kreis XI eindringlichst klar gemacht, daß ihre Absichten nicht mit dem erforderlichen Verstand unterbaut sind und ein Aufgeben der Mitgliedschaft im DBD erst zum Jahres schluß möglich sei und die Herrschaften bis dahin auch ihre Verpflichtungen gegen diesen und seine Pakte mit den Gehilfen zu respektieren hätten. Man beruhigte sich zunächst, aber um dem „Bettelstab“ zu entgehen,

# Wochenlöhne des Jahres 1923

(Umgerechnet auf den Vorkriegswert. 1 Dollar = 4.20 Mark)

Verhandlungsvorgang	Spitzenlohn der Höchstgruppe 25% Lokalzuschl.	Dollarwert	Dorkriegs- wert R.M.
	Papiermark	Dollar = Mark Papiermark	
Beschluß der Tariffkommission ab 1. 1. 23	18 000	7 260	10.40
" " " " 15. 1. 23	21 000	11 875	7.45
" " " " 29. 1. 23	30 000	33 166	3.75
" " " " 12. 2. 23	42 000	27 700	6.40
" " " " 19. 2. 23	57 000	19 550	12.05
" " " " 4. 3. 23	71 250	22 738	13.15
Schiedspr. d. Z. v. 28. 4., rechtsverb. 8. 5. d. R.A.M.	81 937	29 800	11.55
Beschluß der Tariffkommission v. 24/25. 5	104 Tsd.	55 550	7.55
Beschluß der Tariffkommission v. 8/9. 6	176 "	84 000	8.80
Beschluß der Tariffkommission v. 21/22. 6	336 "	121 500	11.60
Schiedspruch d. Z. v. 6. 7. ab 7. 7.	504 "	176 Tsd.	12.00
" " " " 14. 7.	588 "	187 "	13.90
Schiedspruch d. Z. v. 19. 7.	941 "	284 "	13.90
Beschluß der Tariffkommission v. 1/2. 8	1 458 "	760 "	8.00
Vorstände-Verhandlung unter Mitwirk. ab 4. 8.	5 000 "	1 097 "	19.05
des R.A.M. v. 10. 8.	12 664 "	3 890 "	17.40
Die gleiche Tagung v. 16. 8.	36 595 "	3 200 "	47.90
Entscheid des Reichsarbeits-Ministers vom 1. 9.	52 020 "	4 688 "	46.60
Schiedspruch d. Z. v. 1. 9., rechtsverb. 5. 9. d. R.A.M.	57 Mill.	10 247 "	24.35
Schiedspruch d. Z. v. 12. 9.	110 "	52 868 "	8.75
Beschluß der Tariffkommission vom 14. 9.	300 "	90 174 "	14.20
Schiedspruch d. Z. vom 21. 9.	850 "	110 Mill.	32.50
Schiedspruch d. R.A.M. v. 1. 10.	1 500 "	160 "	35.15
Beschl. d. Tariffkomm. v. 4. und 12. 10.	4 500 "	835 905 Tsd.	23.10
Schiedspr. d. Z. v. 18. 10., rechtsv. 20. 10. d. R.A.M.	30 500 "	4 Milld.	31.50
Schiedspr. d. Z. v. 26. 10., rechtsv. 27. 10. d. R.A.M.	260 Milld.	12 "	90.72
Schiedspr. d. Z. v. 1. 11., rechtsv. 2. 11. d. R.A.M.	700 "	65 "	45.20
Schiedspr. d. v. R.A.M. eingef. Schlicht- ab 3. 11.	3 500 "	420 "	35.00
lungsausfch. nachts v. 9./10. 11.	25 G.-M.	—	—
Die gleiche Tag. v. 22. 11., rechtsv. 30. 11.	27 "	—	—

Die letzte festsetzung wurde in schwierigen Verhandlungen vor dem R.A.M. am 10. 1. 24 und Beschluß der Tariffkommission vom 31. 1. 24 durch Schiedspruch eines vom R.A.M. bestellten Schlichters am 4. 3. 24 bis 28. 3. 24 verlängert.

Es erübrigt sich, zu dieser Tabelle viele Worte zu machen; ihre Aufstellung verdient es aber, daß sie sich unauslöschlich in das Gedächtnis der Buchdruckergehilfenschaft einprägt. Hinzuzuweisen ist nur noch darauf, daß die erzielten Löhne Höchstlöhne waren, die von den Mitgliedern des Oberganges nur in vereinzeltten Fällen erreicht wurden, im Durchschnitt vielmehr noch 10 bis 15 Prozent darunter lagen und daß die erbärmlichen Papierlappen nur einen Bruchteil des Kaufwertes der Friedenswertziffer hatten. Es ist ferner zu beachten, daß während des ganzen Jahres verkürzt gearbeitet wurde und der Obergau in diesem Rennen wiederholt an erster und zweiter Stelle marschierte. Hier findet sich die Lösung des Rätsels, aus welchem fundus die armen opferbereiten Prinzipale in den Jahren 24 und 25 ihre Kunstempel auf den doppelten und höheren Wert gegen die Vorkriegszeit ergänzen und erneuern konnten!

versuchten die Elfer Herren bei jeder Lohnverhandlung – und ihrer waren viele – durchzudrücken, daß die gewährten Zulagen für die Kreise Schlesien, Brandenburg sowie Pommern und Ostpreußen auf die Hälfte verkürzt würden. Auch dies führte nicht zum gewünschten Erfolg. Dann erfolgten Massenkündigungen beim DBD, sodaß Ende des Jahres nur wenige Druckereien demselben als Mitglieder verblieben. Die Außenseiter gründeten nun einen Bund der Buchdruckereibesitzer, dem wohl der größte Teil der Druckherren im Tarifikreis XI angehörte zum sichtbaren Zeichen ihrer Gegnerschaft gegen angemessene Entlohnung der Gehilfenarbeit! Sitz des Bundes wurde Stettin, Vorsitzender zunächst der ehemalige Vorsitzende des Tarifikreises, der aber nach kurzer Zeit das Amt wieder niederlegte. An seine Stelle trat ein Rechtsanwalt; es mußte doch nach außen auch sichtbar werden, daß dem Bunde es nicht um sachlichen Auf- und Ausbau der gewerblichen Verhältnisse zu tun sei, sondern daß man juristischer Feinessen bedurfte um den Zustand von Herren und Knechten im Betriebe einführen zu können! Einführung von Stundenlohn, neunstündige Arbeit ausschließlich der Pausen, hemmungslose Ueberstunden nach Verlangen der Prinzipale, keine Bindungen gegenüber den Lehrlingen in Bezug auf Lohn und Ferien usw. waren das nächste, was der Bund erstrebte.

Es kam aber auch hier anders als man denkt. Zunächst gelang es den Gehilfen bei der Neufestsetzung der Lokalzuschläge im Februar, als die Prinzipale sich anschickten zu verhungern, für 31 Orte eine Erhöhung zu erzielen, nachdem schon 16 Orte auf gütlichem Wege eine solche erreicht hatten. Auch die Aussperrungsabsichten im August und Dezember zerfielen an der „Einigkeit“ der Prinzipale, von denen doch jeder auf Kosten des anderen Geschäfte zu machen strebte.

Die furchtbare Zeit, in der alle geldlichen Vermögenswerte wie Spreu vor dem Winde zerflogen, brachte nicht bloß die Arbeiterschaft an den Rand des Verderbens, sie lastete auf den Organisationen, die schließlich nur mit Hilfe internationaler Solidarität sich aufrecht zu erhalten vermochten. Das Vermögen des Saues löste sich in nichts auf. Eine ganze Anzahl Zeitungen stellte ihr Erscheinen ein, alle übrigen Betriebe schränkten den Belegschaftsbestand auf das unerläßlichste ein, Kurzarbeit – halbe Wochen – war an der Tagesordnung; bei Entlassungen wurden häufig ältere Kollegen betroffen – als Dank für jahrzehntelange Dienste im Betriebe. Daneben breitete sich der Lebensmittelwucher immer üppiger aus, die Zustände wurden schlimmer als während der schwersten Kriegsnöte. Erst als der Dollar den astronomischen Wertbegriff von rund 4,200 Billionen erreicht hatte, wurde mit Hilfe der Rentenmark eine

Stabilisierung der Währung eingeleitet. Die Sachwertbesitzer hatten alles an sich gerissen, was irgendwie noch nach beweglichem Vermögen der breiten Volksschichten anschaute.

Daß dabei keine gewerkschaftliche Arbeit gedeihen konnte, ist ohne weiteres ersichtlich; die Berufslucht nahm zu, 305 Kollegen suchten anderweiten Erwerb, 62 traten aus, 59 mußten ausgeschlossen werden, gestorben sind 12, sodaß ein Mitgliederbestand von 2348 verblieb. Unsere funktionäre taten ihr Möglichstes, um unter den unmöglichen Zuständen das vorhandene zu erhalten. Aus der Lehrlingschar konnten 71 dem Verband zugeführt werden, während 19 den Beruf wieder aufgaben, der Organisation verblieben 376.

Das Jahr 1924 begann für die Buchdrucker recht gewitterschwul. Die Tarifverhandlungen waren gescheitert und der sich daran anschließende Schiedspruch war so weltfremd, daß die Gehilfenschaft ihn ablehnen mußte. Das RAIM brachte dann aber doch so viel Vernunft auf, dem Verlangen der Prinzipalitat auf Verbindlichkeitserklärung nicht nachzugeben. Der DBD glaubte aber die Zeit gekommen, der Gehilfenorganisation einen vernichtenden Schlag beibringen zu können und ordnete eine Generalausperrung aller Gehilfen an. Es wurde ein glänzender Reinfall; über zwei Drittel leisteten der Parole keine Gefolgschaft. Im Odergau wurden von 2700 Gehilfen nur 900 gekündigt, meist mit dem Bemerkten, daß man sich dem Zwange füge. Die Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums machte der Sache ein Ende. Die Vereinbarung nahm dem vorliegenden Schiedspruch zwar die schlimmsten Stacheln, aber auch manches von dem bisherigen Besitzstande. Die Gauvorsteherkonferenz mußte die Annahme empfehlen, da der Organisation zur Zeit kein ernsthafter Kampf zugemutet werden konnte. Da die Lebensverhältnisse sich in keiner Weise zum besseren wenden wollten, erwiesen sich die Löhne als unzulänglich und da es nicht gelang, auf dem Verhandlungswege zu befriedigendem Ergebnis zu kommen, kam es zu örtlichen Streiks. In Stettin streikten 160 Gehilfen zehn Tage, um dann einem Schiedspruch sich zu unterwerfen, der zwar die Forderungen nicht voll befriedigte, aber doch ertruglich war. für die bestreikten Betriebe ward es ein Menetekel, die Belegschaften verließen sie restlos, es fand sich auch kein Nothelfer!

Die Neuregelung der Lokalzuschluge, die eine Reihe von Verschlechterungen bis zu 5% brachten, wurde auch der Anlaß zu neuen Vorstößen des Bundes der Buchdruckereibesitzer. Der erste Sturm erfolgte anläßlich der Tarifverhandlungen im Mai. Er protestierte telegraphisch gegen die

zentralen Verhandlungen. Da aber bezirkliche Verhandlungen von den Gehilfen abgelehnt wurden, so blieb alle Liebesmüh umsonst, auch der Schlichtungsausschuß konnte die Herren mit ihren Verhandlungsabsichten nur an den Hauptvorstand verweisen. Auch ein Syndikus als Sturmbock führt nicht immer zum Ziel, die Bündler haben sich wohl restlos wieder im DBD geborgen. — Die Arbeitsverhältnisse wurden nun doch wieder bessere, die Ueberstundenarbeit nahm wieder bedenklich zu, es gelang aber doch, die Löhne nach und nach auf erträgliche Höhe zu halten. — Bezüglich der Vermögenswerte konnte der Gau auch wieder zu befriedigenden Unterlagen kommen, ebenso die Hauptverwaltung; zwar machten sich Beitragserhöhungen nötig, als Ausgleich dafür konnte der Verband seine Unterstützungsmaßnahmen wieder auf das alte Gleis schieben, die Wünsche nach Anpassung an die gegenwärtige Zeit können wohl auch in absehbarer Zeit Erfüllung finden.

Am 20. und 21. September konnte der Gau wieder seinen ordentlichen Sautag, den 27., abhalten, der von 11 Bezirksvorstehern und 37 Delegierten beschickt war und in gerechter Würdigung der Verhältnisse die Tätigkeit des Gauvorstandes voll anerkannte und sein Bleiben im Amt bestätigte. Die notwendigen verwaltungstechnischen Maßnahmen wurden getroffen und namentlich der Lehrlingsorganisation im Gau größte Aufmerksamkeit zugewendet. Der Bestand der organisierten Lehrlinge ist zwar auf 339 gesunken, hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß die Zahl der Lehrlinge überhaupt im Rückgang ist. Immerhin sind noch 130 Lehrlinge, die abseits der Organisation stehen, sie zu gewinnen, wird mit Sache der Mitglieder sein. Die geregelteren Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt brachten auch unsere Mitgliederzahl wieder aufwärts. Zum Berufe kehrten 251 zurück, während nur 42 sich davon abwandten. Neu- und Wiedereintritte gab es 344, die Endziffer ist 2717. Die Totenliste weist 16 Kollegen auf.

Die Weiterentwicklung im Jahre 1924 zeigt gleichfalls die aufsteigende Linie; seltene Beschäftigungshäufung entvölkerte unsere Arbeitsnachweise, sodaß zum Teil auf ausländische Kollegen deutscher Junge zurückgegriffen werden mußte. Unser Lohnfortschritt hielt indes nicht den gleichen Aufstieg ein, die Prinzipalität war äußerst zurückhaltend im Geben, die erreichten dreimaligen Aufbesserungen entsprachen nicht dem erarbeiteten Gewinn. Als gegen Ende Jahres die Beschäftigung merklich nachließ, waren die Herren aber sofort bereit, die Kosten der flaute auf die Gehilfen abzuwälzen. Die Lohnverhandlungen zum Schluß des Jahres konnten nur durch Schiedspruch beendet werden und die Gehilfenschaft durfte froh sein mit ihrem alten Lohnbestande ins neue Jahr hinüberzuwechseln. In

dem Geschäftsbericht des Bauvorstandes für 1925 mögen die Einzelheiten der Ergebnisse nachgelesen werden, eine Wiederholung derselben an dieser Stelle erübrigt sich. Die wirtschaftlichen Verhältnisse des deutschen Volkes haben sich nicht zum Besseren entwickelt, die Arbeiterschaft leidet unter einer Beschäftigungslosigkeit, die kaum noch zu ertragen ist. Jene Kreise, aus denen die Wendung zum Besseren kommen muß, rühren keinen Finger dazu; das muß letzten Endes auch auf die Buchdrucker sich auswirken, da heißt es dem kommenden Finsturm gewappnet entgegenzutreten – lernet, ihr seid gewarnt!

Die deutsche Kollegenschaft hat in 1925 noch einen großen Verlust zu betrauern, zwei alte, brave Verbandskämpfer haben dem Leben den letzten Tribut gezahlt! Gustav Eisler ist anfangs des Jahres dahingegangen und nicht lange danach folgte ihm Paul Schliebs in die Grube. Der Odergau betrauert in Gustav Eisler einen seiner treuesten Freunde und Berater und auch Paul Schliebs war ihm kein Fremder! Ihr Andenken wird auch in unserem Bau in steter Erinnerung bleiben.



Daß in den bisherigen Zeilen unser Verbandsorgan – der „Korrespondent“ nur gelegentlich gestreift ist, möge nicht als Unterlassungssünde oder gar Nichtachtung gewertet werden. Als ständiger Leser und Bezieher desselben seit meiner Verbandsmitgliedschaft habe ich denselben nicht nur schätzen gelernt, sondern bin stolz darauf, daß der Verband in dem „Korrespondent“ eine Waffe besitzt, die zu keiner Zeit versagt hat, weder im Frieden in der Aufklärung der Mitglieder und ihrer Belehrung in allen wichtigen, öffentlichen Angelegenheiten, noch in dem gewerkschaftlichen Kampf, wo es galt, den Segnern die Stirn zu bieten und die Mitglieder zum Durchhalten und kühnem Wagemut anzufeuern. In der gesamten Gewerkschafts-Zeitungsliteratur steht derselbe unbestritten an erster Stelle und manche Tageszeitung kann vor seinem Inhalt bei nur zweimaligem Erscheinen jetzt die Segel streichen. Leider darf nicht verschwiegen werden, daß es immer eine ganze Anzahl von Kollegen gegeben hat, die ohne den Führer glaubten auskommen zu können und selbst das geringe Bezugsgeld für ihn nicht aufzubringen vermochten. Die häufigen Anträge aus dem Odergau auf den verschiedenen Bautagen, die das Korrespondent-Obligatorium eingeführt wissen wollten, reden am deutlichsten dafür, daß die Leser gerade nicht in der Mehrzahl gewesen. Ob die jetzige seit Januar eingeführte Pflichtleserschaft zu dem Ziele führen wird, den „Korrespondent“ in jede Buchdruckerhand zu bringen, muß erst abgewartet werden. Die

Erfahrungen anderer Gewerke, die ihren Mitgliedern das Organisationsblatt umsonst in die Hand steckten, sind keine frohverheißenden. Hoffen wir das Beste!



Der Sparten-Kollegenschaft ist bisher keiner Erwähnung getan, und mit Vorbedacht. Die Wertung des Berufsangehörigen geschieht nicht nach Art seiner Beschäftigung, sondern danach, ob er ein Mensch von kollegialem Wesen und ein ehrlicher Kämpfer für die moderne Gewerkschaftsbewegung ist. Die Buchdruckerkunst hat von Anfang an den Setzer und den Drucker gekannt, aber erst im Ausgang des vorigen Jahrhunderts finden wir besondere Maschinenmeistervereine (Drucker), deren Hauptzweck Pflege der Geselligkeit ist und daneben erst berufliche Bildungsarbeit verfolgen. Ebenso verhielt es sich mit den Typographischen Gesellschaften, bei denen jedoch im Vordergrund berufliche Bildungspflege stand. Die Durchsetzung des Gewerbes mit der Zeilengießmaschine brachte dann auch die Maschinensetzervereinigung auf den Plan, bei der die Weiterbildung durch Austausch von Erfahrungen an dem anfänglich noch ziemlich launischen Maschinengebilde der Zweck der Übung wurde. Das neue Jahrhundert brachte auch noch die Korrektoren-Dereinigungen. Wenn man nicht von vornherein die Handsetzersparte als einen mehr oder weniger schlechten Witz betrachten will, dann gibt es im Berufsverbände fünf Gruppen, die jede für sich gesondert an einem eigenen Strang ziehen und sich letzten Endes – ob gewollt oder ungewollt – kastengeistig abschließen! Kann das ein Vorteil für den Verbandsgedanken sein? Die besondere Zentralisierung dieser einzelnen Sparten hat doch schon bei den Generalversammlungen des Verbandes zu unliebsamen Augenblicken geführt, weil die Herrschaften ihre Sonderwünsche besonders vertreten sehen wollten und damit die Sache der Allgemeinheit stark gefährdeten. Dem organisatorischen Geschick unserer Verbandssteuermänner ist es bis jetzt gelungen, das Ganze in der Hand zu behalten, möge es immer geschehen.

Im Rahmen des Obergaues lassen sich die Spartenvereine schlecht einfügen, weil dieselben naturgemäß immer auf die größeren Druckorte beschränkt geblieben sind und weil ihre Zusammenfassung zu bezirklichen Gruppen entweder nur Teile des Gaues einbegriffen oder über dessen Grenzen hinausgehen. Ihre beste und zweckentsprechendste Würdigung finden die Sparten bei den Jubelfesten der einzelnen Orte; innerhalb des Verbandes mögen ihre Angehörigen sein und bleiben überzeugte und treue Gewerkschafter!



## Schlußbetrachtungen

Die Rückschau ist beendet, die Erlebnisse der verfloffenen fünf Jahrzehnte sind bis an die Gegenwart herangeführt, das Weitere ist nun auf das eigene persönliche Erleben der beteiligten Kollegenschaft gestellt. Alter Brauch bringt es aber mit sich, daß an bemerkenswerten Zeitabschnitten der Blick auch vorwärts gerichtet wird. Der Zukunft Schleier zu lüften, ist uns leider versagt, aber die Entwicklung ist keine blühhafte Erscheinung irgend einer Zeit, sie bewegt sich in gewissen zwangsläufigen Bahnen, die ihrerseits zu gewissen Schlüssen berechtigen. Die Geschichte der Buchdruckerbewegung ist Beweis dafür.

Am Beginn der Gehilfengemeinschaft stand auch die Tarifgemeinschaft, von vornherein gedacht als ein Pakt, der widerstrebende Parteien zu gemeinsamem Handeln binden konnte. Kurzsichtiger Eigennutz und persönliches Uebelwollen der Herrenseite ließ es nicht dazu kommen und nach fast drei Jahrzehnten, in denen die Gehilfenschaft alle Lasten des Tarifverhältnisses allein getragen, zerbrach das Instrument. fünf Jahre mußten vergehen, ehe die wirkliche Tarifgemeinschaft erstand, die beide Parteien zu gleichen Lasten und gleichen Rechten verpflichtete. Die ursprünglich nur spärliche Ernte gewann im Laufe der Zeiten solche Bedeutung, daß das vormals so bitter behandelte Werk richtunggebend wurde für alle Arbeitsverhältnisse. Heute steht das Tarifwesen in höchster Blüte, es erfreut sich „besonderen“ Schutzes der Regierungen, kann es noch höher? Ist es Zufall, daß die Herrenseite des Buchdruckerberufs nach wiederum knapp dreißig Jahren die so lange sorgfältig gehütete Tarifgemeinschaft aufgegeben und an ihre Stelle den einfacheren Lohn-tarif gesetzt hat? Sollte damit gesagt sein, daß auf jener Seite zuerst Raum für den Gedanken gewonnen wäre, daß der Tarif nicht die letzte und beste Lösung des Problems von der Entlohnung der Arbeit sei, sondern nur eine Staffel auf dem Wege hierzu? Der Gedanke erscheint doch wohl zu kühn, um auf Richtigkeit Anspruch erheben zu dürfen. Also müssen die Gründe hierzu anderswo liegen!

Die Einführung des Achtstundentages von Staats wegen hat eine verhältnismäßig günstige Einstellung zum Tarifverhältnis auf seiten der Obrigkeit mit sich gebracht. Diese Einstellung verflüchtigt bzw. verwässert sich, jemehr die Kapitalsseite von der Auffassung durchdrungen wird, daß sie diesen Staat nicht zu fürchten genötigt ist. Die natürliche folge hiervon ist der wachsende Widerstand der Unternehmenseite gegen die tarifliche Bindung überhaupt, die ihr zwangsläufiges Ende in dem Der-

schwinden des Tarifvertrages finden muß! Das kann noch lange dauern, aber es kann auch angenommen werden, daß sich der Weg zu dem Ziel stark verkürzt. Bei den gegenwärtigen parlamentarischen Regierungspraktiken ist nicht anzunehmen, daß diese so empfindlichen Probleme in absehbarer Zeit eine dauernd befriedigende Lösung finden werden. Bleibt also die Entscheidung des Kampfes – das ist ja der Weisheit (ist Dummheit nicht viel richtiger?) letzter Schluß – der rohen Gewalt.

Die Unternehmerseite ist sich trotz aller durch persönlichen Eigennutz bedingten Spitzfindigkeiten und Sonderbrüdeleien stets einig gewesen, wenn es galt, ihre Arbeiter unter Druck am Boden zu halten, das hat doch das Jahr 1892 mit großer Eindringlichkeit gelehrt. Sie machte sich um Berufsgrenzen und Industriegrenzen verteuert wenig Sorge, sie setzte patzig und prozig den Arbeitgeberbund hin, der alles, was Arbeiter füttert, umschließt. Und grobschlächtig sind die Mittel, mit denen er seine Anhänger an sich bindet, mit denen er den jeweils Regierenden seine vorgetäuschte Not in die Ohren bläst, mit denen er Widerstrebende sich willfährig macht oder sie vernichtet, mit denen das Verbraucherheer geneppt, die Arbeiter zu Parias herabgewürdigt werden. In Amerika, das man so oft das Land der unbegrenzten Möglichkeiten nennt – eigentlich völlig zu unrecht – hielten sich die Unternehmer Pinkertons, wilde skrupellose Verbrecherbanden, die für gute Bezahlung in die Reihen streikender Arbeiter schossen und bei der Unberechenbarkeit der dem Lauf entschwirrenden Kugel meist immer die Leiter der Bewegungen töteten. In der moraltriefenden alten Welt macht man so etwas nicht; da aber die Rechtlichkeit der Unternehmergedanken doch wohl nur eine schwankende Unterlage darstellt für die Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Besitz, hält man sich hier Syndici, die mit juristischen Spitzfindigkeiten gesunde Vernunft und natürliches Rechtsempfinden so zu überspinnen haben, daß von ersteren nichts mehr sichtbar bleibt. Daß die Kosten solcher Errungenschaften den Betrag einer umstrittenen Lohnerhöhung meist dauernd überschreiten, spielt dabei keine Rolle.

Dieser letztere Umstand verdient die allerschärfste Beachtung. Aus ihm geht mit unabwendbarer Beweiskraft die Tatsache hervor, daß die Unternehmerseite keine Verständigung will, daß als Friedenszustand für sie nur die Befriedigung ungezügelter Profitgier gilt, mag der Weg auch über Hekatomben von Arbeiterleichen gehen! Es ist eine nicht abzustreitende Tatsache, daß jedes Arbeitstier von seinem Besitzer pfleglich behandelt wird, sein Besitz kostet ja Geld! Jede Maschine, ob groß oder klein, wird sorgfältig betreut und gehütet, denn schlechte Behandlung der-

selben erfordert Reparaturen, diese kosten aber Geld. Die menschliche Arbeitskraft dagegen? Was ist dabei, für einen gibts zehn andere und für jede niederbrechende alte Kraft tritt eine junge, die häufig genug obendrein noch wohlfeiler ist; da werden eben Lehrlinge ausgelernt und wenn das auch nicht zieht, schafft man hunderttausende von Arbeitslosen, indem man die Betriebe schließt. Und die Regierenden wissen nichts anderes, als die Besitzenden von ihren Steuerlasten zu befreien und sie dem schaffenden Volke aufzuhalsen, den Trägern und Erhaltern des Staates. Das lohnt alles nichts, das fleischende Maul des Unternehmerprofits reißt nach jedem verschluckten Bissen den nimmerfattten Rachen weiter auf denn zuvor. Augenblicklich heult und jault es über das weite Erdenrund: Die Wirtschaft geht zu Grunde, sie kann nur gerettet werden, wenn die Arbeiter billiger und länger arbeiten, sonst kann unser Profit nicht größer werden! Die Geschichtsschreiber späterer Jahrzehnte werden zu keinem anderen Ergebnis kommen können, als zu der Ansicht: die Gesellschaft der heutigen Zeit stellt ein einziges Irrenhaus dar, in dem die Wärter und Ärzte die größten Tollhäsler sind.

Das 20. Jahrhundert ist das Zeitalter der Erfindungen und Entdeckungen, wie es nur je bisher eins gegeben hat. Wir gedenken mit sittlich tiefgehender Befriedigung, daß wir heute imstande sind, Bombengifte herzustellen, die innerhalb 24 Stunden das gesamte Lebewesen der Welt bis auf den letzten Rattenschwanz vernichten, natürlich nicht etwa für Ausstellungszwecke, sondern für den Gebrauch im frischfröhlichen neuen Krieg. Die Waffenfabrikation setzt uns in die Lage, unsere Gegner im Kampf gleich regimenterweise in die Luft zu donnern und zu Atomen zu zermahlen. Daß nebenher doch noch eine Reihe von Kulturproblemen ihrer Lösung zugeführt oder doch wenigstens nahe gebracht sind, erscheint beinahe wie ein leiser Hoffnungsschimmer auf eine erwachende Menschlichkeit. Die Neuerungen auf dem Gebiete der Elektrizität sind von einer solchen Großartigkeit, daß man sich über den Wert derselben teilweise noch gar nicht im klaren ist. Wie man früher vom Krämer sich für wenige Pfennige Schuhzwecke oder Lockennadeln oder sonstige nebensächliche Dinge erstand, holt man sich für die gleichen Pfennige heute Theater, Musik, Gesang, schöngeistige und ernste Wissenschaft und tausenderlei andere wissenswerte Dinge aus der Luft, die dort für jedermanns Gebrauch herumschwirren. Die hundertfältigen Farben der Natur werden auf die photographische Platte gebannt und von dort farbecht wiedergegeben. Es bietet kaum noch Schwierigkeiten, die Photographie mittels des elektrischen Funkens zu übertragen. Die Zeit, wo jeder fernsprecher

zugleich mit dem fernseher ausgestattet ist, ist gewiß nicht mehr unabsehbar. Ben Abika sagt: „Alles ist schon dagewesen!“ Die Entwicklung in ihrem heutigen Ausmaß wird Umwälzungen mit sich bringen, von derselben Wucht wie zur Zeit der Einführung der ersten Maschinen zum Ersatz der Handarbeit. Die Buchdruckkunst ist solch ein Gebiet, dessen Entwicklungsmöglichkeiten nicht auszudenken sind. Die ersten Setzmaschinen wurden vom Handseher auch mit überlegenem spöttischen Lächeln begrüßt – die Gehilfenschaft konnte es bis heute glücklicherweise durchsehen, daß die Maschine nicht ihr Herr wurde. – Zu den Unmöglichkeiten gehört es jedenfalls nicht, sich zu denken, daß die Zeitung wie das Buch in absehbarer Zeit in Betrieben hergestellt wird, die mit dem Kunsttempel von heute nur noch wenig Berührungspunkte haben.

Das soll nicht Schwarzmalerei sein, sondern ein Ansporn zum Nachdenken. Die Buchdrucker haben gern immer als die Pioniere der Arbeiter gegolten; es ist hohe Zeit, daß die gegenwärtige Generation sich wieder einmal darauf besinnt und bei aller Fachsimpelei nicht aus dem Auge läßt, daß sie ein Glied der Arbeiterschaft ist, genau so drangsaliiert und geringschätzig behandelt, wie alle jene anderen und ihr kein Himmel besonders gebratene Extrawürste in den Schoß wirft. Die Entwicklung treibt unabwendbar einem unentrinnbaren Ziele zu. So mächtig auch die Heeressäulen der um ihr und der ihren Leben ringenden Arbeitermassen – ob beamtete, angestellte oder sonstwie gezeichnete, sind, die heute gegen die mit Geldsäcken und Gesetzesparagrafen bewehrte Phalanx des Unternehmerprofits anrennen, es fehlt der einigende Geist, der auch die widerstrebenden Mitläufer und Fußenseiter in das gemeinsame Bett zwingt. So lange jeder Tollkopf oder Achtgroschenjunge auf dem Fahrmarkt sein Kasperletheater aufmachen kann und für seine billigen Späße ein dankbares Publikum findet, das ihm zu seinen Kosten und vorzüglichen Leben verhilft, bleibt der Vormarsch kaum mehr wie die Echternacher Springprozeßion. Hier gilt es aufmuntern, belehren und wenn es nicht anders sein kann, wie ein reinigendes Gewitter dazwischen fahren. Das sind Aufgaben, die zu erfüllen die Jünger Gutenbergs dem Gedanken ihres Altmeisters schuldig sind. Das ist Buchdruckertradition!

Wie immer aber auch der sinnierende Menscheng Geist dem Leben der Zukunft die Wege weisen wird, das eine ist und bleibt die nicht wegzustreitende Tatsache: Alles was von Talenten oder Genies der Menschheit erfunden und gegeben wird, bedarf der Hand des Arbeiters, ehe es nutzbare Wirklichkeit werden kann. Hieraus ergibt sich die klare Scheidung: hie Arbeit – hie Kapital! Ob sich zur Zeit hier noch Zwischenglieder schalten,

bleibt gänzlich belanglos, sie hängen entweder am Kapital oder – ob eingestanden oder nicht – an der Gruppe Arbeit. Das sind die beiden Pole, zwischen denen in absehbarer Zeit das Leben auf der Erde flutet. Soll dies Verhältnis sich so ausgestalten, daß dem einen alles Schöne und Gute, Freude und Sonnenschein wird, während der andere in ewiger Knechtschaft frondet und im Schatten ein Elendsdasein führt? Die Staatsraison verbietet an sich schon einen Zustand, in dem es nur Besizende und Enterbte gibt! Nein, nicht Enterbte; denn sie stellen ja der Arbeit gewaltig Heer, ohne dessen Wollen keine Schippe Sand bewegt wird, kein Pflug furchen zieht und keine Maschine läuft. Das alles ist so staunend einfach, daß man kaum begreifen kann, wie unendliche Mühe vergeudet wird um die Entwicklung aufzuhalten. Es bedarf wirklich keiner tiefgründigen juristischen Weisheit dazu, um einzusehen, daß ein angemessener Anteil an dem Ertrage seiner Tätigkeit dem Arbeiter zusteht als ein unabdingbares Recht schon seiner Geburt, die ihn zu einem Träger des Staates macht. Ein Anteil, so ausreichend, daß er sich an den Freuden des Lebens beteiligen kann, daß er für sich und die Seinen ausreichend Licht, Luft und Sonnenschein findet in freundlicher Wohnung, die ihm gestattet, die verbrauchte Arbeitskraft wieder aufzufrischen. Die Erfüllung dieses Endziels ist aber nur möglich in einem Staatengebilde, dessen grundlegende Plattform die Gemeinwirtschaft ist, in dem das Einzelwohl mit dem Staatswohl zusammenfällt. freiwillig wird die heute herrschende Kaste sich dieser Entwicklung nicht fügen, es wird eines Kampfes bedürfen, des letzten, den die Menschheit untereinander auszufechten haben wird, und dessen Sieg auf Seite der Arbeit sein muß! Die Arbeiterschaft hat in ihren seitherigen Kämpfen nie ein anderes gekannt, all ihr Handeln ist darauf eingestellt. Wie immer auch die Mächte sein mögen, mittels deren ein Abdrängen von dem Wege erreicht werden soll. Dieses muß der unverrückbare Pol bleiben. Daran mitzuarbeiten ist die wesentlichste Aufgabe des organisierten Buchdruckers, nachdrücklichst und zielbewußt. Anders kommen wir nicht zu unserm Menschenrecht! In sorgfamer, zäher Weise ist diese letzte Entscheidung vorzubereiten und schon daran wird zu erkennen sein, ob sich der Erfolg an unsere Fahnen heften wird. Jetzt gibt es kein Zurück mehr, nur noch ein Vorwärts. Eine Weltenwende ringt sich hier aus dunkler Nacht zur Sonne empor. Den Buchdruckern geziemt es in erster Linie hier die Geburtshelfer zu sein.

**Vorwärts und aufwärts also, empor zum Licht!**



Entwurf und Tonplattenschnitt  
Otto Schwachenwalde, Stettin

C 97 - 01